

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang Thierse

Fünf Jahre deutsche Vereinigung:  
Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalität

Rainer Eppelmann

Zur inneren Einheit Deutschlands im fünften Jahr  
nach der Vereinigung

Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter

Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich  
Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

Heiner Meulemann

Aufholtendenzen und Systemeffekte  
Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen  
West- und Ostdeutschland

Detlef Pollack

Was ist aus den Bürgerbewegungen und  
Oppositionsgruppen der DDR geworden?

B 40–41/95

29. September 1995

Wolfgang Thierse, geb. 1943; Studium der Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1975–1976 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR; danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, im Zentralinstitut für Literaturgeschichte; Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum; Januar 1990 Eintritt in die SPD; Vorsitzender des Bezirksparteirates der SPD/Berlin (Ost), Juni bis September 1990 Vorsitzender der SPD; Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990; Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD.

Veröffentlichungen u. a.: Mit eigener Stimme sprechen, München 1992; (Hrsg. zus. mit Michael Müller) Deutsche Ansichten. Die Republik im Übergang, Bonn 1992; Von den Ursachen rechtsextremer Jugendgewalt in Ostdeutschland, in: Hubertus Heil/Muzaffer Perik/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.), Jugend und Gewalt, Marburg 1993; Politik- und Parteienverdrossenheit: Modeworte behindern berechnete Kritik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93; Wahl '94: Was tun?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/94.

Rainer Eppelmann, geb. 1943; Studium der evangelischen Theologie auf der Predigerschule Paulinum in Berlin; 1974–1990 Pfarrer in der Samariter-Gemeinde in Ost-Berlin; 1982 zus. mit dem Regime-Kritiker Robert Havemann „Berliner Appell“ mit der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“; 1989 Gründung des Demokratischen Aufbruchs als erste aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangene Partei; 1990 Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA) und Verteidigungs- und Abrüstungsminister in der Regierung Modrow, später in der Regierung de Maizière; März 1992–Juni 1994 Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, seit März 1994 Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Elmar Brähler, Prof. Dr., geb. 1946; seit 1991 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Körpererleben – ein subjektiver Ausdruck von Leib und Seele, Berlin 1986; (Hrsg. zus. mit Hildegard Felder) Weiblichkeit, Männlichkeit und Gesundheit, Opladen 1992; (zus. mit Jörn W. Scheer, Der Gießener Beschwerdebogen. Handbuch, Bern 1995<sup>2</sup>); (Hrsg. zus. mit Hans-Jürgen Wirth) Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen 1995.

Horst-Eberhard Richter, Prof. Dr. Dr., geb. 1923; Leiter des Sigmund-Freud-Institutes Frankfurt am Main.

Veröffentlichungen u. a.: Eltern, Kind, Neurosen, Stuttgart 1963; Patient, Familie, Reinbek 1970; Die Gruppe, Reinbek 1972; Lernziel Solidarität, Reinbek 1974; Russen und Deutsche, Hamburg 1990; Umgang mit Angst, Hamburg 1992.

Heiner Meulemann, Dr. phil., geb. 1944; Professor für Soziologie, Direktor des Instituts für angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln.

Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Bildungssoziologie und des sozialen Wandels, zuletzt: Die Geschichte einer Jugend – Lebenserfolg und Erfolgsdeutung ehemaliger Gymnasiasten zwischen dem 15. und 30. Lebensjahr, Opladen 1995.

Detlef Pollack, Dr. theol., geb. 1955; Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig.

Veröffentlichungen u. a.: Religiöse Chiffrierung und soziologische Aufklärung. Die Religionstheorie Niklas Luhmanns im Rahmen ihrer systemtheoretischen Voraussetzungen, Frankfurt a. M. 1988; (zus. mit Volker Eichener/Ralf Kleinfeld/Josef Schmid/Klaus Schubert/Helmut Voelzkow) Organisierte Interessen in Ostdeutschland, 2 Bände, Marburg 1992; Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Fünf Jahre deutsche Vereinigung: Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalität

Fünf Jahre nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 scheint es notwendig, sich des Begriffs der „inneren Einheit“ neu zu vergewissern. Die Erinnerung an damit verbundene Hoffnungen und Vorstellungen ist wie eine Fahrt mit der Achterbahn. Euphorie machte großer Niedergeschlagenheit Platz, Aufbruchstimmung schlug um in aggressive Resignation, Selbstbewußtsein verwandelte sich in nagende Zweifel; auch die offenen Arme der Westdeutschen verschränkten sich wieder vor der Brust, zähneknirschendes Zahlen für die Einheit trat an die Stelle der Freude über die Vereinigung. Trotzdem: die Entwicklung ist in vollem Gange: Es muß, es wird gutgehen – ein paar Gedanken von „unterwegs“:

Im Laufe der achtziger Jahre wurde immer klarer, daß die DDR abwirtschaftete, wir längst von der wirtschaftlichen Substanz zehrten. Durch fleißige Arbeit konnten die Männer und Frauen zwar noch das Schlimmste verhüten, aber nicht mehr Fortschritte schaffen. Die Unzufriedenheit, die Unsicherheit wuchs. Vor diesem Hintergrund wurde die systemimmanente politische Repression einerseits ins Unerträgliche und andererseits ins Absurde verstärkt. Die Einheit Deutschlands, das Zusammengehen mit der BRD, erschien denn auch im Spätherbst 1989 als Ausweg aus der ökonomischen Misere, aus der politischen Stagnation, aus unerträglicher Bevormundung und Gängelei. Einheit bedeutete eine Perspektive, die die DDR nicht mehr bieten konnte. Nur noch wenige klammerten sich an die Chancen dieses Systems, die doch alle schon lange vertan waren. Mit dem Aufruf „Für unser Land“ gaben Stefan Heym und andere den Hoffnungen dieser Minderheit Ausdruck, unter dem Umstand gänzlicher Erneuerung der DDR endlich doch noch die edle Idee des Sozialismus verwirklichen zu können. Die Mehrheit aber meinte, daß sie sich lange genug für ideologische Ziele und gesellschaftspolitische Versuche in den Dienst hatte nehmen lassen. Die Menschen wollten die Einheit, weil sie schließlich auch Sicherheit versprach: Was sich im Westen bewährt hatte, erschien besser und sicherer als ein weiteres realsozialistisches Experiment.

Ökonomen und (meist) ostdeutsche Politiker sprachen zwar von den Gefahren einer zu schnellen Vereinigung, rieten, den Prozeß zu verlangsamen, aber Rückhalt fanden sie kaum. Mancher wird sich an die öffentlich geäußerten Zweifel des damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl ebenso erinnern wie an die Debatte zu Beginn des Jahres 1990, ob man nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 Grundgesetz die Vereinigung vollziehen sollte. Die beiden Artikel wurden schnell zu Synonymen für „schnelle“ oder „langsame“ Vereinigung; und wer, wie die SPD, eine Weile mit dem Gedanken der „langsamen“, aber sanfteren und demokratischeren Vereinigung gespielt hatte, verlor in schmerzlichem Umfang Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland. Zwischen denen, die die DDR gar nicht aufgeben wollten, und denen, die sich – wie realistisch auch immer – für einen schonenden, gleichberechtigten Übergang einsetzten, wurde kaum noch unterschieden.

Nach dem 3. Oktober bedeutete Einheit „Angleichung der Lebensverhältnisse“. Dieser Begriff aus dem Grundgesetz war ein scheinbar selbstverständliches Ziel; er entsprach dem Bedürfnis, dem zunehmend brutalen Transformationsprozeß eine Richtung zu geben, er war aber auch so etwas wie ein Vorwurf an die wirtschaftspolitisch zunächst konzeptionslos-untätige Bundesregierung und die von ihr geweckten Vorstellungen, daß die Einheit aus der Portokasse zu finanzieren sei. Mit den „blühenden Landschaften“ innerhalb von etwa drei Jahren waren die falschen Versprechen auf die Spitze getrieben. Sie konnten nicht eingelöst werden. Aber sie bildeten den Hintergrund, vor dem die Tarifparteien geradezu genötigt waren, in großen Schritten die Löhne anzugleichen. Ökonomisch war das möglicherweise nicht sinnvoll, politisch war es unabdingbar, weil – abgesehen von den bis in dieses Jahr hinein staatlich vorgeschriebenen Mieten – die marktwirtschaftlichen Preise fast ungebremst über uns Ostdeutsche kamen. Das aber war spätestens seit der Währungsunion nicht mehr politisch zu beeinflussen gewesen.

Ich war unbedingt für die Einheit und zugleich sicher, daß Innehalten, Überprüfen notwendig sei:

das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, etwas aus dem Leben in der DDR mitnehmen. Dieser Impuls unterlag dem geforderten Tempo. Heute bin ich sicher, daß wir aus den ostdeutschen Erfahrungen lernen können. Wir können viel lernen über das Leben im „vormundschaftlichen Staat“, in einer Diktatur. Wir könnten daraus lernen, daß man die Diktatur bekämpfen muß, *bevor* sie sich etablieren kann, sonst hat Widerstand nur noch Erfolgsaussicht, nachdem die Diktatoren sich selbst geschwächt haben werden, und das kann über 40 Jahre dauern. Wir können auch von einzelnen Einrichtungen und Versuchen zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben in der DDR lernen. Aber bis heute werden solche Chancen geflissentlich übersehen.

Statt dessen wurde Ostdeutschland zunächst einmal mißbraucht für eine Debatte mit dem Ziel der allgemeinen Lohnsenkung. Die politisch induzierte tarifvertragliche Festlegung ostdeutscher Löhne und Gehälter einschließlich entsprechender Steigerungsraten, mit denen sie an ein westdeutsches Durchschnittsniveau herangeführt werden sollen, wurde verantwortlich gemacht für das massenhafte Sterben von Betrieben. Schon die Analyse war falsch – und interessengeleitet. Wer nichts oder wenig absetzt, nichts oder wenig einnimmt, der kann auch nur nichts oder wenig ausgeben, also überhaupt keine Löhne zahlen. Das Problem der ostdeutschen Betriebe war der Absatz und die Produktqualität. Aber das sollte nicht in den Vordergrund gerückt werden, man sollte doch von Ostdeutschland lernen, daß die Löhne in ganz Deutschland zu hoch seien. Deswegen mußten wir über den offensichtlichen Unsinn, niedrigere Löhne bedeuteten automatisch mehr Arbeitsplätze, diskutieren: ein untauglicher Versuch, den schwarzen Peter der Verantwortung von Regierung und Treuhand an die Tarifpartner, namentlich natürlich an die Gewerkschaften, weiterzureichen. Die IG Metall machte dem ein Ende, indem sie sich bereit erklärte, bei Betrieben in Notlagen auf das tarifvertraglich schnelle Wachstum der Löhne zu verzichten. Erstaunlich war dann, daß kaum ein Betrieb von dieser Möglichkeit Gebrauch machte. Von denjenigen aber, die glaubten, durch Lohnsenkung ihr Überleben sichern zu können, waren die meisten bereits in so hoffnungsloser Lage, daß der Ausweg versperrt blieb. Mit diesem Tarifvertrag hat eine Falsifizierung der Lohndumpingstrategien stattgefunden, für die wir Ostdeutsche als Vorwand herhalten mußten.

Auch die Beschleunigung von Planungsentscheidungen auf Kosten der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ist ein relativer Rück-

schritt, den die Konservativen über ganz Deutschland ausbreiten wollen. Ostdeutsches Einverständnis mit Erfahrungen, die man parteiübergreifend dem „Beschleunigungsgesetz“ zugute hält, soll dafür als schlagkräftiges Argument dienen. Aber hier gilt: Was im Osten des Landes sinnvoll erscheint, ist es nicht überall. Und der Grund für diese These liegt in den Unterschieden zwischen den noch immer geteilten zwei deutschen Gesellschaften: Der Westen ist eine reiche Gesellschaft, die sich mit den Defiziten auseinandersetzt, die auf dem Weg zum Reichtum entstanden sind; der Osten Deutschlands will erst noch reich werden, will die versprochene Angleichung der Lebensverhältnisse.

Daß wir in Ostdeutschland doppelt soviel konsumieren, wie derzeit zu erarbeiten möglich ist, macht die Menschen nicht zufrieden. Wer die Ohren aufsperrt, weiß, daß die Ostdeutschen keinen geborgten Wohlstand wollen. Die berühmt-berüchtigten Transferzahlungen – bei weitem nicht alle aus dem Bundshaushalt: die 270 Mrd. DM Treuhandschulden zum Beispiel werden künftige Generationen abzuzahlen haben – sind unvermeidliche Konsequenzen nicht rückholbarer politischer Entscheidungen. Zum einen – das betrifft Rechtsansprüche auf soziale Leistungen – hat sie nicht zuletzt die SPD zu verantworten, weil sie durchsetzte, daß zugleich mit der Währung und mit den wirtschaftlichen auch die sozialen Regeln der westdeutschen sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland gültig wurden. Schon vor der staatlichen Vereinigung, die letzte rechtliche Unterschiede abglich, hatten Ostdeutsche dadurch dieselben Ansprüche auf Sozialhilfe, wenn sie unter die Armutsgrenze fielen. Wer arbeitslos wird, erhält seither Arbeitslosengeld und -hilfe, wem eine zu hohe Miete auferlegt wurde, der bekommt Wohngeld. Auch die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten gelten seither in Ostdeutschland. Zum anderen sind die Transfers ein folgerichtiger Versuch, den Zerstörungen des Transformationsprozesses etwas Konstruktives entgegenzusetzen. Es ist unwahrscheinlich, daß ohne diese im wesentlichen im Westen erarbeiteten Sozialleistungen, ohne die Heranführung der Löhne an westliches Niveau, ohne die angepaßten Renten, ohne die Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur und ohne die Bemühungen, wenigstens einen Teil der Industrie zu erhalten und fortzuentwickeln, der Transformationsprozeß bis heute so ruhig verlaufen wäre. Die finanzielle Unterstützung jetzt rapide zu verkleinern, würde das Aufgebaute wieder gefährden. Es gibt nur die Wahl, Ostdeutschland mit Transferzahlungen auf-

zubauen oder an den sozialpolitischen Tropf zu hängen. Das eine kostet heute und noch Jahre sehr viel Geld, das andere kostet auf Dauer, ohne Ende.

*Wo stehen wir heute?* Die ökonomische Lage in Ostdeutschland war zwischenzeitlich so niederschmetternd schlecht, daß eine langsame Besserung geradezu unvermeidbar wurde. Es konnte eigentlich nur noch aufwärts gehen. Entgegen regierungsamtlichen Erfolgsmeldungen kann man konstatieren, daß es in Ostdeutschland heute ökonomisch zwar besser wird, es aber noch lange nicht gut geht. Nimmt man den Durchschnitt der sogenannten neuen Bundesländer, bedeuten die so hochgelobten heutigen Wachstumsraten doch nur, daß es noch immer mehr als 10 Jahre dauern wird, bis in Ostdeutschland von einer Angleichung an die durchschnittlichen wirtschaftlichen Standards im Westen die Rede sein kann.

Deshalb empört mich die undifferenzierte Forderung nach Abschmelzen der Fördermittel, empört der quasi-amtliche Vorwurf der Bundesbank an Ostdeutschland, dort entwickle sich eine „Subventionsmentalität“, deshalb empört, daß im Schatten einer Verschwendungskampagne, die von der bayerischen Landesregierung und einem Wochenmagazin eingeleitet worden war, und beruhigender Widerlegungen entsprechender Vorwürfe durch den Wirtschaftsminister tatsächlich bereits erhebliche Kürzungen der Förderung für die ostdeutsche Wirtschaft vorgenommen werden. Es bilden sich zwar – und glücklicherweise – ostdeutsche Inseln der Produktivität heraus, die der besonderen Förderung kaum noch bedürfen. Das sind aber nur ganz wenige und sie sind sehr klein. Schon deshalb dürfen sie nicht zum Vorwand für einen Rückzug staatlicher Wirtschaftspolitik werden. Man zahlt dort übrigens keine Westlöhne, obwohl – etwa im Opelwerk Eisenach – die Produktivität längst höher ist als in Rüsselsheim.

Was die unmittelbare Förderpolitik betrifft, werden wir sicher stärker differenzieren müssen. Die entscheidende Frage ist, wofür der Bund Mittel in die Wirtschaft gibt. Aber solange wir in Ostdeutschland unser Brot nicht selbst erarbeiten können, weil weder Wirtschaft noch Politik die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben, brauchen wir Transfers im bisherigen Umfang, um diese Möglichkeiten zu schaffen. Die Menschen in Ostdeutschland wollen nicht durch Subventionen alimentiert werden, sie wollen Arbeit. Der Gedanke, in Ostdeutschland nur bestimmte Branchen oder Produktionen zu fördern und anzusiedeln, gehört aber heute noch ins Reich der Visionen. Das

ist vielleicht eine Idee für reiche Gesellschaften, nicht für solche, in denen es an Arbeit überhaupt mangelt. Weil es diesen Mangel aber nahezu flächendeckend gibt, die Menschen immer noch Arbeit suchen, gibt es keine Wahl: Investoren – gleich welcher Branche –, die Arbeitsplätze mitbringen, können praktisch nicht abgewiesen werden.

Im Westen bilden sich, bei sich schon wieder abschwächender Konjunktur, in manchen Regionen neue Problemzonen heraus, deren vergleichsweise katastrophal hohe Arbeitslosigkeit an ostdeutsche Größenordnungen heranreicht. In einer weiteren zeitlichen Perspektive darf es also keine Rolle mehr spielen, ob ein Problemgebiet im Osten oder im Westen Deutschlands liegt. Die Kriterien für den Einsatz staatlicher Wirtschaftsförderung müssen für alle Teile des Landes gleich sein und sich nach der jeweiligen ökonomischen und der Arbeitsmarktsituation richten.

Ökonomisch kann die innere Einheit immer noch gelingen, wenn der mithelfende Staat sich nicht zu früh zurückzieht. Daß er sich (nahezu ganz) zurückziehen möge, ist ohnehin nur der Wunsch wirklichkeitsfremder, ordoliberaler Ideologen. Wieso soll er sich aus Ostdeutschland zurückziehen und im Ruhrgebiet weiter wirken? War die langfristige und teure staatliche Aktivität an der Ruhr etwa ein Mißerfolg? Bestimmt nicht. Und warum soll es ein solches langfristiges Engagement im Osten nicht geben?

Mit diesen Fragen sind wir in der Sphäre des Gesellschaftlichen und des Mentalen. Und da hat sich seit 1990 manches ganz unerwartet verändert. Daß im Westen das Interesse abflauen würde, gehört noch nicht zu den Überraschungen. Daß sich aber im Osten gegen westliche Gleichgültigkeit ebenso wie gegen westliche Dominanz und Belehrungen ein neues Selbstbewußtsein herauszubilden beginnt, hat westlich der Elbe kaum jemand erwartet. Einigende Bänder gibt es heute viele, sie haben vor allem mit der Mobilität der Menschen zu tun. Daß aber im Herbst 1989 Sicherheit und Abwehr von bürokratischer Gängelei Vorstellungen waren, die sich mit dem Ziel der Einheit verbanden, klingt heute fast komisch. Sicher waren die Wohnung und der Arbeitsplatz oder die Lehrstelle in der DDR – sie sind es heute nicht. Daß die preußisch-russische Gängelei der Bürokraten vom Westen übertroffen werden könnte, hätte niemand geglaubt; daß sie erstere mit der Einheit bloß eingetauscht hat gegen eine zu mannigfachen Laufereien zwingende neue Bürokratie, prägt die aktuelle ostdeutsche Sicht.

Dem Wunsch zum Innehalten, zum Abschied nehmen, zur Bilanz – was haben wir gewonnen, was haben wir verloren, was kann man noch „einbringen“ in den gemeinsamen Staat – kann jetzt erst nachgegeben werden. Und es sind nicht wenige Themen, bei denen Ostdeutsche zu anderen Ergebnissen kommen als Westdeutsche.

Die Arbeit ist ein solches „trennendes“ Thema. Während in Westdeutschland mit großer Plausibilität darüber diskutiert wird, vorhandene Arbeit zu teilen, wird in Ostdeutschland geradezu händeringend nach Arbeit gesucht. Es gibt so wenig, daß von Teilen nicht die Rede sein kann. Natürlich wird der solidarische Teil der Argumente – wenn nicht genug Arbeit für alle da ist, müssen wir sie uns eben teilen – in Ostdeutschland verstanden. Demgegenüber herrscht über den hedonistischen Aspekt der Debatte Kopfschütteln vor, scheint es doch so zu sein, als ob manche im Westen der vielen Arbeit überdrüssig seien, während alle im Osten über den Mangel an bezahlter Arbeit klagen. Nun ist diese Art von Hedonismus Sache einer nur ganz kleinen Minderheit. Tatsächlich besteht Einigkeit in Deutschland darüber, daß Arbeit ein hohes Gut ist und es besser ist, Arbeit zu haben, als arbeitslos zu sein. In ganz Deutschland sind wir eine Arbeitsgesellschaft. Aber unterhalb dieser Übereinstimmung ist vieles anders. Die Diskussion in Politik und Gewerkschaften geht zum Beispiel davon aus, daß es einen sehr viel höheren Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen gäbe, wenn einige ihrer Nachteile beseitigt würden. Teilzeitarbeit ist in diesem westlichen Verständnis nicht nur eine Notlösung für Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, sondern ein Angebot, das vielen Menschen in ihre persönliche Lebensplanung passen würde. Die ostdeutsche Zurückhaltung – es gibt trotz allgegenwärtiger Arbeitslosigkeit eine deutlich geringere Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen – erklärt sich dagegen daraus, daß sie nicht als „richtige“ Arbeit, sondern als bloße Notlösung verstanden wird. Arbeit wird in Ostdeutschland zunächst assoziiert mit Bildern aus der Produktion, Industriearbeit. Die DDR war keine Dienstleistungsgesellschaft; man machte sich regelmäßig bei der Arbeit schmutzig und erwarb sich gerade dadurch Ansehen. Diese Zeit ist im Westen längst vorüber gewesen, als die Einheit gelang, Kumpel und Stahlarbeiter sind heute selbst im Ruhrgebiet in der Minderheit. Es ist geradezu tragisch, daß die seit fünf Jahren erstmals und immer noch von dramatischer Arbeitslosigkeit betroffenen Ostdeutschen eine „ausgeprägtere Arbeitsorientierung haben“<sup>1</sup> als Westdeutsche, die Familie und Freizeit größere Bedeutung zumessen. In der DDR gab es eine spe-

zifische „proletarische“ Kultur, besonders in den Betrieben, die mit der Vereinigung und der Deindustrialisierung zwangsläufig erlosch. In Westdeutschland war längst in der Minderheit, wer sich dem Arbeitermilieu zugehörig fühlte. In Ostdeutschland zählen sich dagegen 61 Prozent zur Arbeiterschicht.

Der Betrieb war in der DDR ein kultureller Ort; es ist nicht übertrieben, ihn sogar als Mittelpunkt des sozialen Lebens zu bezeichnen, die Brigade mindestens als zweite „Familie“. Auch dieser Teil der Arbeit ist mit der Entindustrialisierung Ostdeutschlands verschwunden. Strenge betriebswirtschaftliche Funktionalität, professionelle Perfektion lassen es gar nicht zu, den Betrieb und die Arbeit zu einem Lebensmittelpunkt oder gar zu einem kulturellen Ort zu machen – trotz der vielen Stunden, die die Beschäftigten dort verbringen. Eine strengere Trennung von Privatsphäre und Arbeitswelt wird dadurch erzwungen. Jetzt läßt man pünktlich „den Griffel fallen“, man flieht den Betrieb – gerade bei Dienstleistungseinrichtungen in Westdeutschland kann man das oft beobachten –, weil man den Feierabend ersehnt hat, weil man hofft, noch eine Menge Energie erübrigen zu können für die Gestaltung der Freizeit. Für diese Menschen ist der Arbeitsplatz offenbar ein eher unwirtlicher Ort. Das „eigentliche Leben“ beginnt nach der Arbeit, sie gehört nicht dazu, ist bloß notwendiges Übel. Erst im Falle von Arbeitslosigkeit erkennt man die andere Bedeutung der Arbeit wieder: wenn und weil es daran dann mangelt. Aber dieser Weg zur inneren Einheit – über allseitige noch höhere Massenarbeitslosigkeit als heute – scheidet ja wohl aus.

Verstörend ist auch das Schicksal der Frauen im Berufsleben. Daß die hochgelobte Gleichberechtigung der Frauen in der DDR doch mehr Wunsch als Wirklichkeit war, weil sie sich vor allem auf Bildung, Ausbildung und Berufstätigkeit beschränkte, der 94 Prozent der Frauen entsprechenden Alters nachgingen, konnte man wissen. Daß daraus so schnell der Umkehrschluß gezogen würde, daß die Frauen nun in so geringer Zahl wie im Westen berufstätig sein sollen, ist zumindest von den Betroffenen kaum erwartet worden. Tatsächlich aber kann heute ein ostdeutscher Ministerpräsident hohe Arbeitslosigkeit damit beschönigen, daß sie mit 8,3 Prozent in Sachsen genauso hoch wie in Niedersachsen sei, wenn man bloß die Frauen aus der Quote herausrechne. Der Sturm

<sup>1</sup> Hans J. Veen/Carsten Zelle, Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1995<sup>2</sup>, S. 21.

der weiblichen Entrüstung darüber bleibt jedenfalls aus. Wohin werden dann die ostdeutschen Frauen hinausgerechnet? Der entsprechende Fachbegriff heißt „Stille Reserve“.

Das kontrastiert mit einer – wie ich finde – folgerichtigen Haltung der Ostdeutschen, mit der sie den als deklassierend empfundenen Auswirkungen westlicher Dominanz begegnen: Man läßt sich seine Lebensleistungen nicht mehr von Westdeutschen oder überschlauen Medien wegreden. Die Zeit des Sich-Duckens ist vorbei. Der Spruch, an der DDR sei nicht alles schlecht gewesen, kann kaum noch zurückgewiesen werden, wenn er auf die soziale Sicherheit anspielt, die dieses System zweifellos bot. Und er duldet auch insoweit keinen Widerspruch, als es keine Schande sein darf, ein Leben – wie anständig und in Würde auch immer – in der DDR verbracht zu haben. Es kann nicht alles falsch und schlecht gewesen sein. Daß diese emotionale Haltung am Anfang unter Ideologieverdacht stand, so, als ob man die DDR als System verteidigen wolle, wird nun nicht mehr akzeptiert. Nein, die jeweils eigene Biographie zu verteidigen ist eine Notwendigkeit, die fast alle Westdeutschen, deren Lebenslauf nicht öffentlich in Frage gestellt wird, unterschätzen.

Immer wieder taucht die Frage auf, ob nicht ein paar Strukturen oder Einrichtungen aus der DDR in das vereinigte Deutschland hätten eingebracht werden können. Die Polikliniken zum Beispiel, in denen die Fachärzte unter einem Dach versammelt waren und man ohne bürokratischen Aufwand und Zeitverlust von einem zum anderen fachlich geeigneten Arzt gehen konnte. Mit diesen Einrichtungen könnten Ausgaben begrenzt werden.

Die Debatte des Jahres 1990 über den § 218 war so ein Versuch, wenigstens noch eine DDR-Regelung auf ganz Deutschland auszudehnen. Aus verschiedenen Gründen war den Frauen in der DDR zugestanden worden, was die deutsche und westdeutsche Frauenbewegung seit einem Jahrhundert vergeblich anstrebte. Der Versuch, dieses zu bewahren, endete in Halbheiten; es sollte noch fast fünf Jahre dauern, bis eine ganz andere Regelung für das Problem von Schwangerschaftskonflikten gefunden wurde.

Man muß auch den Einigungsvertrag selbst noch einmal bedenken, über den wahrlich nicht nur

lobende Worte gefunden werden können. Schon der Name ist ein Euphemismus, der suggeriert, es habe eine Einigung verschiedener Standpunkte gegeben. Tatsächlich bestand die Einigung im wesentlichen darin, daß die ostdeutsche Regierung zu akzeptieren hatte, was die westdeutsche vorschlug. So ist der Vertrag vor allem eine penible Fleißarbeit kenntnisreicher westdeutscher Beamter. Politisch ist er unverzichtbares Instrument zur Herstellung der staatlichen Einheit, die ohne den Vertrag sicher weitaus chaotischer verlaufen wäre. Inhaltlich finde ich ihn zwar immer noch viel zu fehlerhaft, was mich aber 1990 nicht davon abgehalten hat, dem Vertrag zuzustimmen. Auch heute noch ist mir die Einheit selbst wichtiger als die einzelnen Fehler des Vertrages. Trotzdem gehören sie in eine Bilanz nach fünf Jahren: Eigentumsregelung und die Art und Weise der Privatisierung der Betriebe durch die Treuhandanstalt offenbaren den ideologischen Charakter des Vertrages. Sie sind Ursache für den vielfachen und langanhaltenden Streit zwischen Menschen, die in Ostdeutschland Häuser und Grundstücke bewohnen, und jenen, die alte Besitztitel daran haben; sie sind Hauptursache für langsame oder ausbleibende Investitionen und damit auch für die Massenarbeitslosigkeit, und sie spielen auch eine Rolle bei der inzwischen sichtbaren Verödung ostdeutscher Innenstädte. Man darf nicht übersehen, wie insbesondere die Schulden, die uns die Treuhand hinterlassen hat und die sogenannten Altschulden aus der DDR dazu beitragen, private Unternehmer und Unternehmen reicher, die öffentlichen Hände aber ärmer zu machen.

Und trotzdem: Das gigantische Projekt der deutschen Einheit kann, es muß gelingen. Im Rückblick auf die ersten fünf Jahre deutscher Einheit hat vor allem den Menschen im vereinten Deutschland Respekt zu zollen: den Westdeutschen, weil sie weitgehend klaglos die notwendigen Leistungen erbracht haben – durch Konsumverzicht oder durch zusätzliche Wertschöpfung –, den Ostdeutschen, weil sie dieses rasante Tempo einer wirklich radikalen Veränderung aller Lebensbereiche und Gewohnheiten nicht nur durchgestanden haben: Sie haben mit dem Neuen umzugehen gelernt, es schließlich mitgestaltet. Sie waren und sind nicht nur geduldig, sondern auch beharrlich.

## Zur inneren Einheit Deutschlands im fünften Jahr nach der Vereinigung

Im fünften Jahr der deutschen Einheit ist eines offenkundig: Die anfängliche Euphorie ist einer Nüchternheit gewichen. Wir erkennen: Die Gestaltung der inneren und sozialen Einheit Deutschlands ist ein steiniger, mühsamer Weg. Die alte Bundesrepublik war auf die deutsche Einheit nicht vorbereitet. Diese war und ist ein Geschenk der Geschichte, das unter anderem dadurch ermöglicht wurde, daß im Herbst 1989 Tausende von Menschen in der DDR auf die Straße gingen, um für die deutsche Einheit zu demonstrieren. Sie war und ist aber auch ein Erfolg deutscher Regierungspolitik. Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einer relativ kurzen Phase, die uns in der Geschichte eingeräumt wurde, die deutsche Einheit wiederzuerlangen, nicht gezögert, sondern beherzt gehandelt. Ohne dieses Handeln hätten wir heute kaum die Gelegenheit, über Probleme und sicher auch Fehlentwicklungen zur inneren und sozialen Einheit zu diskutieren; das jedoch wäre der größte historische Fehler in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte gewesen.

Im Rausch der weltgeschichtlichen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa wurden die enormen Probleme der Vereinigung unterschätzt, während die Kräfte des Westens und auch der Bundesrepublik Deutschland überschätzt wurden. Das, was in 12 Jahren Nationalsozialismus und 40 Jahren DDR-Sozialismus im Osten Deutschlands zerstört wurde, kann nicht in fünf Jahren Demokratie und sozialer Marktwirtschaft repariert werden. Die neuen Bundesländer befinden sich in einem Systemumbruch, der durch die Entwicklung von einer Kommandowirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System und die Abkehr von einem bürokratischen Staatssozialismus hin zu einem differenzierten und daher komplizierten Regelwerk sozialer Sicherungssysteme gekennzeichnet ist.

Die an den Realitäten, die ihre Machthaber so oft beschworen hatten, gescheiterte DDR, war alles andere als offen. Sie war eine ideologisch beschränkte und geschlossene Gesellschaft, deren Macht in den Gewehrläufen und einem ausgeklügelten Spitzelsystem lag. Der Wechsel eines gelernten DDR-Bürgers aus dieser geschlossenen Gesellschaft in eine offene, sich im permanenten

Wettbewerb befindliche Demokratie war ein Sprung ins kalte Wasser. Klar ist: Nur wer kräftig mitschwimmt, geht nicht unter. In Bewegung bleiben, sich orientieren und das Wissen, wie mit welchen Strukturen an politischen Themen gearbeitet wird, gehört zu den notwendigen Voraussetzungen, um im größer gewordenen Deutschland den härter gewordenen Wettbewerb bestehen zu können. Nicht ein mehr oder weniger sozialer Obrigkeitsstaat, der seine Bürger im wahrsten Sinne des Wortes „aushält“ und damit auch gefügig macht, sondern Eigeninitiative und Risikofreude gehören zur Lebensmaxime unserer pluralistischen Wettbewerbsgesellschaft.

Das Leitbild der 89er Massenbewegung gegen das SED-Regime unter Erich Honecker war nicht die Klassengesellschaft nach britischem Muster, sondern die soziale Marktwirtschaft mit ihrem Gütesiegel: der „DM“. Ähnlich reagieren heute die Polen und Ungarn. Immer wieder wird mir von polnischen, tschechischen und ungarischen Freunden gesagt: So, wie der Dollar weltweit als Leitwährung gilt, so orientieren sich viele europäische Staaten bei der Festlegung sozialer Standards an der Bundesrepublik Deutschland. Würden wir die Arbeitszeit verlängern und die Löhne massiv senken, hätte dies einen Domino-Effekt zur Folge, der von Polen, Tschechien, Ungarn, den baltischen Ländern bis zu den GUS-Staaten reichen würde. Um sich wirtschaftlich entwickeln zu können, müßten diese Länder ihre derzeitigen sozialen Standards einfrieren, vielleicht sogar weiter absenken, damit der Abstand als Investitionsvorteil zum Westen erhalten bleibt. Die Chance für einen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Mittel- und Osteuropas und damit die Perspektive für eine demokratische Entwicklung nach westeuropäischem Muster wäre vertan.

Die ostdeutsche Bevölkerung hat nach der Wende gehofft, möglichst schnell den Wohlstand ihrer westdeutschen Landsleute erreichen zu können. Von Fachleuten der Wirtschaft und der Wissenschaft wird kritisiert, daß die D-Mark in den neuen Bundesländern zu früh eingeführt wurde. Tatsache jedoch ist, daß eine zentrale Losung der Menschen in der DDR lautete: „Kommt die DM, bleiben wir



hier – kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“ Ohne die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wären in noch stärkerem Maße als in den letzten fünf Jahren geschehen qualifizierte Fachkräfte aus Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nach Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg umgesiedelt. Das Zweiklassensystem zwischen den Deutschen, die mit einer harten, soliden und weltweit anerkannten Währung bezahlen konnten und der Alu-Chip-Republik mit einer Kunstwährung, die nur noch in einem durch Mauer, Selbstschußanlagen und Minenfeldern von der übrigen Welt abgegrenzten Kerker galt, *mußte* zügig überwunden werden.

Absehbar war jedoch nicht, daß wenige Monate nach den Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem obersten Repräsentanten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, diese Sowjetunion nicht mehr existierte und die KPDSU, der Michail Gorbatschow als Generalsekretär vorstand, nicht nur ihren politischen Einfluß verlor, sondern sich im neuen Rußland zunächst auflösen mußte. Der Handel mit Rußland bzw. den GUS-Staaten wurde zu einer Restgröße. Der andere Vertragspartner verschwand zeitweilig und überraschend schnell von der Bühne des Welt Handels.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Fragen stehen auch solche der inneren Einheit auf der Agenda: Die deutsche Einheit ist vor allem eine Herausforderung an die Fähigkeit des einzelnen zum menschlichen Miteinander. Schätzungsweise 64 Millionen Westdeutsche und knapp 16 Millionen Ostdeutsche, die über vierzig Jahre brutal voneinander getrennt waren, in völlig entgegengesetzten Systemen sozialisiert, d. h. erzogen und gebildet wurden, müssen von heute auf morgen wieder zueinander finden. Vier Jahrzehnte Leben in einem totalitären System hinterlassen Spuren. Weil ihre Lebensverhältnisse und ihre Lebensbedingungen *anders* gewesen sind, *anders als die ihrer Landsleute in der alten Bundesrepublik*, unterscheiden sich die Menschen in den neuen Bundesländern von diesen auch in Lebensstil und Lebenshaltung. Der ehemalige DDR-Bürger lebt heute in einem anderen „Haus“, mit einer ihm fremden Wohnungseinrichtung, mit organisatorischen und technischen Abläufen, die kaum noch an sein altes Lebensumfeld erinnern.

Wir Ostdeutschen sind im Oktober 1990 in das gemeinsame Haus eingezogen; die meisten Bundesbürger sind in ihm groß geworden. Sie kennen die

Aufteilung und Einrichtung des Hauses. Während der neue Mieter noch den Weg zur Küche sucht, sich zurechtfinden muß, um beispielsweise eine Kanne Kaffee aufzusetzen – er schaut in den Schränken nach, sucht die Filtertüten und das Kaffeepulver –, hat sich der Westdeutsche bereits den ersten Kaffee eingegossen und genießt das wunderbare Aroma. Wir müssen uns neu orientieren, und dazu ist vor allem die Solidarität derjenigen notwendig, die aufgrund ihrer zufälligen Geburt im Westen einen wesentlichen Zeitvorsprung haben. Für Westdeutsche ist es nichts besonderes, ein Wochenende in Amsterdam, Paris oder London zu verbringen. Trotz Rezession hat die Touristikbranche im letzten Jahr weitere Umsatzrekorde erlebt. Freies Reisen ist eine Selbstverständlichkeit, und daß dies so ist, zeigt den Wert einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft. Praktizieren wir diese Offenheit jedoch auch im Umgang miteinander? – Sind wir offen, auf den und die anderen zu hören, ihre Befindlichkeiten und ihre Erfahrungen anzunehmen?

Statt Ost und West gegeneinander aufzuhetzen, wie Vertreter mancher Parteien dies tun, brauchen wir – gerade im Sinne der Ostdeutschen – Brücken des Miteinanders gegen die Agitation des Gegeneinanders: des Gegeneinanders zwischen Ost und West, des Gegeneinanders zwischen Kapital und Arbeit, des Gegeneinanders zwischen links und rechts, Mann und Frau, Alt und Jung ... Wer Brücken einreißt und Gräben weiter vertieft, wer isoliert und polarisiert, marschiert in die entsolidarisierte Gesellschaft. Er wird dadurch zum Vorbote einer sozialen Eiszeit, womöglich zum Handlanger der Vernichtung der – wenn auch verbesserungswürdigen – „guten Bundesrepublik Deutschland“.

*Das Kontrastprogramm?* – Bereits im Dezember 1990 forderte die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) im Rahmen einer Bonner Pressekonferenz einen Solidarpakt für die deutsche Einheit. Diese Solidarpaktgespräche zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und den Gewerkschaften wurden 1992 und 1993 geführt und zu einem Ergebnis gebracht. Vor allem konnten die aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau gesichert und die Finanzverhältnisse zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geordnet werden. Die Bundesregierung sorgte in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungen dafür, daß jährlich ca. 140 Milliarden DM Transferleistungen von West nach Ost getätigt wurden, um die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur der neuen Bundesländer in einem gewaltigen Kraftakt zu modernisieren.

Wie gewaltig dieser Kraftakt sein mußte, zeigt der großenteils sehr marode Maschinenpark der früheren DDR-Kombinate, der 1989 etwa (im Durchschnitt) den technischen Stand vergleichbarer Ausrüstungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1969 aufwies. Während im Westen Deutschlands die Produktivität über zwei Jahrzehnte hinweg durchschnittlich Jahr für Jahr um drei Prozent stieg, war der Strukturbruch in den neuen Bundesländern durch das Austausch der alten Maschinen zugunsten der Technik des Jahres 1995 mit einem plötzlichen, gewaltigen Produktivitätssprung verbunden, der massiv zu Lasten der Arbeitsplätze gehen mußte. Hinzu kommt, daß jeder dritte Arbeitsplatz in der ehemaligen DDR schwer gesundheitsschädlich war und daß auch aus ökologischen, sogar aus humanen Gründen Betriebe, beispielsweise in Bitterfeld, stillgelegt werden mußten. Die Menschen dieser Region haben für die „sicheren Arbeitsplätze“ über Jahrzehnte hinweg mit Hautkrebs und Keuchhusten, auch bei Kleinkindern, bitter bezahlt.

Entscheidend war und ist, daß ein starker und engagierter Staat den politischen und sozialen Rahmen für die Modernisierung der Wirtschaft und den sozialen Umbau vorantreibt. Dabei ist von zentraler Bedeutung: Wie werden die privaten Eigentumsrechte geordnet? Heute wissen wir, daß eine Regelung bei der Privatisierung von Gewerbebetrieben nach dem Muster „Entschädigung vor Rückgabe“ der leichtere und schnellere Weg gewesen wäre. Dies gilt wohl auch vor dem Hintergrund, daß von den wenigen Juristen, die es in der DDR gab – das waren gerade so viele, wie 1990 in der Stadt Bremen arbeiteten –, ein Drittel den Beruf aufgab, da sie spürten, daß sie ihre Legitimität mit dem Zusammenbruch des Sozialismus verloren hatten. Ein weiteres Drittel war durch das totalitäre System der DDR so stark in Mißkredit geraten, daß es einer Überprüfung der Gauck-Behörde nicht mehr standhielt. Es verblieb also ein Drittel, um in allen fünf neuen Bundesländern Rechtsaufbau und Rechtssicherheit zu schaffen. Auch darin lag eines der zentralen Probleme bei den vielfältigen Rechtsfragen, die im Rahmen der Privatisierungen geklärt werden mußten.

Wie schwierig manche Entscheidungen zu treffen waren, zeigt ein Beispiel: Bei einer Privatisierung mußte sich der Treuhandvertreter mit dem Alteigentümer, der vor 1945 Eigentumsrechte, beispielsweise an einem Grundstück, hatte, zusammensetzen. Hinzu kamen der Besitzer, der während der DDR-Zeit auf diesem Grundstück das Haus nutzte, und ein Neu-Investor, der zukünftig auf diesem Grund und Boden etwas aufbauen will.

Jeder von ihnen brachte einen Rechtsanwalt mit, so daß der Treuhandangestellte im Angesicht von drei Parteien die möglichst gerechte und für das Gemeinwohl richtige Entscheidung treffen mußte. Es war klar: Egal, wie er entschied, zwei würden gegen ihn prozessieren! – Kein Wunder, daß die Treuhandanstalt, die in fünf Jahren über 16 000 Privatisierungen organisieren mußte, permanent in der öffentlichen Kritik stand. Die großen Leistungen, die von der Treuhandanstalt unter Leitung von Detlev K. Rohwedder und Birgit Breuel erbracht wurden, werden erst spätere Generationen erfassen können. Die Fehlerquote ist vor dem Hintergrund der enormen Aufgabe nachvollziehbar – die Waage neigt sich, und dies ist heute bereits absehbar, eindeutig zugunsten einer positiven Bewertung.

Heute sind die neuen Bundesländer die stärkste Wachstumsregion Europas. Und das, obwohl durch die Auflösung der Sowjetunion der gesamte Osthandel, der 1989 noch 36 Milliarden DM betrug, in den darauffolgenden Jahren auf knappe vier Milliarden DM zusammenschmolz. Wer die Erblast des Honecker-Regimes an maroder Bausubstanz, an schlechter Kanalisation, ungenügender Infrastrukturausstattung und enormen Umweltschäden addiert, kommt auf einen stattlichen Betrag: 2,2 Billionen DM sind notwendig, um in Ostdeutschland annähernd gleiche Lebensverhältnisse wie in Westdeutschland zu schaffen!

Bei immer mehr Menschen ist die Diskussion über die innere Einheit Deutschlands durch einen gesunden Realismus geprägt, der durch Klarheit und Wahrheit die Solidarität aller Deutschen auf ein festes Fundament stellt. Sowohl Euphorie, die mit Tränen der Freude ein eher verschwommenes Bild vermittelt, als auch Trauer und Zorn darüber, daß heute Entbehrungen notwendig sind, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, trüben den Blick.

Mit Vierjahresplänen und protzigen Sprüchen hatte das SED-Regime sich und der Welt 40 Jahre lang Sand in die Augen gestreut. Wohin dies führte, wissen wir inzwischen alle: in den Zusammenbruch und die Verdummung. Das darf sich nicht wiederholen! Darum brauchen wir Augenmaß für das Machbare und dringend Erforderliche.

Das Bild von den „blühenden Landschaften“ in den neuen Bundesländern gewinnt Konturen – etwa wenn wir sehen, daß in den letzten vier Jahren mehr Telefonleitungen gelegt wurden als in 40 Jahren existierender DDR. Renovierte Häuser, neue Straßen und Abwässerkanäle, die Beseiti-

gung von giftigen Altlasten und die Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten – das alles sind Erfolge, die uns andere mittel- und westeuropäische Länder kaum in so kurzer Zeit zugetraut hätten. Es sind Kommentare aus dem Ausland, aus Österreich, Frankreich und Finnland, die uns zeigen, wie gewaltig der Strukturwandel in den neuen Bundesländern, wie intensiv die Modernisierung der Wirtschaft und wie effektiv der Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den neuen Bundesländern vorangeschritten sind. Nicht, wer die heutige Situation an den Träumen des Jahres 1990 mißt, sondern derjenige, der zurückblickt und die hinter sich gelegte Wegstrecke sieht, kann diese gewaltige Leistung des deutschen Volkes ermessen.

Tatsache ist, selbst dort, wo wirtschaftlich bisher noch keine „blühenden Landschaften“ zu sehen sind, entdecken wir bei näherem Hinsehen doch „Knospen“, die der Blüte entgegenreifen. Das war und ist nur möglich, weil die soziale Marktwirtschaft mit einem starken, engagierten Staat im Bereich der Strukturentwicklung, der Wirtschaftsförderung, des Erhalts von Industriekernen, der aktiven Arbeitsmarktpolitik und des sozialen Aufbaus für alle Menschen möglichst segensreich gewirkt hat.

„Für alle Menschen“ – das bedeutet, *auch für die Westdeutschen*. Fast eine Million Menschen wanderten aus den neuen in die alten Bundesländer. Dort, wo keine neuen Arbeitsplätze entstehen und Betriebe in manchen Regionen „flächendeckend dichtmachen“, fehlt die Aussicht auf eine sichere Zukunft. Perspektivlosigkeit führt dazu, daß Menschen ihre Heimat verlassen und dorthin gehen, wo es Arbeitsplätze gibt. Die große Herausforderung der deutschen Einheit lag und liegt darin, das „moralische Recht auf Arbeit“ mit dem „Recht auf Heimat“ zu verbinden. Noch heute gibt es Regionen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, in denen die Arbeitslosenquote bei 40 Prozent liegt. Es ist eine der kaum zu überschätzenden Leistungen der ostdeutschen Bürger, den Systemumbruch – mit den damit einhergehenden sozialen Problemen – im Sinne der neuen demokratischen Ordnung „staatstragend“ verarbeitet zu haben. Zur „Einheit in Gerechtigkeit“ gehört aber auch, daß die materiellen Gewinner der deutschen Einheit – die westdeutschen Unternehmen – ihren Aufgaben im marktwirtschaftlichen System gerecht werden: Um den Standort Deutschland durch neue marktfähige Produkte dauerhaft zu sichern, sind Investitionen – sowohl in Maschinen und Anlagen als auch in Ausbildung und Weiterbildung – notwendig. Nach Be-

richten der Deutschen Bundesbank stiegen die liquiden Mittel der westdeutschen Betriebe von Dezember 1990 bis Dezember 1992 von 671 Milliarden DM auf ca. 820 Milliarden DM. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen blieb jedoch erheblich dahinter zurück. Den Löwenanteil an Infrastrukturausgaben leisteten der Bund und die öffentlichen Unternehmen; die westdeutsche Privatwirtschaft hielt sich weitgehend zurück. Daher ist für mich eines unverzichtbar: Im Laufe der nächsten Monate muß der Gesetzgeber den Rahmen für eine investive Einkommenspolitik der Tarifpartner schaffen. Investivlohnvereinbarungen können dazu führen, daß nicht nur die kleine Zahl der Unternehmer, sondern die große Zahl der Arbeitnehmer an dem Produktivkapital und der daraus resultierenden Wertschöpfung beteiligt werden. Das geeinte Deutschland erhielt eine gerechtere Vermögensverteilung.

Was heute von West in Ost investiert wird, erweist sich morgen als Konjunkturlokomotive für ganz Deutschland. Die ostdeutschen Bundesländer sind im Besitz des Schlüssels, um den mittel- und osteuropäischen Markt für deutsche Güter und Dienstleistungen zu öffnen. Noch kaum zu ermessen ist der Schatz an Patenten und Neuentwicklungen, die in den ostdeutschen Betrieben ruhen, um endlich von Westinvestoren und den marktwirtschaftlichen Unternehmen aufgegriffen zu werden. Der ökologische Kühlschrank, aber auch medizinische Entwicklungen in der Berliner Charité sind einige Früchte der kreativen und innovativen Arbeit der Menschen, die jedoch durch das innovationsfeindliche sozialistische System über Jahrzehnte hinweg nicht reifen konnten und nun endlich zu ihrer vollen Entfaltung gelangen.

Nach dem Vorbild des Solidarpaktes für die innere Einheit Deutschlands wurde im Januar 1995 – ebenfalls auf Vorschlag der CDA – die Kanzlerinitiative für mehr Beschäftigung gestartet. Die Politik und die Tarifpartner entwickeln in einer konzertierten Aktion Wege zur Vollbeschäftigung in ganz Deutschland. Neben dem neu aufgelegten Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, das Betrieben und Verwaltungen Lohnzuschüsse bei Einstellung eines Langzeitarbeitslosen über ein Jahr zusichert und bereits in diesem Jahr dafür gesorgt hat, daß fast 100 000 Langzeitarbeitslose eine neue Erwerbsarbeit fanden, ist auch die Zusage der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber für ein bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot von entscheidender Bedeutung. Die Wirtschaft und die Manager müssen erkennen: Gleichermäßen, wie sie in eine neue Technik investieren, müssen sie in die Qualifizierung von Men-

schen investieren. Das duale Ausbildungssystem ist einer der zentralen Standortvorteile Deutschlands im wirtschaftlichen Wettbewerb. In Großbritannien wird seit über einem Jahrzehnt versucht, eine stärker betrieblich orientierte berufliche Bildung nach dem deutschen Vorbild durchzusetzen. Da sich die britischen Unternehmen jedoch daran gewöhnt haben, daß der Staat diese Aufgabe erfüllt, ist ihre Motivation dazu sehr gering. Selbst Ausbildungszuschüsse haben in der Vergangenheit nicht dazu geführt, daß die Ausbildungssituation der Betriebe in Großbritannien wesentlich verbessert wurde.

Als Hochlohnland haben wir nur dann eine Chance, unsere wirtschaftliche Position zu halten oder zu verbessern, wenn wir die Kreativität der Menschen möglichst optimal und flächendeckend nutzen. Dazu ist unser Bildungssystem von herausragender Bedeutung, sind wir doch als rohstoffarmes Land von unserem hohen Qualifikationsniveau und unserer Innovation abhängig. Nur wenn wir bereit sind, zu forschen und diese Forschung auch marktfähig zu betreiben, werden wir neue, weltweite Märkte erschließen. Kurzfristiges unternehmerisches Denken, das dazu führt, daß in einer rezessiven Phase der Wirtschaft vorrangig von Großbetrieben qualifizierte Facharbeitnehmer entlassen werden, um anschließend bei den Forschungsausgaben zu kürzen, hätte fatale Folgen. Eine solche Betriebspolitik erinnert an Schiffbrüchige, die auf einem Rettungsfloß das Holz anzünden, um sich die Hände zu wärmen ...

Die wichtigsten Standortvorteile der Bundesrepublik Deutschland waren nach einer Unternehmerbefragung von 1989:

- qualifizierte Arbeitnehmer,
- gut ausgebaute Infrastruktur,
- sozialer Friede und
- politische Stabilität.

Diese Vorteile müssen wir hegen und pflegen, damit sie auch weiterhin für das geeinte Deutschland zu einem Gütesiegel „Made in Germany“ führen. Entscheidend wird sein, daß wir bei den zentralen wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer geeinten Republik den parteiübergreifenden Konsens immer wieder neu anstreben.

Wer heute 50 Jahre alt ist und fast sein ganzes Leben in einem totalitären System verbringen mußte, will keine eingefahrenen Rituale: Rituale zwischen Bund und Ländern, Rituale zwischen Regierung und Opposition, Rituale zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden... Er will, daß die großen gesellschaftlichen Kräfte bei den zentralen Problemen über ihren Schatten springen, um an dem Gesamtwerk „deutsche Einheit“ zu arbeiten. Wer einem fünfzigjährigen Ostdeutschen sagt: „Nun warte noch 20 Jahre, bis wir die Angleichung der Lebensverhältnisse erreicht haben“, der zeigt mangelnde Sensibilität. Andererseits müssen wir Ostdeutschen dafür Verständnis für die Westdeutschen entwickeln, deren Leistungsfähigkeit auch Grenzen gesetzt sind. Verständnis auf der einen und Geduld auf der anderen Seite – das geht nur mit einer neu entdeckten Solidarität. Freiheit ohne Solidarität führt zum Gesetz des Dschungels nach dem Motto „Selber fressen macht fett“. Solidarität ohne Freiheit führt ebenso in die Unmenschlichkeit, weil die Menschen den Zweck immer nur als Zwang erfahren.

Nach fünf Jahren deutscher Einheit ist Deutschland auf gutem Wege, in dem sich stärker zusammenschließenden Europa zum Hoffnungsträger für die Überwindung der Spaltung zwischen Mittel- und Osteuropa zu werden. Auch Polen, die Tschechische Republik und Ungarn gehören in die Europäische Union, wenn sie dies wünschen. Das Gelingen der deutschen Einheit kann uns Mut machen, daß auch der soziale Ausgleich zwischen Mittel- und Osteuropa möglich ist.

# Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich

## Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

### I. Die Untersuchung

Auch fünf Jahre nach dem Mauerfall sind die materiellen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland noch sehr unterschiedlich. Die Kluft ist durch zahlreiche Daten für jedermann sichtbar<sup>1</sup>. Fest steht, daß auch die psychische Entfremdung zwischen den Menschen beider Landesteile noch lange nicht überwunden ist. Es werden Unterschiede in der Emotionalität, in den Denkweisen und Verhaltensmustern teils zutreffend erkannt, teils überschätzt oder sogar nur behauptet bzw. phantasiert. Enttäuschungen und Mißtrauen haben Vorurteile wachsen lassen, die als neue Barrieren zwischen den Menschen entstanden sind – daher die Parole von der „Mauer in den Köpfen“.

Manche dieser Vorurteile sind tiefer verwurzelt und dienen nach dem Sündenbock-Muster der Erhaltung des Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls – auf Kosten der jeweils anderen Seite. Andere beruhen aber auch schlicht auf Unkenntnis. Man weiß zuwenig voneinander. Es fehlt an Verständnis im Sinne von Akzeptanz; es besteht ein Mangel an Verständnis im Sinne von Ahnungslosigkeit. Beiderseitige repräsentative Selbstbeschreibungen können der wechselseitigen Einfühlung förderlich sein. Man kann die eigenen Vorurteile besser kritisch überprüfen.

Nun haben wir Ende 1994 1022 Ostdeutsche und 2025 Westdeutsche im Alter von 14 bis 92 Jahren vergleichend untersucht. Die Erhebung wurde im Auftrag der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut USUMA (Unabhängiger Service für Umfragen, Methoden und Analysen) Berlin durchgeführt. Benutzt wurden der Gießen-Test<sup>2</sup>

1 Vgl. E. Brähler/M. Geyer, Bibliographie Folgen der Wende und Ost-West-Vergleich im Bereich der psychosozialen Medien, in: H. J. Wirth, Osis und Wessis: Psychogramm deutscher Befindlichkeiten, in: Psychosozial 59, 18 (1995) 1, S. 71–76.

2 Der Gießen-Test wurde 1968 in dem psychosomatischen Zentrum in Gießen entwickelt und gehört inzwischen zu den Standard-Tests in der internationalen Sozialforschung. Die Testpersonen äußern sich zu 40 Fragen über ihre innere

und ein Katalog von Fragen über Erziehungserfahrungen, gesellschaftliche und politische Einstellungen sowie über das soziale und das körperliche Befinden.

Tabelle 1 enthält Daten über die Zusammensetzung der Stichprobe.

Auffallend an den soziodemographischen Merkmalen der Ost- und Westdeutschen ist folgendes:

1. In Westdeutschland leben fast 42 Prozent ohne Partner, in Ostdeutschland sind es nur 31 Prozent.
2. Beim Schulabschluß wird deutlich, daß das Ausbildungsniveau der Ostdeutschen höher ist. Im Osten haben 60 Prozent eine mindestens 10jährige Schulausbildung, im Westen sind es nur 41 Prozent. Aus den Angaben zum Schulabschluß (s. Polytechnische Oberschule) wird auch deutlich, daß unter den westdeutschen Befragten Personen sind, die ursprünglich aus der DDR kommen. Absolut fällt dieser Prozentsatz nicht sehr stark ins Gewicht. Er dürfte weit unter 10 Prozent liegen.
3. Bei der Berufstätigkeit fällt auf, daß es im Westen prozentual etwa siebenmal mehr Hausfrauen gibt als im Osten. Arbeitslose Frauen bezeichnen sich im Westen offensichtlich vielfach als Hausfrauen, im Osten als Arbeitslose. Auffällig ist auch der sehr hohe Prozentsatz der Personen in Rente und im Vorruhestand im Osten (34,7 Prozent gegenüber 20,4 Prozent). Inzwischen sind dort sehr viel weniger Menschen berufstätig als im Westen (41,7 Prozent gegenüber 50,6 Prozent). Dies bedeutet, daß die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen anders aussehen als die offiziellen. Das Haushaltseinkommen ist erwartungsgemäß im Osten viel niedriger als im Westen.

Verfassung, ihr Verhalten und darüber, wie sie sich in ihren sozialen Beziehungen wahrnehmen. Sie benutzen dazu eine polar angeordnete 7-Punkte-Skala. Vgl. dazu: D. Beckmann/E. Brähler/H.-E. Richter, Der Gießen-Test (GT): Ein Test zur Individual- und Gruppendiagnostik, Bern 1991<sup>4</sup>.

**Tabelle 1: Soziodemographische Merkmale der Untersuchungspopulation  
(Leipziger Untersuchung vom November 1994)**

		Gesamtgruppe (n = 3047)		Westdeutsche <sup>a</sup> (n = 2025)		Ostdeutsche <sup>a</sup> (n = 1022)	
Alter	Mittelwert	46,32		46,09		46,76	
	Streuung	17,82		18,07		17,33	
	Spanne	14-92		14-92		14-92	
		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Altersgruppen	14 bis 30 Jahre	709	23,3	486	24,0	223	21,8
	31 bis 60 Jahre	1572	51,6	1038	51,3	534	52,3
	älter als 60 Jahre	766	25,1	501	24,7	265	25,9
Geschlecht	männlich	1347	44,2	900	44,4	447	43,7
	weiblich	1700	55,8	1125	55,6	575	56,3
Partnerschaft	ja (leben mit Partner)	1885	61,9	1180	58,3	705	69,0
	nein (leben ohne Partner)	1162	38,1	845	41,7	317	31,0
Schulabschluß	ohne Abschluß	139	4,6	94	4,6	45	4,6
	Hauptschule/8. Klasse	1467	48,1	1105	54,6	362	35,4
	mittlere Reife/Realschule	597	19,6	504	24,9	93	9,1
	POS* 10. Klasse	285	9,4	28	1,4	257	25,1
	Fachschule	140	4,6	54	2,7	86	8,4
	Abitur/ohne abgeschl. Studium	182	6,0	137	6,8	45	4,4
	abgeschl. Hoch-/FH-Studium	235	7,7	101	5,0	134	13,1
anderer Abschluß	2	0,1	2	0,1	0	0,0	
Beruf <sup>b</sup>	noch nie berufstätig	100	3,5	93	5,0	7	0,7
	Arbeiter	375	13,2	242	12,9	133	14,0
	Facharbeiter	709	25,1	417	22,1	292	30,6
	Landwirte	25	0,9	19	1,0	6	0,6
	freie Berufe	23	0,8	20	1,1	3	0,3
	Selbständige	120	4,2	77	4,2	43	4,5
	Angestellte	1350	47,8	903	48,0	447	46,9
	Beamte	128	4,5	106	5,7	22	2,4
Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 Std./Woche	1199	39,4	829	40,9	370	36,2
	Teilzeit mit 15-35 Std./Woche	198	6,5	152	7,5	46	4,5
	Teilzeit mit < 15 Std./Woche	54	1,8	44	2,2	10	1,0
	Wehr-/Zivildienst oder Mutterschafts-/Erziehungsurlaub	24	0,8	12	0,6	12	1,2
	arbeitslos/0-Kurzarbeit	211	6,9	76	3,8	135	13,2
	Rentner/Vorruhestand	768	25,2	413	20,4	355	34,7
	nicht berufstätig/Hausfrau	376	12,3	351	17,3	25	2,4
	in Berufsausbildung	52	1,7	31	1,5	21	2,1
	in Schulausbildung	165	5,4	117	5,8	48	4,7
Haushalts- einkommen <sup>b</sup> (Netto)	weniger als 2 500 DM/Monat	1088	37,2	616	31,6	472	48,6
	2 500 bis zu 5 000 DM/Monat	1464	50,1	1006	51,5	458	47,1
	5 000 DM/Monat und mehr	372	12,7	330	16,9	42	4,3

<sup>a</sup> Definiert durch den Wohnort zum Zeitpunkt der Datenerhebung im November 1994.

<sup>b</sup> Angaben zum Beruf liegen von n = 2830 / zum Haushaltseinkommen von n = 2924 Personen vor.

\* POS = Polytechnische Oberschule.

Quelle: Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

## II. Selbstkonzept in Ost und West

Die folgenden drei Fragenbeispiele in Tabelle 2 sollen einen Eindruck von der Konstruktion des Gießen-Tests vermitteln.

**Tabelle 2: Gießen-Test (Fragenbeispiele)**

Es geht im nachfolgenden darum, wie Sie sich selbst sehen und empfinden. Bitte tragen Sie Ihren Eindruck von sich selbst auf einer Skala ein. Die Skala hat ihren Mittelpunkt bei 0 und reicht jeweils von 1 bis 3 nach links und rechts.

Ich glaube, ich suche eher	3	2	1	0	1	2	3	ich meide eher Geselligkeit
Ich halte mich selten	3	2	1	0	1	2	3	oft für sehr bedrückt
Ich habe den Eindruck, ich bin eher sehr wenig ordentlich	3	2	1	0	1	2	3	eher überordentlich

In 15 der 40 Items, d. h. der Dinge oder Sachverhalte, nach denen gefragt wurde, unterscheiden sich die Antworten der Ost- und Westdeutschen hochsignifikant. In einer Gruppe von fünf Antworten kommt zum Ausdruck, daß die Ostdeutschen *mehr soziale Nähe suchen und sich im ganzen als mehr sozial verbunden erleben* als die in der sozialen Einstellung distanzierten Westdeutschen (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3: Wichtige Eigenschaften ostdeutscher und westdeutscher Befragter**

„Sozial offenere Ostdeutsche“	„Individualistischere Westdeutsche“
● fühlen sich anderen näher	● fühlen sich anderen weniger nahe
● suchen engeren Anschluß	● suchen weniger engen Anschluß
● erleben sich geselliger	● erleben sich weniger gesellig
● tun sich leichter in enger Zusammenarbeit	● tun sich schwerer in enger Zusammenarbeit
● machen sich häufiger Sorgen um andere	● machen sich seltener Sorgen um andere

Die Ostdeutschen leben also deutlich mehr in der Gemeinschaft, während sich die Westdeutschen stärker individuell abgrenzen.

Aus drei weiteren Angaben im Gießen-Test und der Antwort auf eine Zusatzfrage wird deutlich, daß sich Ost- und Westdeutsche markant in ihrem *Selbstwertgefühl* unterscheiden. Verblüffend ist jeweils ein Gegensatz zwischen der Selbstbewertung und der Meinung, wie man von außen bewertet wird: Das heißt, die Ostdeutschen sind (erheblich) selbstkritischer als die Westdeutschen.

Man kann das nun so akzentuieren, daß man sagt: Die Ostdeutschen leiden stärker, die Westdeutschen weniger an Selbstzweifeln. Oder so: Die Westdeutschen neigen im Vergleich zu den Ostdeutschen an einer überhöhten Selbsteinschätzung. Oder: Die Ossi machen sich eher schlechter, als sie sind, die Wessi besser. Jedenfalls glauben die Ossi, daß sie von der Umgebung mehr geachtet werden, als sie sich selbst achten. Bei den Wessi ist es genau umgekehrt. Sie sehen sich selbst weniger kritisch, als sie ihrer Meinung nach von außen bewertet werden. Es bestätigt sich also in gewisser Weise der Mythos vom bescheidenen Ossi und dem arroganten Wessi (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4: Selbstwertgefühl ostdeutscher und westdeutscher Befragter**

„Bescheidene Ossi“	„Arrogante Wessi“
● machen sich häufiger Selbstvorwürfe	● machen sich seltener Selbstvorwürfe
● sind mit der eigenen Wesensart weniger zufrieden	● sind mit der eigenen Wesensart zufriedener
<i>aber:</i>	<i>aber:</i>
● sehen sich von der Umgebung mehr geachtet	● sehen sich von der Umgebung weniger geachtet
● erleben mehr Wertschätzung für ihre Arbeitsleistung	● erleben weniger Wertschätzung für ihre Arbeitsleistung

Wie die Tabelle 5 zeigt, sind die Ostdeutschen offener für ihre inneren Prozesse und durchlässiger auch nach außen hin. Ihr Ich ist weniger geschützt, vielmehr eher Konflikten und auch Verstimmungen ausgesetzt.

**Tabelle 5: Befindlichkeit ostdeutscher und westdeutscher Befragter**

„Weichere Ostdeutsche“	„Härtere Westdeutsche“
<ul style="list-style-type: none"> <li>● fühlen sich in ihrer Stimmung abhängiger von äußeren Einflüssen</li> <li>● können schlechter verbergen, was in ihnen vorgeht</li> <li>● grübeln mehr über ihre inneren Probleme nach</li> <li>● erleben sich häufiger bedrückt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>● fühlen sich in ihrer Stimmung weniger abhängig von äußeren Einflüssen</li> <li>● können leichter verbergen, was in ihnen vorgeht</li> <li>● grübeln weniger über ihre inneren Probleme nach</li> <li>● erleben sich seltener bedrückt</li> </ul>

Folgt man den Ergebnissen von Tabelle 6, so erleben sich die Westdeutschen ein Stück weit lässiger, mehr „easy going“, während die Ostdeutschen sich angestrenzter und disziplinierter einschätzen. Es liegt nahe, darin die Spuren der unterschiedlichen Sozialisation in dem jeweiligen System zu erblicken.

**Tabelle 6: Selbsteinschätzungen ostdeutscher und westdeutscher Befragter**

„Diszipliniertere“ Ostdeutsche	„Lockerere“ Westdeutsche
<p>Ostdeutsche meinen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● daß sie ordentlicher sind,</li> <li>● daß sie sich mehr Mühe machen</li> <li>● daß sie weniger schlecht mit Geld umgehen</li> </ul>	<p>Westdeutsche meinen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● daß sie weniger ordentlich sind</li> <li>● daß sie sich weniger Mühe machen</li> <li>● daß sie schlechter mit Geld umgehen</li> </ul>

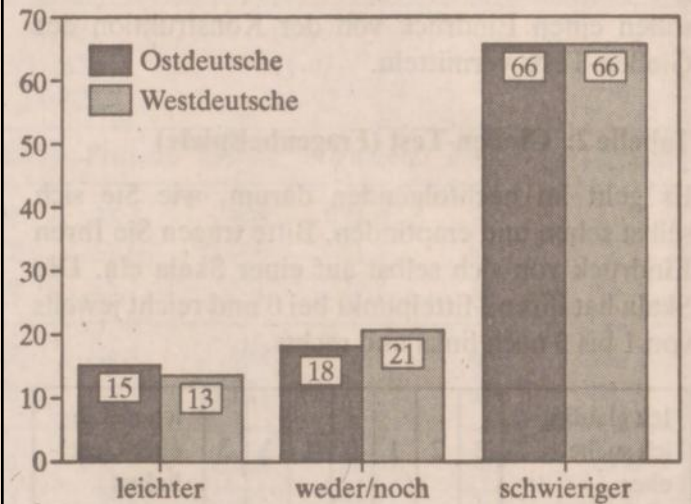
### III. Zukunftserwartungen und politische Ansichten

*Wird das Leben für die nächsten Generationen in Deutschland leichter oder schwieriger werden?*

Hier herrscht zwischen Ost und West fast vollständige Übereinstimmung: Es wird schwieriger werden.

**Abbildung 1: Allgemeine Zukunftserwartungen der Untersuchungsgruppe (in Prozent)**

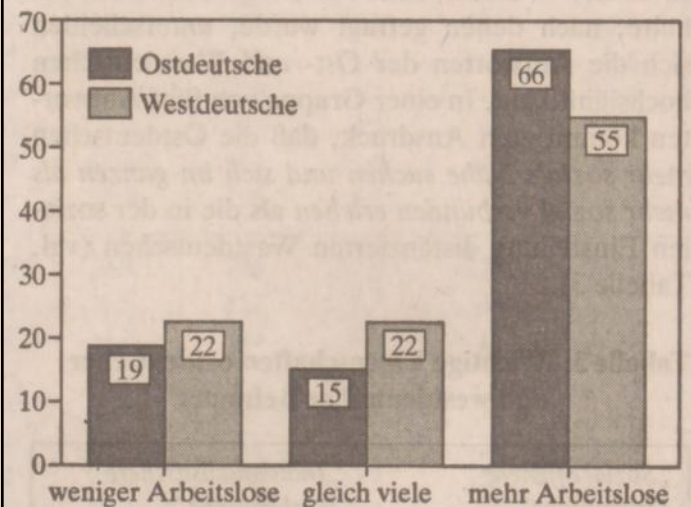
Für die nächste Generation wird das Leben in unserem Land...



*Werden wir in Deutschland in einigen Jahren wesentlich mehr oder wesentlich weniger Arbeitslose haben?*

**Abbildung 2: Zukunftserwartungen der Untersuchungsgruppe (Arbeitslosigkeit; in Prozent)**

Ich vermute, in Deutschland haben wir in wenigen Jahren...



Beiderseits fallen die Prognosen düster aus: Die Arbeitslosigkeit werde noch beträchtlich zunehmen. Die Befürchtungen der Ostdeutschen übertreffen noch diejenigen der Westdeutschen.

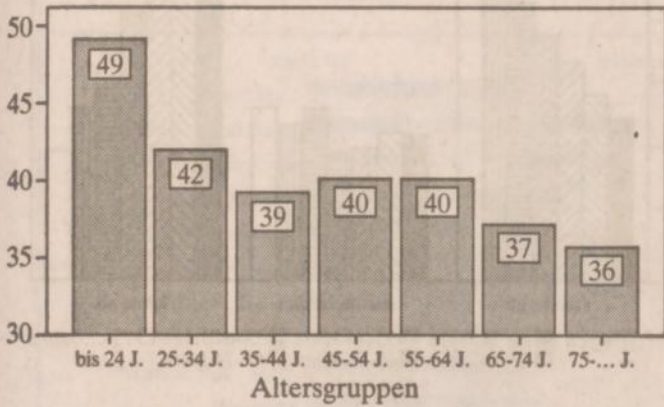
*Kann die Umweltzerstörung noch gestoppt werden?*

Darüber sind die Meinungen geteilt. Nur die junge Generation ist in beiden Landesteilen übereinstimmend pessimistisch.



**Abbildung 3: Zukunftserwartungen der Untersuchungsgruppe (Umwelt; in Prozent innerhalb der Gruppen)**

Die Zerstörung der Umwelt kann nicht gestoppt werden

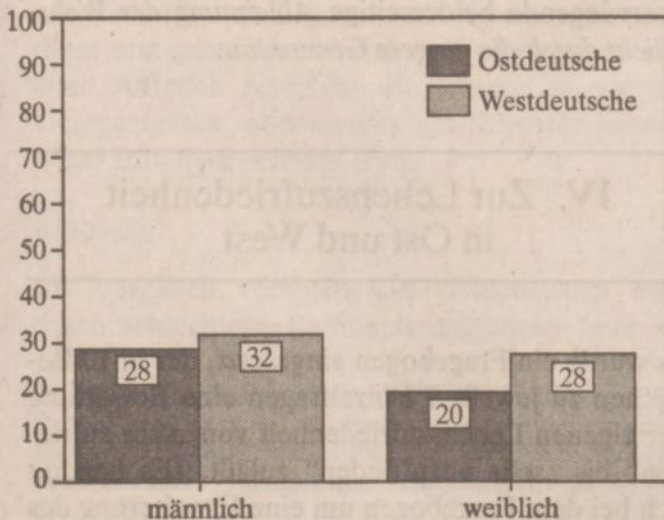


Wie sympathisch oder unsympathisch wird die Losung „Deutschland den Deutschen“ empfunden?

Beiderseits überwiegt die Antipathie. Die Ablehnung der Ostdeutschen fällt indessen deutlich massiver aus (vgl. Abbildung 4). In beiden Landesteilen übertreffen die jungen Jahrgänge die älteren und die Frauen die Männer in der Zurückweisung der nationalistischen Parole. Mit 37 Prozent am stärksten ausgeprägt ist die Sympathie in der Untersuchungsgruppe bei den 65- bis 74jährigen. Es folgen die 75jährigen und älteren (35 Prozent) und die 55 bis 64jährigen (29 Prozent). Nur 24 bzw. 25 Prozent der Altersgruppen bis 24 Jahre und 25 bis 45 Jahre finden die Losung sympathisch.

**Abbildung 4: Sympathie der Untersuchungsgruppe für die Losung „Deutschland den Deutschen“ (in Prozent innerhalb der Untersuchungsgruppen)**

Die Losung „Deutschland den Deutschen“ ist mir sympathisch

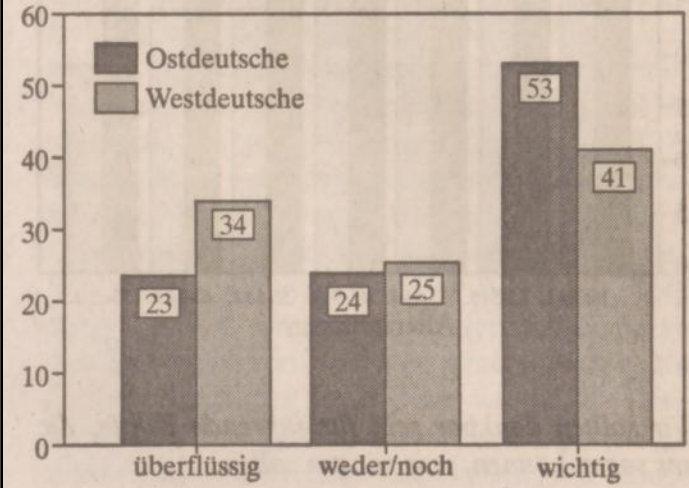


Ist es wichtig oder eher unwichtig für die Deutschen, sich noch mit der Hitlerzeit auseinanderzusetzen?

Es ist wichtig, sagt in Ostdeutschland die absolute und in Westdeutschland eine relative Mehrheit.

**Abbildung 5: Bedeutung der Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit für die Untersuchungsgruppe (in Prozent)**

Die Aufgabe, sich mit der Hitlerzeit auseinanderzusetzen, ist...

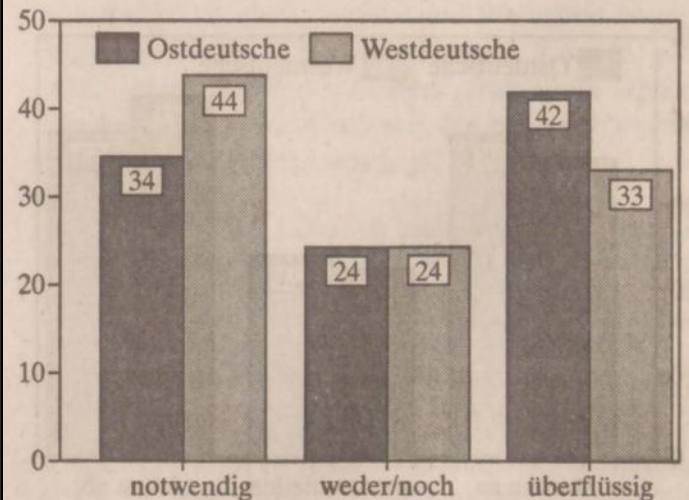


Ist die allgemeine Wehrpflicht notwendig oder überflüssig?

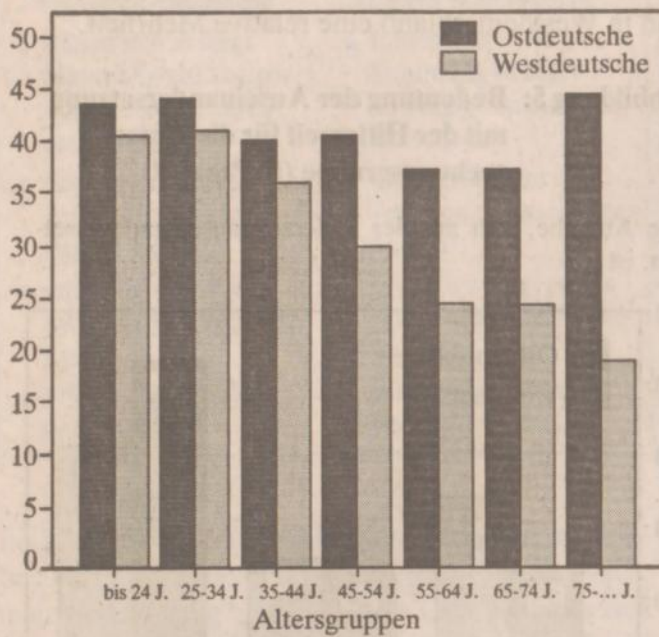
Hier weichen die Meinungen voneinander ab. Die Ostdeutschen zweifeln an der Notwendigkeit ein Stück mehr als die Westdeutschen (vgl. Abbildung 6). In Ostdeutschland überwiegt bei allen, in Westdeutschland nur bei den jüngeren Jahrgängen der Zweifel an der Notwendigkeit der Wehrpflicht (vgl. Abbildung 7).

**Abbildung 6: Meinung der Untersuchungsgruppe zur allgemeinen Wehrpflicht (in Prozent)**

Die allgemeine Wehrpflicht halte ich für...



**Abbildung 7: Die allgemeine Wehrpflicht halte ich für überflüssig (in Prozent innerhalb der Gruppen)**

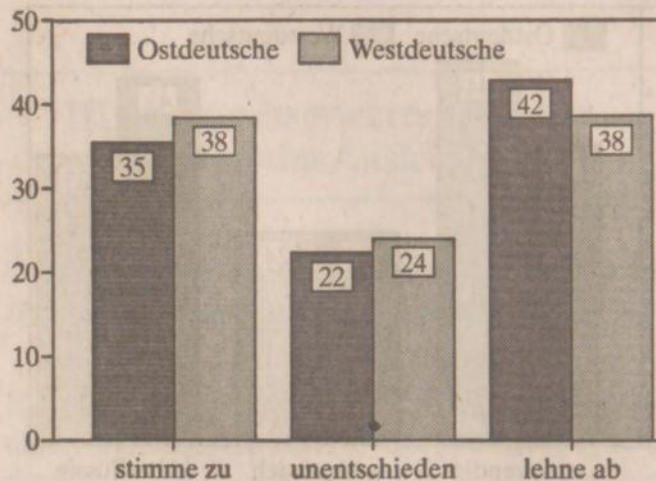


*Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen können, was wir tun sollen.*

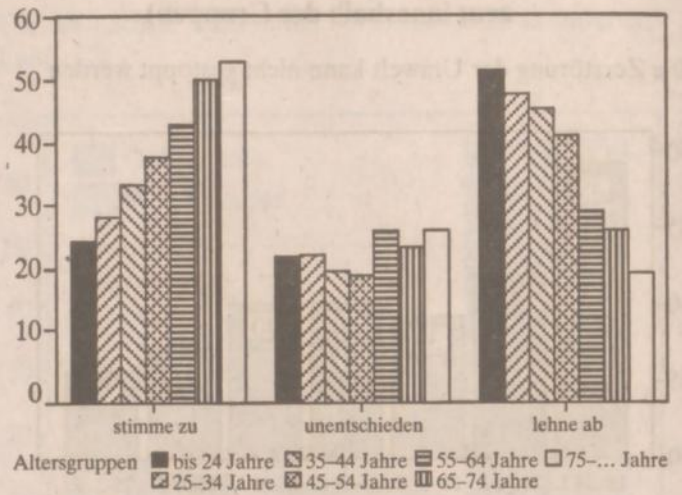
Diese Aussage wird von den Ostdeutschen mehrheitlich eher abgelehnt, während die Meinung der Westdeutschen noch mehr geteilt ist. Bei dieser Frage gibt es bei den Älteren eher Zustimmung als bei den Jüngeren: Während über 50 Prozent der Altersgruppe bis 24 Jahre die Aussage ablehnen und nur 25 Prozent ihr zustimmen, verhält es sich bei den Altersgruppen 55 bis 64 Jahre, 65 bis 74 Jahre und 79 Jahre und älter etwa umgekehrt (vgl. Abbildungen 8 und 9).

**Abbildung 8: Meinung der Untersuchungsgruppe zu der Aussage „Dankbarkeit für führende Köpfe“ (in Prozent)**

Dankbarkeit für führende Köpfe



**Abbildung 9: Dankbarkeit für führende Köpfe nach Altersgruppen (in Prozent)**



#### Resümee zu den Abbildungen 1 bis 9

Aus diesem Fragenkomplex werden die großen *Zukunftssorgen* in beiden Teilen Deutschlands erkennbar. Geradezu resignativ erscheint die beidseitige, im Osten noch ausgeprägtere Erwartung *ansteigender Arbeitslosigkeit*. Die *ökologischen Zukunftsängste* der Jugend entsprechen den Befunden zahlreicher schon vorliegender Untersuchungen. Daß die Jugend die älteren Jahrgänge in der *Ablehnung der nationalistischen Losung* noch übertrifft, erscheint besonders erfreulich, zumal es eine Neigung gibt, von den Anschlägen Jugendlicher gegen Ausländer auf eine spezifische Anfälligkeit junger Menschen für nationalsozialistisches Gedankengut zu schließen. Zwei weiteren geläufigen Vorurteilen widersprechen unsere Befunde ebenfalls, nämlich erstens der Meinung, daß nationalistische Losungen im Osten eher Anklang fänden als im Westen, und zweitens, daß dort die Beschäftigung mit dem Stasi-Problem die *Erinnerung an die Hitlerzeit* mehr als in den alten Bundesländern in den Hintergrund gedrängt habe. In beiden Fällen ist also das Gegenteil richtig. Zu denken geben sollte schließlich die überwiegende beiderseitige *Ablehnung der Wehrpflicht durch die jüngere Generation*.

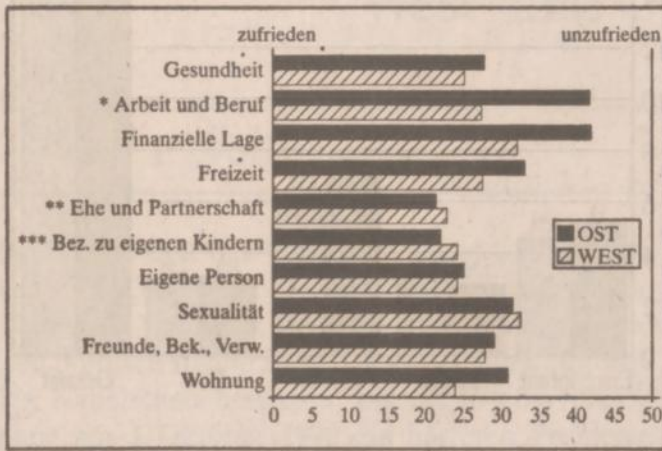
#### IV. Zur Lebenszufriedenheit in Ost und West

Es wurde ein Fragebogen eingesetzt, der in 10 Bereichen zu jeweils 7 Einzelfragen eine Bewertung der eigenen Lebenszufriedenheit von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“ zuläßt. (Es handelt sich bei dem Fragebogen um eine Erweiterung des

Fragebogens zur Lebenszufriedenheit von Fahrenberg et al. (vgl. Abbildung 10)<sup>3</sup>.

Defizit an materiellen Ressourcen, aber anscheinend über bessere emotionale Ressourcen.

**Abbildung 10: Lebenszufriedenheit Ost-West (in Prozent)**



\* nur für Berufstätige  
 \*\* nur für Personen in Part. lebend  
 \*\*\* nur für Personen mit Kindern

In den Bereichen Freizeit, Arbeit, finanzielle Lage sind die Ostdeutschen durchweg unzufriedener, auch mit ihren Wohnverhältnissen, desgleichen mit ihrem Gesundheitszustand. Letzterer Befund deckt sich mit den Ergebnissen einer parallelen Erhebung zur körperlichen Befindlichkeit in einer Beschwerdeliste. Die Ostdeutschen leiden im Durchschnitt unter einem höheren Beschwerdedruck (s. u.).

Im Vergleich mit den Westdeutschen wohler fühlen sie sich indessen in Ehe, Partnerschaft, Sexualität und im Verhältnis zu ihren Kindern – was natürlich nur von denen erfragt werden konnte, die in solchen Beziehungen leben.

Mit Verwandtenkontakten und mit der Unterstützung durch Freunde und Bekannte sind die Ostdeutschen ebenfalls zufriedener. Mehr Mängel empfinden sie indessen in den Bereichen Außen- und Gemeinschaftsaktivitäten und im eigenen gesellschaftlichen Engagement. Hier könnte allerdings erst genaueres Nachfragen ergeben, zu welchen Anteilen einerseits ein Defizit an sozialen Gelegenheiten, andererseits ein Schwund persönlicher Initiative beteiligt sind.

**Resümee:**

Im Vergleich verfügen die Ostdeutschen zwar durch schlechtere Rahmenbedingungen über ein

**V. Elterliches Erziehungsverhalten**

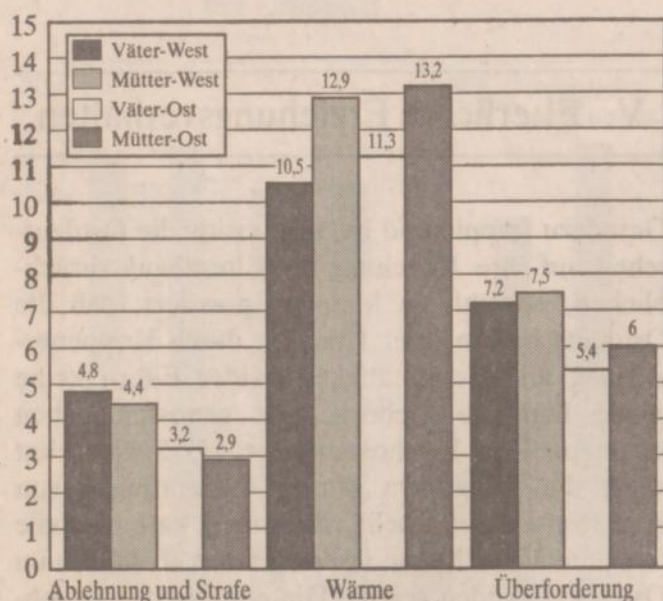
Geradezu frappierend ist, wie positiv die Ostdeutschen auf ihre Erziehung im Elternhaus zurückblicken, obwohl die Meinung grassiert, daß die Ostdeutschen in ihrer Kindheit durch Krippenerziehung und Berufstätigkeit beider Eltern keine große familiäre Geborgenheit genossen haben könnten. Der Psychosomatiker H. Speidel hat sogar die These von ganzen Generationen von Sozialwaisen aufgestellt, die durch katastrophale familiäre Verhältnisse in den letzten 40 Jahren im Osten entstanden seien<sup>4</sup>. Die empirischen Ergebnisse zeigen ein ganz anderes Bild (vgl. Abbildung 11). Was immer man in der Erziehung von den Eltern erfahren und bekommen hat, klingt im Osten freundlicher als auf der westlichen Seite<sup>5</sup>. Demnach werden die Eltern als warmherziger und toleranter beschrieben: Sie haben die Kinder näher an sich herangelassen, sie weniger bestraft, weniger geschlagen, weniger beschämt, mehr unterstützt und haben diese weniger mit ehrgeizigen Forderungen gequält. Bei den Bereichen Ablehnung und Strafe sowie Überbehütung und Überforderung ist der Ost-West-Unterschied größer als der Geschlechtsunterschied, d. h., selbst die Westmütter werden ablehnender gesehen als die Väter im Osten. Den reglementierenden Eingriffen des Staates zum Trotz scheint sich demnach die Familie für die Kinder im Osten als Stütze besser bewährt zu haben, als oft unterstellt wird. In der Familie hatte sich anscheinend vielfach eine hermetische private Gegenkultur entwickelt, die den Kindern positive emotionale Erfahrungen vermittelte. Deren Verinnerlichung dürfte die nun im ostdeutschen Selbstbild vorgefundenen Merkmale von mehr Offenheit, Gefühl und Weichheit begünstigt haben. Im übrigen bestätigen diese Ergebnisse zum unterschiedlichen elterlichen Erziehungsverhalten die Resultate, die bei einer Voruntersuchung gefunden wurden<sup>6</sup>.

4 Vgl. H. Speidel, Tabus von heute – Probleme von morgen, in: Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie, 44 (1994), S. 145–152.

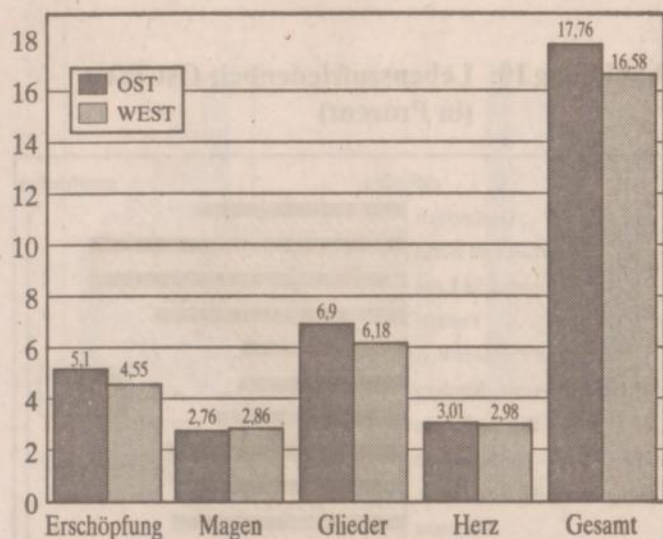
5 Zum Verfahren vgl. C. Perris/W. Arrindel/M. Eisenmann, Parenting and Psychopathology, Chichester 1994.

6 Vgl. E. Brähler, Erinnerung an elterliches Erziehungsverhalten und Lebenszufriedenheit. Studierende der Medizin in den alten und den neuen Bundesländern im Vergleich, in: E. Brähler/H.-J. Wirth (Hrsg.), Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen 1995.

**Abbildung 11: Erinnerntes elterliches Erziehungsverhalten (Skalenwerte)**



**Abbildung 12: Körperbeschwerden OST-WEST (Frauen, 14-92 Jahre; Mittelwerte)**

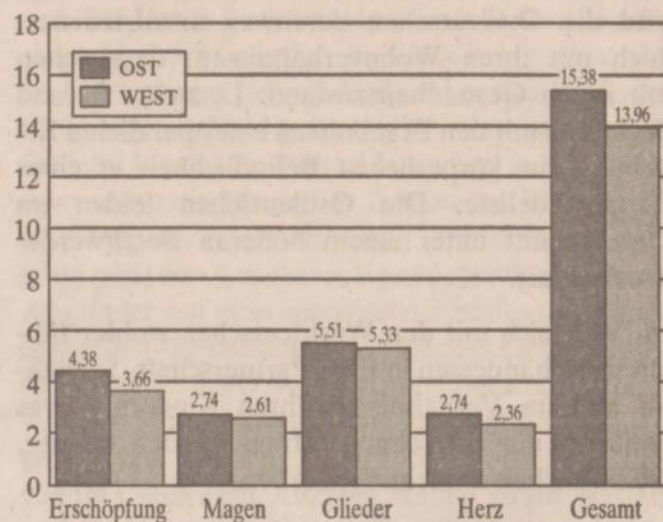


## VI. Körperbeschwerden in Ost und West

Die Körperbeschwerden wurden mit dem Gießener Beschwerdebogen erhoben<sup>7</sup>. Der Fragebogen enthält fünf Skalen: Erschöpfungsneigung, Magenbeschwerden, Gliederschmerzen und Herzbeschwerden sowie einen Gesamtwert für körperliche Beschwerden.

Die Abbildungen 12 und 13 zeigen die Ost-West-Vergleiche für Männer und Frauen. Es ergaben sich jeweils höhere Körperbeschwerden in den Bereichen Erschöpfungsneigung und Gliederschmerzen sowie im Gesamtwert. Die Ostdeutschen äußern mehr Körperbeschwerden als die Westdeutschen. Beim Gesamtwert erreichen die Ost-West-Unterschiede die Geschlechtsunterschiede, d.h., die Männer im Osten äußern genauso viele Körperbeschwerden wie die Frauen im Westen. Bei einer entsprechenden Untersuchung im Jahre 1991/92 im Rahmen der Deutschen Herz-Kreislauf-Studie waren die Ergebnisse noch umgekehrt<sup>8</sup>. Damals waren die Beschwerden im Osten noch niedriger als im Westen. Hier scheint ein Entwicklungsprozeß im Gange zu sein.

**Abbildung 13: Körperbeschwerden OST-WEST (Männer, 14-92 Jahre; Mittelwerte)**



## VII. Schlußbemerkungen

Die Ergebnisse unserer Untersuchung belegen, daß die Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich sind. Die Unterschiede sollen damit nicht festgeschrieben werden oder Klischees vertieft werden. Es ist jedoch notwendig, sie zu benennen, um sich besser selbst und gegenseitig zu verstehen. Es sollte auch nicht das Ziel sein, die Unterschiede einzuebnen, schon gar nicht durch eine Angleichung der Menschen im Osten an die im Westen.

<sup>7</sup> Vgl. E. Brähler/J. W. Scheer, Der Gießener Beschwerdebogen (GBB), Bern 1995<sup>2</sup>.

<sup>8</sup> Vgl. H. Hoffmeister, Die Gesundheit der Deutschen. Ein Ost-West-Vergleich von Gesundheitsdaten, SozEp-Hefte, 4 (1994).

# Aufholtendenzen und Systemeffekte

## Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland

---

### I. Vorbemerkungen

---

Die Diskussion des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland war Folge des kulturellen Umbruchs um 1968; und eine materiell saturierte und politisch stabile Republik blieb in der kulturellen Nabelschau befangen, bis die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 die härteren Probleme des Beitrittsgebietes auf die gemeinsame Tagesordnung setzte. Diese können nur gelöst werden, wenn die Menschen vor Ort die Lösungen wollen und anstreben, die mit der Vereinigung vorgezeichnet sind. Sie müssen den Wandel der Institutionen tragen. Daher wurden die Mentalität, die Kultur, die Werte der ostdeutschen Bevölkerung mit Blick auf die Institutionen untersucht, die vom Westen übernommen werden sollen – und mit denen der westdeutschen Bevölkerung verglichen.

Das Thema Wertewandel lebte wieder auf in Gestalt des Wertevergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland. Aber wie der Wertewandel ein Sammelbegriff für oft nur kurzfristige Wandlungen von Einstellungen und Meinungen wurde, der alles, was die Öffentlichkeit beunruhigte, erklären sollte, so werden heute alle möglichen Einstellungen und Meinungen zwischen Ost und West verglichen; und die mehr oder minder großen Differenzen dienen als wohlfeile Erklärungen für verschleppte oder unerwartete Entwicklungen. Das Problem – die Einfügung des Ostens in den Institutionenrahmen des Westens – läßt sich offensichtlich nicht so schnell und so einfach lösen, wie erwartet; doch die Erklärung dafür scheint einfach genug: unterschiedliche Werte.

Fünf Jahre Umfrageforschung seit der Wende haben mittlerweile genügend Unterschiede ans Licht gebracht, um ein Resümee zu wagen. Welche Werte sollen für den Vergleich ausgewählt werden? Welche Unterschiede zwischen Ost und West sollte man bei diesen Werten erwarten? Diese Fragen müssen beantwortet werden, bevor die vorliegenden, für beide Landesteile repräsentativen Befragungen auf der Suche nach Unterschieden der ausgewählten Werte durchgesehen und schließlich

Erklärungen für die Unterschiede gesucht und einige Prognosen ihrer Entwicklung begründet werden können.

---

### II. Struktur- und Verzögerungshypothese oder Systemeffekte

---

Werte sind „Vorstellungen des Wünschbaren“<sup>1</sup>; sie geben der Person in unterschiedlichen Situationen gleichartige Orientierungen, und sie dienen der sozialen Integration in die Gesellschaft. Moderne, sich funktional differenzierende Gesellschaften sind vergleichsweise stabil, weil alle Individuen zwei Werte mehr oder minder stark unterstützen, die die soziale Differenzierung rechtfertigen: Gleichheit und Leistung. Die zunehmende Arbeitsteilung erfordert *erstens*, daß *Gleichheit* als wünschenswerte Vorstellung für die Gesellschaft anerkannt wird. Nur wenn die Startchancen für alle gleich sind, kann man von jedem erwarten, daß er seine spezialisierten Aufgaben auf Dauer verfolgt. Gleichheit der Chancen rechtfertigt tatsächliche Ungleichheit als Ergebnis unterschiedlicher Leistung. Leistung ist das Ergebnis individueller, nach verbindlichen Gütemaßstäben meßbarer Anstrengung. Sie muß nicht nur individuell gewollt, sondern auch sozial möglich sein. Die zunehmende Arbeitsteilung erfordert also *zweitens*, daß jeder in seiner spezialisierten Funktion seine Individualität gewinnen kann. Damit die Gesellschaft Bestand hat, muß *Leistung* als Selbstverwirklichung durch spezialisierte Arbeit ein realistisches Ziel sein.

Gleichheit und Leistung können die Differenzierung zwischen Individuen rechtfertigen. Die zunehmende Arbeitsteilung führt aber nicht allein zur Differenzierung zwischen Individuen, sondern auch zur Bildung relativ autonomer Teilbereiche. In spezialisierten, vom Alltag abgehobenen Instan-

---

1 Clyde Kluckhohn, Values and Value-Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.), Toward a General Theory of Action, Cambridge/Massachusetts 1951, S. 388–433.

zen werden Entscheidungen getroffen, die für das Leben jedes einzelnen folgenreich sind; wie die Entscheidungen ausfallen, hängt nicht in erster Linie von den Wünschen und Interessen der Individuen, sondern von den Regeln ab, die sich in den ausdifferenzierten Teilbereichen entwickelt haben. Deshalb müssen die Individuen, die von den Entscheidungen zunächst ausgeschlossen sind, ein Recht auf Mitbestimmung haben. Sie müssen die Macht, die sie an funktionsspezifische Entscheidungsträger delegiert haben, kontrollieren können. Das gilt vor allem in der Politik, aber auch in der Wirtschaft und in der familiären oder schulischen Erziehung. *Mitbestimmung* ist daher ein *dritter* Wert moderner Industriegesellschaften.

Die Differenzierung zwischen Individuen und Funktionen, die für moderne Industriegesellschaften typisch ist, kann schließlich nicht allein durch spezifische Werte gerechtfertigt, sondern einfach als selbstverständlich hingenommen werden: Man findet etwas wünschenswert, weil es so ist, wie es ist: Dieser *vierte* Wert soll *Akzeptanz* genannt werden. Akzeptanz ist ein Residualwert in einem systematischen und einem historischen Sinn: Sie kann soziale Integration ermöglichen, wenn andere Werte versagen; und sie ist gleichsam ein Relikt traditionaler Werthaltungen in modernen Gesellschaften. Akzeptanz kann zur Integration jeder Gesellschaft – unabhängig von ihren Strukturmerkmalen – beitragen; sie kann, aber muß nicht, durch die Religion legitimiert werden.

Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich dieser vier Werte sollte man dort erwarten, wo die politische und soziale Verfassung jedes Landesteils unterschiedliche strukturelle Chancen geschaffen hat, Werte aufzunehmen. Die BRD war und ist eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, die DDR war eine Planwirtschaft mit staatlichem Eigentum an allen zentralen Produktionsmitteln<sup>2</sup>. In der BRD besteht eine repräsentative parlamentarische Demokratie mit Parteienkonkurrenz, in der DDR herrschte das Monopol der SED. Das System der sozialen Sicherung dient in der BRD dem Schutz gegen Risiken, in der DDR garantierte es eine risikounabhängige Versorgung. Die Öffentlichkeit der BRD ist durch einen Pluralismus der Meinungen und Überzeugungen gekennzeichnet, in der Öffentlichkeit der DDR herrschte der Hegemonieanspruch der marxistischen Weltanschauung. Der Bürger der BRD muß seinen Arbeitsplatz finden, zwischen unabhängigen Parteien wählen, sich um sein eigenes

2 Der sprachlichen Einfachheit halber verwende ich für den Westen – kurz die BRD – nur das Präsens.

Wohl kümmern und sich in den Moden und Meinungen des Tages zurechtfinden; dem Bürger der DDR war ein Arbeitsplatz garantiert, er gab der führenden Partei oder ihren Ablegern – den Blockparteien – seine Zustimmung, wurde mit betrieblichen Sozialleistungen vom Krippenplatz bis zur Urlaubsfahrt versorgt und riskierte mit öffentlichen Meinungsäußerungen das Odium der Abweichung. In der BRD gibt die Sozialverfassung den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten, in der DDR gab sie größere Sicherheit. Aber Wahlmöglichkeiten fordern den Individualismus des einzelnen heraus, Sicherheiten gelten für alle gleichermaßen. Aufgrund unterschiedlicher Sozialverfassungen bot die BRD den Menschen mehr Struktur Chancen für Individualismus als die DDR. Individualismus ist mit Differenzierung, Leistung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung verknüpft. Wenn die Struktur Chancen tatsächlich auf Werte durchgeschlagen haben, dann sollte heute die westdeutsche Bevölkerung Gleichheit weniger, Leistung mehr, Mitbestimmung mehr und Akzeptanz weniger betonen als die ostdeutsche. Die so erwarteten Differenzen sollen als *Strukturhypothese* zusammengefaßt werden.

Gleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz – für die Entwicklung dieser Werte ergab ein Überblick über Erhebungen in der BRD von 1950 bis 1990<sup>3</sup> folgende Trends: Gleichheit blieb konstant, Leistung ging zurück, Mitbestimmung stieg an und Akzeptanz ging zurück. Alle Wandlungen konzentrieren sich auf den Zeitraum zwischen 1965 und 1975; sie sind von Zeiten der Konstanz umrahmt. Sie lassen sich als ein Säkularisierungsprozeß verstehen: Wenn Lebenssinn in der beruflichen Arbeit und in selbstverständlichen Gewißheiten nicht mehr gefunden wird, dann muß er in der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens gesucht werden. Der Wertewandel kann zeitlich eng lokalisiert und als ein Vorgang beschrieben werden, in dessen Verlauf ein „neuer“ Wert an die Stelle eines „alten“ trat: Mitbestimmung verdrängte Akzeptanz.

Wenn nun in der DDR eine Entwicklung unter der Decke gehalten wurde, die in der BRD freien Lauf hatte, dann sollte die westdeutsche Bevölkerung vor dem Wertewandel mit der ostdeutschen heute vergleichbar sein. Die Westdeutschen sollten also Gleichheit so stark wie, Leistung weniger, Mitbestimmung mehr und Akzeptanz weniger als die ost-

3 Vgl. insbesondere Heiner Meulemann, Wertewandel und kulturelle Teilhabe. Über den Zusammenhang zwischen sozialer und kultureller Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der Umfrageforschung, Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen: Kurs 3621, Hagen 1989.

deutsche Bevölkerung betonen. Die so erwarteten Differenzen sollen als *Verzögerungshypothese* zusammengefaßt werden.

Struktur- und Verzögerungshypothese widersprechen sich in der Voraussage über Gleichheit und Leistung. Gleichheit sollte im Westen nach der Strukturhypothese geringere, nach der Verzögerungshypothese ebenso starke Bedeutung beigemessen werden wie im Osten. Leistung sollte im Westen nach der Strukturhypothese mehr, nach der Verzögerungshypothese weniger betont werden. Die Differenzen bei Gleichheit und Leistung entscheiden also zwischen beiden Hypothesen. Struktur- und Verzögerungshypothese stimmen aber darin überein, daß Mitbestimmung im Westen mehr und Akzeptanz weniger Unterstützung als im Osten findet. Die Strukturhypothese prognostiziert Wertunterschiede aus den Unterschieden der Sozialverfassung, die Verzögerungshypothese geht nicht auf Unterschiede zwischen den Landesteilen ein. Die Strukturhypothese setzt theoretisch mehr voraus, die Verzögerungshypothese nutzt mehr empirische Vorinformationen. Beide Hypothesen aber konstruieren für den Osten eine Form der Entwicklung, die für den Westen typisch war: Beide nehmen an, daß Werte sich in der Gesellschaft entwickeln, ohne daß die Politik sie präjudiziert. Beide kennen keinen direkten Zugriff der Politik auf die Bevölkerung – wie er in der DDR gegeben war (einen zusammenfassenden Überblick bietet die Tabelle auf Seite 30). Sollten Struktur- und Verzögerungshypothese dort scheitern, wo sie die gleiche Voraussage treffen, dann bleiben überdauernde *Effekte des politischen Systems* der untergegangenen DDR als nachträgliche Erklärung.

Strukturchancen des Individualismus, Aufholendenzen auf einer gemeinsamen Entwicklungsskala und Systemeffekte sind also *drei Erklärungsmuster* für Wertunterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung, die sich nach ihrem Anspruch in eine Rangfolge bringen lassen. Sie sollen in dieser Rangfolge an den Daten überprüft werden.

---

### III. Gleichheit und Gerechtigkeit: Stärker im Osten? Nein, stärker im Westen!

---

Die Alternative „Freiheit oder Gleichheit“ war in der BRD oft Streitpunkt öffentlicher Diskussionen – von Helmut Schelskys<sup>4</sup> Polemik gegen den „betreuten Menschen“ 1975 bis zum Wahlslogan der CSU von 1980 „Freiheit oder Sozialismus“.

Aber mit „Freiheit“ sind sowohl die Freiheitsrechte aller – Meinungs- und Redefreiheit, Freizügigkeit, Presse- und Versammlungsfreiheit etc. – als auch die Selbstentfaltungsmöglichkeiten der einzelnen Person gemeint. Nur die Selbstentfaltungsmöglichkeiten, nicht aber die Freiheitsrechte können mit Gleichheit in einen Gegensatz gebracht werden. Freiheitsrechte müssen für alle gelten: für alle gleich sein – sonst handelt es sich um Privilegien. Und nur wenn die Freiheitsrechte herrschen, kann man über die Gleichheit der Chancen nachdenken, in diesen Freiheiten zu leben. Die Freiheitsrechte implizieren Gleichheit und sind die Voraussetzung für Chancengleichheit; weder im einen noch im anderen Sinn ist „Freiheit oder Gleichheit“ eine Alternative. Aber Selbstentfaltung kann durchaus mit Gleichheit in einen Widerspruch treten. Wer sich selbst entfalten will, muß faktische Begünstigungen und Rechte gleichermaßen wahrnehmen und kann durch Versuche, gleiche Chancen herzustellen, eingeschränkt oder gehindert werden. In Gegensatz zur Selbstentfaltung treten dann nicht Chancengleichheit oder Gerechtigkeit, sondern Gleichmacherei. Gleichheit hat dabei den Unterton von Unfreiheit.

Wenn man nun die ost- und die westdeutsche Bevölkerung in einer Umfrage vor die Wahl zwischen Gleichheit und Selbstentfaltung stellt, so muß man gemäß der Strukturhypothese erwarten, daß die ostdeutsche Bevölkerung Gleichheit und die westdeutsche Selbstentfaltung bevorzugt; denn im Westen hat Selbstentfaltung die größeren Strukturchancen und ist um 1970 zum dominanten Wert geworden. Genau das ist der Fall. Aus einer Liste von Vorgaben, „was man im Leben wichtig und erstrebenswert finden kann“, wählen 54 Prozent der Westdeutschen und 51 Prozent der Ostdeutschen „Freiheit und Unabhängigkeit“ und 69 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen „soziale Gerechtigkeit“. Zur Wahl zwischen den beiden „gleich wichtigen“ Werten der persönlichen Freiheit und der sozialen Gleichheit gezwungen, also zwischen dem Ziel, „daß jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann“, und dem Ziel, „daß niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind“, geben zwischen 1990 und 1994 zu vier Erhebungszeitpunkten bei den Westdeutschen rund 20 Prozentpunkte mehr als bei den Ostdeutschen der Freiheit den Vorzug<sup>5</sup>. Freiheit ist im Westen, Gleichheit im

---

4 Vgl. Helmut Schelsky, *Die Arbeit tun die Anderen*, Opladen 1975.

5 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992*, Band 9, München – Allensbach 1993, S. 38 und S. 573; Institut für

Osten wichtiger. Die Formulierungen dieser Fragen lassen zwar mit der Wiederholung des Wortes Freiheit die Bedeutung „Freiheitsrechte“ noch zu, reduzieren aber seine Explikation („Unabhängigkeit“, „ungehindert entfalten können“) auf „Selbstentfaltung“. Würde man Freiheit als Freiheitsrechte verstehen, so müßte man das Gegenteil der Ergebnisse erwarten: Nach der Diktatur einer Partei und dem Monopol einer Weltanschauung sollten die Ostdeutschen „Freiheit“ stärker betonen.

Anders als die Alternative „Freiheit oder Gleichheit“ krankt „Leistung oder Gleichheit“ nicht an einer Doppeldeutigkeit des Antipoden zur Gleichheit. Leistung ist das nach sozialen Gütekriterien meßbare Ergebnis persönlicher Anstrengung. Weil Leistung zugleich einen persönlichen Einsatz und einen sozialen Gewinn bedeutet, kann sie soziale Unterschiede rechtfertigen – aber nur dann, wenn Gleichheit der Chancen besteht. Gleichheit und Leistung bedingen einander; deshalb kann man sie als Alternative sehen und die Gleichheit der Chancen oder die Differenzierung nach Leistung für wichtiger halten. Im Jahre 1990 sollten Ost- und Westdeutsche angeben, „wovon es in einer zukünftigen Gesellschaft mehr geben sollte“; vorgegeben waren eher soziale Ziele auf der einen, eher individualistische Ziele auf der anderen Seite. Die Westdeutschen betonten die sozialen Zielwerte deutlich und die individualistischen nur geringfügig stärker als die Ostdeutschen: „Soziale Gleichheit“ wurde von dem Westdeutschen um 23, „Gesellschaftsreform“ um 14, „Solidarität“ um 12 und „soziale Gerechtigkeit“ um 10 Prozentpunkte häufiger betont als von den Ostdeutschen; „Leistung“ hingegen wurde nur von 10 Prozent und „Selbstverwirklichung“ nur von 7 Prozent der Westdeutschen mehr und „Freizeit“ von 5 Prozent weniger als von den Ostdeutschen gewählt<sup>6</sup>. Weiterhin empfinden im Jahre 1990 mehr Westdeutsche die Worte Gleichheit und Solidarität, aber mehr Ostdeutsche das Wort Leistung als „sympathisch“<sup>7</sup>. Gerade die Gleichheit und nicht die Leistung liegt den Westdeutschen mehr am Herzen als den Ostdeutschen.

Die beiden Vergleichsmaßstäbe des Wertes Gleichheit führen also zu einem Widerspruch. Verglichen mit Selbstentfaltung ist den Ostdeut-

schen die Gleichheit lieber, verglichen mit Leistung den Westdeutschen. Zwischen den beiden Ergebnissen läßt sich nur entscheiden, wenn man angibt, welche der beiden Alternativen von der Sache her enger mit Gleichheit verknüpft ist: Selbstentfaltung oder Leistung. Die Antwort hier kann nur lauten: Leistung. Leistung ist der Antipode zu Gleichheit, weil Leistung Ungleichheit legitimiert; Selbstentfaltung aber bekräftigt ohne Legitimation Ungleichheit: Sie wird durch Chancengleichheit eingeschränkt und will sich über sie hinwegsetzen. Selbstentfaltung ist nur ein Impuls, der in Leistung resultieren kann, aber nicht notwendig Anstrengung impliziert oder sich sozialen Gütekriterien unterwirft. Insgesamt ergibt sich also der Schluß, daß Gleichheit nicht im Osten, sondern im Westen stärker betont wird. Im Überblick über alle Ergebnisse zu Gleichheit muß also das Resümee lauten: Die Strukturhypothese ist widerlegt, die Verzögerungshypothese kann zumindest aufrechterhalten bleiben (s. a. die Tabelle).

---

#### IV. Leistung: Schwächer im Osten? Nein, schwächer im Westen!

---

Drei Aspekte des Wertes Leistung wurden zwischen West und Ost verglichen. *Erstens* kann man das soziale Leben unter der Perspektive Leistung sehen und soziale Ungleichheit durch Leistung rechtfertigen. Im Jahre 1990 gehören „Leistung“ und die „Belohnung von Unterschieden statt der Angleichung von Einkommen“ im Westen in schwächerem Maße als im Osten zu einer „idealen Gesellschaft“<sup>8</sup>. 1990 vor die Alternative gestellt, „Einkommensunterschiede sollten verringert werden“ oder „Für höhere Leistungen müßten größere Anreize geboten werden“, entscheiden sich die Westdeutschen für ersteres, die Ostdeutschen für letzteres<sup>9</sup>. 1991 findet der Satz „Soziale Gerechtigkeit heißt für mich, daß jeder den Platz in der Gesellschaft erhält, den er aufgrund seiner Leistungen verdient“ bei 29 Prozent im Westen, aber 50 Prozent im Osten volle Zustimmung<sup>10</sup>. 1991 wird Leistung als Verteilungsprinzip in zwei fiktiven Konfliktfällen – Soll ein Vater eine Auslands-

Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Deutschland im Frühjahr 1995. Das Muster wechselseitiger Beeinflussung von Ost- und Westdeutschen, Allensbach 1995, S. 76.

6 Vgl. Ursula Feist, Zur Politischen Akkulturation der vereinigten Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 21–32.

7 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 1196 und S. 1203.

8 Vgl. Petra Bauer, Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/91, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991), S. 439.

9 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 582.

10 Vgl. Ulrich Becker/Horst Becker/Walter Ruhland, Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung, Düsseldorf u. a. 1992, S. 187.



reise für zwei Söhne nach guter Schulleistung oder Los verteilen? Soll von zwei ansonsten gleichen Sekretärinnen die mehr bekommen, die besser arbeitet? – im Westen weniger unterstützt als im Osten<sup>11</sup>. Alle diese Ergebnisse zeigen, daß Leistung als Legitimation von Ungleichheit im Westen nicht mehr, sondern weniger Unterstützung findet als im Osten.

*Zweitens* kann man das persönliche Leben in der Perspektive Leistung sehen. Ihr „Leben als Aufgabe“ sehen zwischen 1990 und 1993 in fünf verschiedenen Stichproben rund 20 Prozent mehr Ost- als Westdeutsche<sup>12</sup>. „Fleißig und ehrgeizig sein“ als persönliche Lebensmaxime ist 1990 und 1993 im Westen weniger wichtig als im Osten<sup>13</sup>; ebenso „Leistungsbereitschaft“ und „Etwas Wichtiges, Bedeutsames leisten“<sup>14</sup>. „Erfolg“ ist 1990 für die persönliche Wohlfahrt im Westen weniger wichtig als im Osten<sup>15</sup>. Schließlich sind die Worte „Leistung“, „Ehrgeiz“ und „Verantwortung“ den Westdeutschen 1990/91 weniger „sympathisch“ als den Ostdeutschen<sup>16</sup>. Nach allen diesen Indikatoren dient die Leistung im Osten stärker als Orientierung für das persönliche Leben als im Westen.

*Drittens* kann man den Lebensbereich Arbeit und Beruf in der Perspektive Leistung sehen. „Einen Beruf, eine Arbeit, die mich ganz begeistert“ halten 1991 weniger West- als Ostdeutsche „für sehr erstrebenswert“. Der Satz „Ich möchte immer mein Bestes im Beruf geben, unabhängig davon, wieviel ich verdiene“ wird von weniger West- als Ostdeutschen unterstützt<sup>17</sup>. Eine „sinnvolle, befriedigende Arbeit“ ist 1993 als „Lebensziel“ im Osten wichtiger als im Westen<sup>18</sup>. Schließlich ist der „Erfolg im Beruf“ in drei Befragungen 1988/1990,

1993 und 1994 im Westen rund 20 Prozentpunkte weniger wichtig als im Osten<sup>19</sup>. Leistung als Inhalt von Arbeit und Beruf ist also nicht im Westen, sondern im Osten ein stärkerer Wert.

Überblickt man die Ergebnisse, so hat Leistung unter allen drei Aspekten – soziales Leben, persönliches Leben, Arbeit und Beruf – mehr Anhänger im Osten als im Westen. Die Strukturhypothese, mit der eine größere Leistungsbereitschaft im Westen vorausgesagt wird, scheidet also durchweg; für die Verzögerungshypothese finden sich viele (s. a. die Tabelle).

---

## V. Mitbestimmung: Schwächer im Osten? Ja, aber nicht durchgängig!

---

Mitbestimmung ist ein Wert vor allem dort, wo um Macht aufgrund von Machtunterschieden gerungen wird: in der Politik. Aber Machtunterschiede gibt es nicht nur in der Politik, sondern auch in der Familie und der Schule. Im folgenden werden daher zwei Formen von Mitbestimmung betrachtet: Teilhabe in der Politik und Egalitarismus in Familie und Schule.

### 1. Teilhabe an der Politik

Der Wert der Teilhabe kann zunächst aus der Wahrnehmung und dem Verhalten der Menschen erschlossen werden. Die wahrgenommene Wichtigkeit der Politik, das politische Interesse, die Selbsteinschätzung als „politisch engagiert“, die Häufigkeit politischer Unterhaltungen, die Bereitschaft zu politischem Engagement und die berichtete politische Aktivität sind in einer Vielzahl von Untersuchungen – von Ausnahmen im Jahr 1990 abgesehen – in beiden Landesteilen gleich<sup>20</sup>. Was das Verhalten betrifft, gibt es allerdings schon 1991 Unterschiede: So ist die Freizeitbeschäftigung, „aktiv in einem Verein, in einer Bürgerinitiative, Partei oder Gewerkschaft mitzuarbeiten“, im Westen mit 15 Prozent doppelt so häufig wie im Osten. Während Wahrnehmung und Verhalten aber nur Schlüsse auf den Wert der Teilhabe zulassen

11 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 45 und S. 845.

12 Vgl. Das Profil der Deutschen – Was sie vereint, was sie trennt, in: Spiegel-Spezial, 1 (1991); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 36; Institut für Demoskopie (Anm. 5), S. 51.

13 Vgl. Willi Herbert, Die Wertorientierung der Deutschen vor der Wiedervereinigung. Eine empirische Momentaufnahme in Ost und West, BISS-Public (Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien), 2 (1991), S. 125; Thomas Gensicke, Stimmungs- und Wertwandel in den neuen Bundesländern, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung der Hochschule Speyer, Speyer 1995, S. 94.

14 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 38.

15 Vgl. Roland Habich/Annette Spellerberg, Wertorientierungen und Erwartungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 555–557.

16 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 1198.

17 Vgl. ebd., S. 38 und S. 845.

18 Vgl. Annette Spellerberg, Trend und Tradition, in: WZB-Mitteilungen, 64 (1994), S. 44.

19 Vgl. R. Habich/A. Spellerberg (Anm. 15), S. 556; ALLBUS 1994, Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, 1991, 1992 und 1993, Codebücher des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln; R. Habich/A. Spellerberg, Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994, Bonn 1994, S. 441.

20 Vgl. R. Habich/A. Spellerberg (Anm. 15), S. 556; E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 43, S. 618ff. und S. 624f.; ALLBUS 1991, 1992 und 1994 (Anm. 19).

sen, wird er in Schätzungen der Wichtigkeit des politischen Engagements unmittelbar sichtbar. 1992 sind die Lebensziele „soziales Engagement“ und „politische Einflußnahme“ im Westen um rund 10 Prozentpunkte wichtiger als im Osten; 1993 ist „politisches Engagement“ im Westen wichtiger als im Osten<sup>21</sup>. Nur 1990 also wird die politische Teilhabe in manchen Indikatoren stärker im Osten, danach aber durchgängig im Westen stärker betont.

Die bisher verwendeten Indikatoren drücken Teilhabe an einer Politik aus, in der widerstreitende Interessen zusammengeführt und Ziele verwirklicht werden sollen. Seit der Mitte der sechziger Jahre hat sich in den westlichen Industriegesellschaften ein Verständnis entwickelt, das die Politik nicht nur als Technik der Selbststeuerung einer Gesellschaft, sondern auch als Instrument der Verwirklichung von Werten sieht: Die Politik soll nicht nur Leistungsansprüche für divergierende Interessen, sondern Wertansprüche für die Gesamtheit erfüllen. Teilhabe an der Politik ist dann weniger durch den Wunsch motiviert, Interessen zu befriedigen als Wertansprüche zu erfüllen. Im Westen kann der Anstieg von Wertansprüchen an der rückläufigen Betonung elementarer oder „materialistischer“ politischer Ziele – wie Wachstum, Inflationsbekämpfung und Vollbeschäftigung – und an der wachsenden Betonung höherer oder „postmaterialistischer“<sup>22</sup> Ziele – wie Garantie der Meinungsfreiheit, Schonung der Umwelt und Verschönerung der Städte – abgelesen werden. Man sollte also erwarten, daß Wertansprüche an die Politik im Westen, Leistungsansprüche im Osten in stärkerem Maße gestellt werden.

Zunächst zeigt sich an vier 1990 – noch vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober – erhobenen Indikatoren, daß im Osten Leistungs- und Wertansprüche häufiger gestellt werden, der Osten also zugleich materialistischer und postmaterialistischer ist als der Westen. In der DDR fanden 1990 folgende Ziele mehr Zuspruch als in der BRD: nach Sicherheit streben, hoher Lebensstandard, Macht und Einfluß, sich gegen andere durchsetzen; aber Phantasie, Kreativität und Toleranz wurden ebenso stark wie im Westen unterstützt. Folgende Aufgaben wurden im Vergleich zur BRD als dringlicher empfunden: Arbeitsplätze schaffen, Verbre-

chen bekämpfen, Wirtschaft stabilisieren, Renten sichern und Kampf gegen Rauschgift, aber auch wirksamer Umweltschutz, Bürokratie abbauen, mehr für Frauen tun. Und folgende gesellschaftliche Ziele wurden stärker unterstützt: Wachstum fördern, stärkere Polizei, mehr Leistung, mehr Marktwirtschaft, mehr Belohnung unterschiedlicher Leistung, aber auch stärkere Bevorzugung der Umwelt vor Wachstum und mehr Bürgerentscheidung<sup>23</sup>. Da die materielle und die immaterielle Lage schlechter war, wollte die Bevölkerung der DDR sowohl ihre materielle als auch ihre immaterielle Lage verbessern, solange man ihr beide Wünsche offenließ und sie nicht zu einer Wahl zwang. Wenn die politischen Ziele nicht mehr unabhängig voneinander bewertet werden können, sondern in eine Rangfolge gebracht werden müssen, dann schickt sich die ostdeutsche Bevölkerung gleichsam in die sachlich gebotene Abfolge: erst die elementaren, dann die höheren Ziele. Auf allen Erhebungen einer Rangfolge von Werten zwischen 1990 und 1994 sind daher die Westdeutschen stärker postmaterialistisch als die Ostdeutschen<sup>24</sup>. Kurzum: Der Osten stellt größere Ansprüche an die Politik; wenn jedoch eine Priorität gesetzt werden soll, zeigt sich, daß Wertansprüche im Westen eine stärkere Position haben als im Osten.

Fassen wir zusammen: Ob Politik als Interessenvermittlung oder Realisierung von Wertansprüchen verstanden wird, in beiden Hinsichten ist – sieht man vom Ausnahmejahr 1990 ab – Teilhabe im Westen wichtiger als im Osten.

## 2. Egalitarismus in Familie und Schule

Egalitarismus in Familie und Schule äußert sich zunächst darin, daß die Erziehung stärker auf die Autonomie des Kindes als auf die Wahrung von Konventionen zielt. Erziehungsziele der Autonomie können nur mit Blick auf die Absichten der Person beurteilt werden, Erziehungsziele der Konvention lassen sich schon am Verhalten überprüfen. Wenn jedes Erziehungsziel unabhängig vom anderen bewertet werden konnte, wurden 1991 Autonomieziele – Toleranz, Menschenkenntnis, Wissensdurst – in West und Ost gleich häufig,

21 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 304; Axel Billig, Ermittlung des ökologischen Bewußtseins der Bevölkerung. Forschungsbericht im Auftrag des Umweltbundesamtes, Berlin 1994; A. Spellerberg (Anm. 18), S. 44.

22 Vgl. Ronald Inglehart, Kultureller Umbruch, Frankfurt a. M. 1989.

23 Vgl. P. Bauer (Anm. 8), Tabellen 1 und 2; W. Herbert (Anm. 13), S. 125; Hans-Joachim Veen/Carsten Zelle, Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften? Eine empirische Analyse der Werthaltungen, Prioritäten und nationalen Identifikationen der Ost- und Westdeutschen, Sankt Augustin 1994.

24 Vgl. für 1990 und 1991: E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 547 und S. 651; für 1991, 1992 und 1994: ALLBUS (Anm. 19).

Konventionsziele – Höflichkeit, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit, Bescheidenheit – im Osten häufiger genannt<sup>25</sup>. Aber auch wenn zwischen den Zielen gewählt werden mußte, wurde 1991 „Selbständigkeit und freier Wille“ auf der einen Seite und „Ordnungsliebe und Fleiß“ sowie „Gehorsam und Unterordnung“ auf der anderen Seite in beiden Ländern gleich häufig gewählt<sup>26</sup>. Wenn 1992 insgesamt 13 Erziehungsziele in eine Rangfolge gebracht werden müssen, so sind in beiden Landesteilen die drei wichtigsten Ziele solche der Autonomie: Ehrlichkeit, Urteilsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein; die Unterschiede in den folgenden Rangplätzen lassen nur schwach eine Bevorzugung von Autonomie im Westen erkennen<sup>27</sup>. Kurzum: Solange nicht Prioritäten erzwungen werden, liegt Autonomie beiden Landesteilen gleich stark, Konvention aber dem Osten stärker am Herzen. Sobald eine Wahl erzwungen wird, belegt Autonomie in beiden Landesteilen die ersten Plätze, danach aber rangiert Konvention im Osten etwas höher. Beide Sichtweisen laufen auf dasselbe hinaus: Autonomie ist in beiden Landesteilen das selbstverständliche Erziehungsziel, aber Akzente werden im Westen eher auf Autonomie, im Osten eher auf Konvention gelegt.

Erzogen wird nicht nur in der Familie, sondern auch in der Schule; der Schule aber ist auch die Wissensvermittlung aufgetragen. Schulische Erziehungsziele lassen sich wie familiäre in Autonomie und Konvention einteilen; hinzu kommt aber eine neue Dimension, die quer zur ersten steht: Wissensvermittlung gegen Persönlichkeitsbildung oder: kognitive gegen evaluative Zielwerte. Unter den evaluativen Zielwerten der Schule – seien es nun Autonomie-Werte wie Selbständigkeit oder Konventions-Werte wie Ordnung – finden sich nur so marginale Unterschiede zwischen den Landesteilen wie für die Autonomie-Werte in der Familie überhaupt. Unter den kognitiven Zielwerten aber bevorzugt der Westen deutlich „eigene Urteilsfähigkeit“, der Osten „gute Kenntnisse“ und „umfangreiches Wissen“; hier also steht im Westen Autonomie, im Osten Konvention an erster Stelle. Auch daß das Wort Autorität 1990 und 1991 dem Osten um mehr als 20 Prozentpunkte „sympathischer“ als dem Westen ist und daß im Osten „mehr Achtung vor Autorität“ um rund 30 Prozentpunkte häufiger „begrüßt“ wird als „Veränderung in der Zukunft unserer Gesellschaft“, spricht für eine

stärkere Betonung konventioneller Erziehungsziele in Familie und Schule im Osten<sup>28</sup>.

Ob man die Familie oder die Schule betrachtet – in beiden Lebensbereichen gilt der gleiche Tenor: Autonomie ist das selbstverständliche Erziehungsziel in beiden Landesteilen; aber Konvention hat im Osten mehr Gewicht als im Westen. Wenn man Autonomie und Konvention als ein Kontinuum nimmt, dann ist – alles in allem – der Westen näher am Pol der Autonomie, der Osten näher am Pol der Konvention. Die Ergebnisse zu Erziehungszielen ähneln den Ergebnissen zu Wertansprüchen. Im Osten ist alles wichtig, Konvention und Autonomie, Leistungs- und Wertansprüche. Nur weil die reale Situation eine Wahl erzwingt und nur wenn die Befragung diesen Wahlzwang simuliert, ergeben sich Differenzen: Der Osten ist aufgrund eines Nachholbedarfes materialistischer und legt mehr Wert auf Erziehungsziele der Konvention.

Die Beziehung zwischen Eltern und Kindern und zwischen Lehrern und Schülern erfordert von ihrer Aufgabenstellung her ein Machtgefälle, dessen Aufhebung in den Erziehungszielen vorweggenommen wird. Die Beziehung zwischen Mann und Frau enthält ein Machtgefälle von Tradition her, dessen Aufhebung die Norm der Gleichheit fordert. Gleiche Chancen für Männer und Frauen bedeuten, daß berufliche Wünsche der Frau nicht durch Pflichten der Familie eingeschränkt werden. Drei Erhebungen zur Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie 1991/92<sup>29</sup> zeigen nur wenige Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen, solange es um die Beziehung zwischen Mann und Frau geht: Daß „es für eine Frau wichtiger ist, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ und daß „die Berufstätigkeit der beste Weg für eine Frau ist, um unabhängig zu sein“, wird in beiden Landesteilen mit gleicher Stärke abgelehnt bzw. bejaht. Sobald es aber um den Konflikt zwischen Kind und Beruf geht, betont der Osten stärker die Gleichheit: Daß „eine berufstätige Mutter ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden“, eine Berufstätigkeit der Mutter „sogar gut für ein Kind“ sein kann, „ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit der Mutter nicht leiden“ würde und daß es „für alle Beteiligten nicht besser sei, wenn die Frau sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“, diese Ansichten werden im Osten deutlich öfter vertreten als im Westen. In einer weiteren Untersuchung 1991 wird

25 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 100.

26 Vgl. Umfrage & Analyse, (1992) 3/4.

27 Vgl. ALLBUS 1992 (Anm. 19).

28 Vgl. ALLBUS 1991 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 547 und S. 1191.

29 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 97.

die Berufstätigkeit der Mütter bei jedem Alter der Kinder im Osten häufiger als im Westen bejaht<sup>30</sup>. Die stärkere Betonung der Gleichheit im Osten wird in den drei Untersuchungen 1991/1992 schließlich ebenso deutlich sichtbar, wenn es um den Nutzen der Berufstätigkeit der Frau für die Familie geht: Daß „beide, Mann und Frau, zum Haushaltseinkommen beitragen sollen“ und daß „eine verheiratete Frau“ mit einem „Mann, der für den Unterhalt der Familie sorgen kann“, nicht auf den Beruf verzichten solle, um Arbeitsplätze freizumachen, wird im Osten ebenfalls häufiger angegeben als im Westen.

Daß der Osten die Gleichheit der Geschlechter, sobald es um den Konflikt zwischen Beruf und Kind und um den Beitrag der Frau zum Familieneinkommen geht, stärker betont, kann nicht ohne weiteres als größerer Egalitarismus gewertet werden. Die prekäre Arbeitskräftesituation in der DDR erzwang und die bessere Versorgung mit Kindergartenplätzen erlaubte eine stärkere Berufstätigkeit der Frau im Osten; die entsprechenden Einstellungen sind noch dem Verdacht ausgesetzt, eher der Not als dem Wunsch nach Selbstverwirklichung entsprungen zu sein. Daß jedoch unter den angespannten Verhältnissen am Arbeitsmarkt der Verzicht auf eine Berufstätigkeit der Frau im Osten stärker abgelehnt wird<sup>31</sup>, kann ohne Probleme als Indiz für Egalitarismus in der Familie gewertet werden.

Im Rückblick auf den Egalitarismus in Familie und Schule finden sich keine einheitlichen Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen: Erziehungsziele der Autonomie sind im Westen, die Gleichheit der Geschlechter in der Familie im Osten ein stärkerer Wert; in der Erziehung ist der Egalitarismus im Westen, in der Partnerbeziehung im Osten stärker ausgeprägt. Blicken wir aber noch weiter zurück auf den Egalitarismus in Familie und Schule und auf die Teilhabe an der Politik, so kippt die geringfügig stärkere Identifikation mit der politischen Teilhabe im Westen doch die Balance. Alles in allem wird der Wert der Mitbestimmung im Westen stärker unterstützt; aber der Unterschied ist weder einheitlich noch dramatisch. Struktur- und Verzögerungshypothese werden – im großen und ganzen – bestätigt (s. a. die Tabelle).

30 Vgl. Clemens Dannenbeck/Sarina Keiser, Lebensbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten von Kindern in West- und Ostdeutschland, in: Wolfgang Glatzer/Heinz-Herbert Noll (Hrsg.), Lebensverhältnisse in Deutschland. Ungleichheit und Angleichung. Soziale Indikatoren XVI, Frankfurt a. M. 1992, S. 186.

31 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19).

---

## VI. Akzeptanz: Stärker im Osten? Im Falle von Moralität ja, nicht jedoch bei Religiosität!

---

Mitbestimmung und Akzeptanz widerstreiten einander. Mitbestimmung ist das Bestreben, über Traditionen und Autoritäten zu entscheiden; Akzeptanz ist die selbstverständliche Anerkennung von Traditionen und Autoritäten. Traditionen und Autoritäten zu rechtfertigen war und ist eine Aufgabe der Religion; aber die Regeln des Zusammenlebens können auch ohne Rechtfertigungen hingenommen werden. Akzeptanz war in religiöser Praxis und religiösem Glauben enthalten, bevor sie sich als religiös nicht gebundene Werthaltung der Anerkennung von Institutionen denken ließ; Akzeptanz kann daher auch heute noch zuerst an der Bedeutung der Religion, dann an Moralität abgelesen werden.

### 1. Religiosität

Religiosität ist zunächst institutionell geprägt durch kirchliche Praxis und christlichen Glauben. Eine Vielzahl von Untersuchungen zwischen 1990 und 1994 zeigt, daß kirchliche Praktiken – vom Kirchgang bis zum Gebet, von der Taufe über die kirchliche Trauung bis zum Wunsch nach kirchlicher Beerdigung – und christliche Glaubensüberzeugungen – Gott, Seele, Sünde, das Leben nach dem Tod, die Auferstehung Jesu, die Auferstehung der Toten, Himmel, Teufel und Hölle, Wunder, die historische Wahrheit der biblischen Geschichte, die Bestimmung von Richtig und Falsch durch Gottes Gesetz – im Westen weitaus häufiger sind als im Osten<sup>32</sup>. Die christliche Religiosität ist also im Westen stärker verbreitet als im Osten.

Religiosität bezieht sich aber nicht nur spezifisch auf das Christentum; sie äußert sich auch diffus im Selbstverständnis und in der Wertschätzung der Religion im Alltag. Als religiös verstehen sich 1990, 1994 und 1995 rund 55 Prozent der Bevölke-

---

32 Vgl. ALLBUS 1991, 1992 und 1994 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 214f., S. 303; Allensbacher Berichte 1994, Nr. 4; Spiegel-Spezial (Anm. 12), S. 72–76; Michael Terwey, Sind Kirche und Religion auf der Verliererstraße? Vergleichende Analyse mit ALLBUS- und ISSP-Daten, Zentralarchiv-Informationen 32, Köln 1993, S. 105–106; Achim Koch, Religiosität und Kirchlichkeit in Deutschland, in: Peter Ph. Mohler/Wolfgang Bandilla (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft, Band 2: Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West, Opladen 1992; S. 143–148; Michael Terwey/Allan L. McCutcheon, Belief and Practice in the Unified Germanies, in: Zentralarchiv-Informationen 34, Köln 1994, S. 55.

rung im Westen und rund 30 Prozent im Osten, als überzeugte Atheisten rund 5 Prozent im Westen und rund 20 Prozent im Osten<sup>33</sup>. „Aus dem Glauben persönlich Trost und Kraft“ ziehen 1990 und 1994 rund 45 Prozent im Westen, rund 25 Prozent im Osten<sup>34</sup>. Wenn die Bedeutung der Religion unter einer Vielzahl von anderen Lebensbereichen oder an und für sich eingeschätzt werden soll, ist sie in mehreren Erhebungen 1990, 1991 und 1992 im Westen wichtiger als im Osten<sup>35</sup>. Nicht nur die christliche, sondern auch die diffuse Religiosität ist also im Westen stärker als im Osten.

Christliche und diffuse Religiosität lassen sich an der Stellungnahme zu religiösen Grundfragen miteinander vergleichen. Jede Religion gibt Antworten auf die Fragen nach dem Sinn der Welt und dem Sinn des Lebens. Wie drei Erhebungen 1990, 1991 und 1992<sup>36</sup> zeigen, sind im Westen christlich-theistische Antworten auf diese Fragen deutlich und diffus-deistische etwas stärker, im Osten scientistische Antworten – das Leben als Gesetz der Natur – deutlich und existentialistische Antworten – dem Leben selber einen Sinn geben – etwas stärker verbreitet; Agnostizismus ist jedoch in beiden Landesteilen gleich stark ausgeprägt. Im Westen sind also Antworten häufiger, die sich – in der christlichen oder philosophischen Tradition – auf jenseitige Instanzen berufen; im Osten Antworten, die an die diesseitige Instanz der Natur oder die Aktivität des Menschen appellieren. Im Westen sind konkrete Antworten, die von allen geglaubt werden müssen, stärker vertreten; im Osten formelhafte Antworten, die vom einzelnen mit konkretem Sinn gefüllt werden müssen. Auch an religiösen Grundorientierungen gemessen, ist Akzeptanz im Westen stärker als im Osten.

Ob man also spezifische oder diffuse Religiosität betrachtet – der Osten ist von der Religion weiter abgerückt als der Westen; er ist stärker säkularisiert als der Westen. An Religiosität gemessen, ist Akzeptanz im Osten schwächer als im Westen; das ist – gemessen an der Zahl der Erhebungen und der Größe und Übereinstimmung der Differenzen über eine Vielzahl von Indikatoren – der massivste Unterschied zwischen den Landesteilen. Struktur- wie Verzögerungshypothese scheitern mit ihrer

33 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 208 und S. 212; Institut für Demoskopie (Anm. 5), S. 61.

34 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 216; Institut für Demoskopie (Anm. 5), S. 62.

35 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 43; Spiegel-Spezial (Anm. 12), S. 72–76.

36 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 37.

übereinstimmenden Voraussage. Die geringere Akzeptanz im Osten muß durch einen Systemeffekt erklärt werden. In der Tat ist es nicht schwer, in der massiven Säkularisierung des Ostens die Nachwirkung der Unterdrückung der Kirchen in der DDR zu erkennen.

## 2. Moralität

Jede Moral verlangt im Ernstfall des Konflikts die Unterordnung eigener Interessen unter „höhere“ Gesichtspunkte, die entweder durch Kollektivgüter oder durch Werte definiert sind; Moralität ist die entsprechende Voreinstellung der Person, also die Bereitschaft, die Selbstentfaltung des Individuums zugunsten der Verpflichtungen für Gemeinschaften oder der Forderungen von Werten zu beschränken. Etwas genauer kann Moralität daran gemessen werden, ob die Person bestimmte Institutionen und bestimmte Gebote für sich anerkennt.

Institutionen verkörpern Werte: Wer sich mit ihnen identifiziert, akzeptiert ihre Werte. Weil Institutionen Werte verkörpern, können sie das Zusammenleben regeln; sie schaffen bestimmte Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, indem sie andere ausschließen. Die Anerkennung von Institutionen ist vor allem dort ein Indikator für Akzeptanz, wo die Grenze zwischen institutionell legitimierten und nicht legitimen Wegen der Bedürfnisbefriedigung verschwimmt, wo der praktische Nutzen auch ohne die moralische Selbstbindung der Person zu haben ist. Das ist heute auf dem Gebiet des privaten Lebens der Fall; die Anerkennung von Ehe und Familie als Institutionen, die die Geschlechter und Generationen auch jenseits sexueller und emotionaler Gratifikationen aneinander binden, kann daher als Indikator für Akzeptanz gewertet werden.

Die Ehe halten 1990 in beiden Landesteilen rund 13 Prozent für „eine überholte Einrichtung“; umgekehrt wollen 1991 in beiden Landesteilen etwa 30 Prozent die Scheidung erschweren oder unmöglich machen<sup>37</sup>. Solange nur die traditionelle Form des Zusammenkommens und Auseinandergehens der Geschlechter angesprochen wird, unterscheiden sich beide Landesteile nicht. Aber wenn die Möglichkeit eines Zusammenlebens ohne Trauschein angeboten wird, ist die Akzeptanz der Ehe im Westen etwas geringer als im Osten. „Daß man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt“, wird im Osten 1991 und 1992 von rund drei Prozent der Befragten mehr bejaht als im Westen – eine geringe, aber in unabhän-

37 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 109 und S. 116.

**Tabelle: Hypothesen, Ergebnisse und Prognosen zu Wertunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland (1990–1995)**

Wert	Hypothesen*)		Ergebnisse**)	Prognosen	
	Strukturhypothese	Verzögerungshypothese		Ost	West
<i>Gleichheit</i>	W < O	W = O	W > O	↑	→
<i>Leistung</i>	W > O	W < O	W < O	↓	→
<i>Mitbestimmung</i>	W > O	W > O			
Teilhabe an der Politik			W > O	↑	→
Egalitäre Erziehung			W > O	↑	→
Egalitäre Partnerschaft			W < O	→	↑
<i>Akzeptanz</i>	W < O	W < O			
Christliche Religiosität			W > O	→	↓
Moralität			W < O	↓	→

\*) Es handelt sich um die vom Autor im Text auf den Seiten 22 und 23 formulierten Thesen.

\*\*\*) Basis = Empirische Untersuchungen in den Jahren 1990–1995.

> größer als.

< kleiner als.

↑ Anstieg ↓ Rückgang → Konstanz

gigen Befragungen wiederholte Differenz<sup>38</sup>. Die Differenz wird größer, wenn nicht die Ehe, sondern die Familie angesprochen wird. „Daß man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein“, bejahen 1991 und 1992 in drei Untersuchungen<sup>39</sup> im Osten rund 15 Prozent der Befragten mehr als im Westen. Noch größer wird die Differenz, wenn man nicht die Beziehung der Geschlechter, sondern der Generationen betrachtet. „Ganz egal, welche Vorzüge und Fehler die Eltern haben, man muß sie immer lieben und ehren“ und „Es ist die Pflicht der Eltern, das Beste für ihre Kinder zu tun, auch wenn sie selbst dafür zurückstecken müssen“ – diese beiden Aussagen werden 1990 bzw. 1991 von rund 20 Prozent mehr im Osten als im Westen bejaht<sup>40</sup>; in beiden Richtungen des Generationenverhältnisses stellt der Osten die Verpflichtung gegenüber der Familie häufiger

über die Selbstverwirklichung. Bei insgesamt drei Indikatoren also ist die Akzeptanz von Institutionen im Osten größer als im Westen.

Institutionen implizieren – wie die Frageformulierungen zeigen – mehr oder minder deutlich moralische Gebote; Akzeptanz läßt sich daher auch explizit an der Zustimmung zu moralischen Geboten erfragen. Wenn 1990 im Rahmen einer Umfrage 24 moralisch bewertbare Verhaltensweisen auf einer Skala zwischen „darf man unter keinen Umständen tun“ und „ist in jedem Fall in Ordnung“ eingestuft werden müssen, so wertet die ostdeutsche Bevölkerung fast immer strenger als die westdeutsche. Im Westen werden sowohl Verstöße gegen überpersonale Werte (Scheidung, Notwehrtötung, Prostitution, Selbstmord, Geschlechtsbeziehung zwischen Minderjährigen, Homosexualität, Handgreiflichkeit gegen Polizei, Alkohol am Steuer, Mord aus politischen Gründen, Marihuana- oder Haschischkonsum) als auch gegen die Regel der Reziprozität (Lügen für den eigenen Vorteil, gefundenes Geld behalten, Steuern hin-

38 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19).

39 Vgl. ALLBUS 1991 und 1992 (Anm. 19); E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 88.

40 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 5), S. 102 und S. 104.

terziehen, Schwarzfahren, unberechtigt Sozialleistungen beanspruchen, gestohlene Waren kaufen) eher akzeptiert als im Osten. In beiden Landesteilen etwa gleich bewertet werden: Euthanasie, Schmiergelder annehmen, Streiks brechen, Beschädigung eines geparkten Autos nicht melden, Abfall auf öffentlichen Plätzen wegwerfen, Spritztour mit gestohlenem Auto. Allein die Abtreibung, die in der DDR bis zum Ende des dritten Monats der Schwangerschaft gesetzlich legitimiert war und nach der Vereinigung aktuell zur Debatte stand, wird im Osten seltener negativ beurteilt. In einer anderen Befragung 1992 werden die Nichtrückgabe von an der Kaufhauskasse zuviel ausbezahltem Geld und der Betrug der Hausratversicherungen im Westen eher akzeptiert als im Osten. Schließlich sind Verstöße gegen Verpflichtungen am Arbeitsplatz (eigenmächtige Pausenverlängerung, Arztbesuche während der Arbeitszeit, zu Hause bleiben bei Unwohlgefühl etc.) 1991 durchweg im Westen eher akzeptiert<sup>41</sup>.

Sowohl an der Anerkennung von Institutionen als auch von Geboten gemessen ist der Wert Akzeptanz also im Osten stärker ausgeprägt als im Westen – wie es Struktur- und Verzögerungshypothese voraussagen. Die christliche Religiosität, die Akzeptanz in sich trägt, ist jedoch im Osten schwächer als im Westen – entgegen der Struktur- und Verzögerungshypothese. In den beiden Dimensionen der Akzeptanz laufen die Ergebnisse in die entgegengesetzte Richtung. Der Osten ist stärker säkularisiert, aber moralisch rigider als der Westen (s. a. die Tabelle).

---

## VII. Erklärungen und Prognosen

---

Wie bewähren sich Struktur- und Verzögerungshypothese, wenn man alle vier Werte überblickt? Bei Gleichheit und Leistung, den beiden Werten, die zwischen den beiden Hypothesen entscheiden, wird die Strukturhypothese widerlegt: Gleichheit ist im Westen und Leistung im Osten wichtiger; die Verzögerungshypothese hingegen ist mit der größeren Bedeutung von Gleichheit im Westen vereinbar und hatte die größere Bedeutung von Leistung im Osten vorausgesagt. Bei Mitbestimmung und Akzeptanz, wo beide Hypothesen übereinstimmen, werden beide nur partiell bestätigt: Mitbestimmung ist wie erwartet im Westen etwas stärker; Akzeptanz ist entgegen der Erwartung im

Westen stärker, wenn religiöse Einstellungen betrachtet werden, und wie erwartet im Osten stärker, wenn moralische Einstellungen betrachtet werden. Die Strukturhypothese scheitert also überall, außer bei der Mitbestimmung; die Verzögerungshypothese hingegen ist mit allen Unterschieden zumindest vereinbar, außer denen der religiösen Einstellungen. Daß entgegen Struktur- wie Verzögerungshypothese religiöse Einstellungen im Osten schwächer sind, verlangt eine nachträgliche Erklärung: Ursache ist ein fortwirkender Effekt des untergegangenen Systems der DDR.

Von den drei eingangs dargestellten Erklärungsmustern des Vergleichs scheitert das anspruchsvollste – die Strukturhypothese – fast auf der ganzen Linie, und auch das weniger anspruchsvolle – die Verzögerungshypothese – greift nicht richtig, so daß auf die anspruchsloseste Erklärung – durch Systemeffekte – nicht verzichtet werden kann. Aufholenden und Systemeffekte – damit können Wertunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erklärt werden; damit müssen Prognosen begründet werden (s. dazu im einzelnen die Tabelle).

Daß *Gleichheit* im Westen stärker betont wird, widerspricht der Struktur- wie der Verzögerungshypothese. Die Ergebnisse werfen an der Begründung der Strukturhypothese Zweifel auf: Die Struktur Chancen des Individualismus werten Gleichheit nicht ab, sondern auf; statt einer naturwüchsigen Selbstentfaltung Raum zu verschaffen, schärfen sie den Sinn für die Bedingung von Individualität: die Gleichheit der Chancen. Die Sozialverfassung der BRD hat die naturwüchsige Selbstentfaltung gefördert, aber sie war auch der Chancengleichheit verpflichtet. Sie förderte beide Komponenten des Individualismus, die Selbstentfaltung und ihre Voraussetzung Chancengleichheit: Die Marktwirtschaft war liberal und sozial, das private Eigentum geschützt und sozial gebunden, das Bildungswesen „naturwüchsig“ differenziert und zu Chancengleichheit verpflichtet. In der DDR hingegen wurde die Gleichheit der Ergebnisse so stark betont, daß die Gleichheit der Chancen als Ursache und Rechtfertigung von Ungleichheit aus dem Blick geriet. So erklärt sich das größere Gewicht der Gleichheit im Westen. In der BRD hat sich der Wert Gleichheit nicht gewandelt, so daß auch in Westdeutschland heute kein Wandel erwartet werden sollte. In Ostdeutschland aber sollte mit der Einübung in die neue Sozialverfassung und mit der zunehmenden faktischen Ungleichheit auch das westliche Verständnis von Gleichheit verbindlich werden; die Gleichheit der Chancen sollte auf Kosten der Gleichheit der Er-

41 Vgl. ebd., S. 613–615, S. 862.

gebnisse gewinnen. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Ostens annähern.*

Daß *Leistung* im Osten stärker betont wird, entspricht der Verzögerungshypothese. Im Westen sind bis 1989 die Struktur Chancen für Leistung sicherlich gewachsen: Die Technisierung hat den Schwerpunkt der Arbeit von der Objektbearbeitung auf die Kontrolle, von der Einzelaktivität auf die Kooperation verschoben; die Ausführung von Routinen wurde weniger, die flexible Anwendung von Prinzipien auf wechselnde Sachprobleme mehr gefordert<sup>42</sup>. Dennoch ist im Westen die Identifikation mit Leistung seit 1970 deutlich zurückgegangen. Gliedert man in mehreren Befragungen zwischen 1956 und 1981 die Bevölkerung nach Alterskohorten – also nach Gruppen fester Geburtsjahrgänge, die zwischen 1956 und 1981 älter werden –, so stellt sich der globale Rückgang als Effekt der Kohortensukzession dar: Jede jüngere Kohorte ist weniger leistungsorientiert, aber alle Kohorten bleiben auf ihrem Niveau, so daß mit der natürlichen Folge der Generationen Leistung an Boden verliert<sup>43</sup>. Die Konstanz jeder Kohorte in der Zeit aber deutet daraufhin, daß der Rückgang des Wertes nicht mit einem Rückgang des Leistungsverhaltens, sondern mit einem Wandel der Rhetorik verbunden ist: Leistung ist weniger ein Stereotyp, dem die Person sich unterwirft („Leben als Aufgabe“), als ein Maßstab, der aus der Umwelt abgelesen werden muß; sie verpflichtet weniger zur Aufgabe des Selbst, als zum Erfolg in der Sache. Mit weniger Emphase kann deshalb das Mehr „geleistet“ werden, das der strukturelle Wandel fordert. Der Individualismus zeigt sich nicht im Streben nach Selbstaufopferung ohne Erfolgsdruck, sondern in begrenzten Engagements mit sachlichen Erfolgskriterien; nicht in der bedingungslosen Hingabe, sondern im kalkulierten Einsatz der Person. Wenn aber der Rückgang der Leistungswerte im Westen ein versachlichtes Selbstverständnis spiegelt, dann sollte die stärkere Identifikation des Ostens mit Leistungswerten sich daraus ergeben haben, daß an der emphatischen Leistungsrhetorik festgehalten wurde. Aber die Strukturen der Arbeitswelt werden im Osten in Zukunft sich in der gleichen Weise wandeln wie im Westen in der Vergangenheit; und die Menschen im Osten werden in der gleichen Weise reagieren

42 Vgl. Wieland Jäger, Industrielle Arbeit im Umbruch. Zur Analyse aktueller Entwicklungen, Weinheim 1989.

43 Vgl. Heiner Meulemann, Bildung, Generationen und die Konjunkturen des Werts Leistung: Über die Vielschichtigkeit eines Wertwandels, in: Zeitschrift für Soziologie, 16 (1987), S. 272–287.

wie die im Westen. Mittel- bis langfristig werden im Osten wohl die Leistungsindikatoren an Zustimmung verlieren, ohne daß das Leistungsverhalten erodiert. Es ist also eine Anpassung des Ostens zu erwarten, die den Individualismus nicht zurückschraubt, sondern – im Einklang mit strukturellen Anforderungen – vorantreibt: vom unbedingten Wollen der Person zum sachlich bedingten Erfolg. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Ostens annähern.*

Hinsichtlich des Wertes *Mitbestimmung* zwingen die Ergebnisse dazu, Teilhabe an der Politik und Egalitarismus im Privatleben getrennt zu betrachten und beim Egalitarismus zwischen Erziehung und Partnerschaft zu unterscheiden. Die *Teilhabe an der Politik* hatte in der westlichen Konkurrenzdemokratie größere Chancen als in der östlichen Einparteienherrschaft – und steht daher auch als Wert im Westen höher als im Osten. Daß politische Teilhabe im Westen stark aufgewertet wurde, ist ein Argument für die Prognose, daß politische Teilhabe auch im Osten gewinnen wird – aktueller Apathie und Wahlmüdigkeit zum Trotz. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Ostens angleichen.*

Daß sich die Hochschätzung politischer Teilhabe in *Egalitarismus in der Erziehung* übersetzt, trifft wohl nur für die Bundesrepublik zu; in der DDR hat die staatliche Führung gleichermaßen eine für sie folgenlose Teilhabe wie eine in ihrem Sinne disziplinierte Erziehung gefordert und durchgesetzt. Deshalb haben im Westen Autonomie-Werte über Konventions-Werte in stärkerem Maße die Oberhand gewonnen als im Osten. Deshalb sollte im Osten für die Erziehung in der Familie wie in der Schule sich das gleiche Kräfteverhältnis herstellen; da auch im Osten die Autonomie-Werte recht hoch rangieren, sollte die Angleichung an den Westen vor allem aus einer Abwertung der Konventions-Werte resultieren. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Ostens angleichen.*

In der *Partnerschaft* hingegen hatte der Individualismus in der DDR, wo flächendeckende öffentliche und betriebliche Einrichtungen die Frauen von Familienarbeit entlasten sollten, mehr Struktur Chancen als in der alten BRD. Der Egalitarismus der Partnerschaft ist daher im Osten stärker und wird sich nicht zurückschrauben lassen – wie die Debatten um die Arbeitslosigkeit von Frauen und die Gesetzgebung zur Abtreibung zeigen. Im Westen hingegen ist der Egalitarismus der Partnerschaft seit den sechziger Jahren angestiegen, so daß ein höheres Niveau im Osten zusätzlichen



Schwung für eine weitere Entwicklung in die gleiche Richtung liefern kann. Anders als für alle zuvor betrachteten Werte wird also keine Anpassung des Ostens an den Westen erwartet. Vielmehr überdauert ein Systemeffekt des Ostens, so daß zum ersten Mal ein Wandel im Westen zur Debatte steht. Der frühere Trend im Westen weist in die gleiche Richtung wie der Systemeffekt des Ostens: Die Zunahme des Egalitarismus der Partnerschaft im Westen sollte durch den Vorsprung des Ostens zusätzlich Schwung bekommen. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Westens angleichen.*

Beim Wert *Akzeptanz* zwingen die Ergebnisse dazu, Religiosität und Moralität getrennt zu betrachten. Gemessen an *christlicher Religiosität*, ist Akzeptanz im Westen stärker als im Osten. Weder führen – wie die Strukturhypothese nahelegt – die größeren Chancen des Individualismus im Westen zu einer stärkeren Lösung von Christentum und Kirche; noch wurde – wie die Verzögerungshypothese nahelegt – eine Entwicklung im Osten aufgehalten. Wenn überhaupt eine gemeinsame Tendenz die Entwicklungen in den beiden Landesteilen bestimmt hat, dann wurde sie im Osten nicht aufgehalten, sondern forciert: Der Westen hat sich um 1970 stark säkularisiert, aber der Osten ist heute stärker säkularisiert. Die Säkularisierung des Ostens war staatlich erzwungen; die Säkularisierung des Westens erfolgte „heimlich“ und ungesteuert. Wie sollte heute der Westen, der sich zuvor freiwillig säkularisiert hat, den Osten dazu bringen, die erzwungene Säkularisierung zurückzunehmen? Und wie sollten heute im Osten Impulse für eine christliche Religiosität aufkommen, die im Westen zuvor versiegt waren? Man muß erwarten, daß die Säkularisierung des Ostens Bestand hat. Die Politik hat einen langfristig beständigen Systemeffekt geschaffen. Wiederum stellt sich mit einem Systemeffekt des Ostens die Frage nach einer Prognose für den Westen. Wiederum ziehen die eigenständige Entwicklung wie der Vorsprung des Ostens den Westen in die gleiche Richtung: in die eines weiteren Rückgangs der Religiosität. *Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Westens angleichen.*

An *Moralität* gemessen, ist Akzeptanz im Westen schwächer als im Osten. Das läßt sich von beiden Seiten her erklären. Im Westen bieten die Garantie der Freiheitsrechte, die Konkurrenz der Parteien und der Pluralismus der Kultur strukturelle Chancen, daß Überzeugungen in Konflikte geraten, die nur mit übergreifenden Begründungen ge-

löst werden können. Konkrete moralische Gebote verlieren an Autorität zugunsten der Prinzipien, nach denen sich über Gebote entscheiden läßt. Aber in Bevölkerungsumfragen werden moralische Einstellungen an konkreten Geboten und nicht an abstrakten Prinzipien abgefragt. Daß im Westen die Akzeptanz von Institutionen und Geboten schwächer ist als im Osten, resultiert vielleicht daraus, daß der Schwerpunkt der moralischen Diskussion sich auf eine abstraktere Ebene verlagert hat. Im Osten hingegen beanspruchte die marxistische Weltanschauung das Recht, alleinverbindlich moralische Gebote zu begründen; sie drängte die Kirchen als konkurrierende Mächte zurück und erstickte genau jene Auseinandersetzungen, die von der Akzeptanz konkreter Gebote zu ihrer Begründung durch Prinzipien führen können. Sie schuf eine säkulare, aber rigide Moral, die sich in der höheren Akzeptanz aller moralischen Gebote im Osten widerspiegelt. Nicht nur die Säkularisierung, sondern auch die Moralität des Ostens ist also ein Systemeffekt. Anders als beim Egalitarismus der Partnerschaft und der christlichen Religiosität aber läuft bei der Moralität der Systemeffekt des Ostens in die entgegengesetzte Richtung zur Entwicklung im Westen: Im Westen hat sich die Moralität von Geboten auf Prinzipien zubewegt, im Osten wurde sie auf der Ebene von Geboten angehalten. Ein Systemeffekt gegen die Entwicklung aber wird langfristig kaum überleben. *Auf die Dauer sollte die Moralität des Ostens zurückgehen. Auf die Dauer sollten sich die beiden Landesteile durch eine Anpassung des Ostens angleichen.*

Überblickt man die vermuteten Wege der Annäherung, so ist nicht zu übersehen, daß der Osten stärker auf den Westen als der Westen auf den Osten zukommen sollte. Das ergibt sich auf der Basis der Prognosen, der wachsenden Erfahrung des Ostens mit der heute gemeinsamen, aber dem Westen schon lange vertrauten Sozialverfassung. Nur dort, wo die DDR Systemeffekte geschaffen hat – beim Egalitarismus der Partnerschaft, der Religiosität und der Moralität –, kommt für den Westen die Möglichkeit der Anpassung auf. Nur dort, wo die Systemeffekte die Wiedervereinigung überdauern, könnte diese Möglichkeit auch Realität werden: beim Egalitarismus der Partnerschaft und der Religiosität. Bei allen übrigen Werten, insbesondere beim für moderne Industriegesellschaften zentralen Wertepaar Gleichheit und Leistung und bei der Teilhabe an der Politik, sollte sich der Osten dem Westen anpassen.

# Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?

---

## I. Vorbemerkungen

---

In der Öffentlichkeit werden die Vertreter der ostdeutschen Bürgerbewegungen nicht selten als Verlierer der Wende dargestellt, die sich angesichts des dramatischen Niedergangs ihrer Bewegung resigniert in die Schmollecke zurückgezogen haben und bis heute ihren illusionären Vorstellungen von einem dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus anhängen. In den Jahren seit der Wiedervereinigung vollzogen sich innerhalb der Bürgerbewegungen und alternativen Gruppierungen Ostdeutschlands jedoch gravierende Wandlungsprozesse, in deren Ergebnis es zu einer starken Differenzierung in den politischen Haltungen ihrer Vertreterinnen und Vertreter gekommen ist. Natürlich halten manche von ihnen nach wie vor an alten Idealen – an den Ideen von einer gerechten, solidarischen und egalitären Gesellschaft – fest und haben, wenn sie in der Öffentlichkeit auftreten – und sie treten oft auf –, nichts anderes zu tun, als uns ihre Unzufriedenheit mit dem Rechtsstaat, der parlamentarischen Demokratie oder der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit mitzuteilen. Die Mehrheit der Bürgerrechtler – und ihre Vertreter kommen in der Öffentlichkeit nicht so oft zu Wort – bejaht aber längst die parlamentarische Demokratie, auch wenn sie ihre Ideale nicht vergessen hat und manches an dieser Demokratie für verbesserungswürdig hält. Andere kritisieren inzwischen sogar das moralisierende Politikverständnis von einigen ihrer einstigen Mitstreiter und sind mittlerweile zu kämpferischen Verfechtern der Parteidemokratie geworden.

Freilich fiel den Vertretern der Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen die Umstellung auf die neuen Gesellschaftsverhältnisse so schwer wie wohl kaum einer zweiten Gruppe von DDR-Bürgern, ausgenommen vielleicht die regimetreuen Aktivisten. Dies hat vor allem zwei Gründe: *Erstens*: Mit der Vereinigung ist den Bürgerrechtlern der Gegenstand ihrer politischen Aktivitäten abhanden gekommen: die DDR. Sie wollten die DDR ja nicht abschaffen, sondern reformieren.

Genauso wie die Funktionsträger des Systems hatten sie die DDR zu ihrem Lebensthema gemacht und mußten nach deren Untergang wie diese mit ihrem Verlust fertigwerden. Politische Ziele, für deren Realisierung sie sich jahrelang eingesetzt hatten, waren mit einem Schlage erfüllt. Damit verloren sie nicht nur ihre politische Funktion, sondern auch ihre politische Ausnahmestellung. *Zweitens*: Die Öffnung der Berliner Mauer und der einsetzende Vereinigungsprozeß bedeuteten für alle ostdeutschen Akteure eine Einschränkung ihrer zuvor gewonnenen Handlungsmöglichkeiten. Angesichts ihres seit Jahren gegen die Bevormundungsversuche des DDR-Systems behaupteten Selbstbestimmungsanspruches waren die Bürgerbewegungen von der im Vereinigungsprozeß einsetzenden Eigendynamik besonders stark betroffen. Viele von ihnen rieben sich daran, daß dieser Prozeß über ihre Köpfe hinwegging und eine andere als die von ihnen intendierte Richtung nahm.

Trotz dieser Umstellungsprobleme ist es in den Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen inzwischen jedoch zu solch gravierenden Veränderungen gekommen, daß das in den Medien kolportierte Bild von der kleinen verzweifelten Schar der Wendeverlierer nicht länger aufrechterhalten werden kann. Diese Veränderungen will ich im folgenden darstellen. In einem ersten Abschnitt werde ich die ‚objektiven‘ Wandlungen der Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen behandeln: die Veränderungen ihrer Organisationsstruktur, ihrer Programmatik und Mobilisierungsfähigkeit. Bei der Beschreibung der Wandlungsprozesse scheint es sinnvoll, eine Phasenaufteilung vorzunehmen<sup>1</sup>. In einem zweiten Abschnitt will ich mich mit den ‚subjektiven‘ Wandlungen, den Einstellungsveränderungen der Mitglieder der Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen, beschäftigen. Als empirisches Material dienen mir die Ergebnisse einer Befra-

---

1 Vgl. die abweichenden Phaseneinteilungen bei Jan Wielgoths/Marianne Schulz, Von der illegalen Opposition in die legale Marginalität. Zur Entwicklung der Binnenstruktur der ostdeutschen Bürgerbewegung, in: Berliner Journal für Soziologie, 1 (1991), S. 385 ff., und Lothar Probst, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft, Köln 1993, S. 128 f.

gung, die ich Anfang 1990 mit einigen Studenten<sup>2</sup> bei 31 erstmals führenden Vertretern der politisch alternativen Gruppen in Ostberlin und Leipzig durchführte und nach zwei und fünf Jahren bei denselben Interviewpartnern wiederholte. Bei den beiden ersten Befragungen handelt es sich um Leitfadeninterviews von einer Dauer zwischen 45 und 90 Minuten, bei der letzten um Befragungen von 10 bis 20 Minuten. Außerdem stütze ich mich auf einige Interviews mit Experten aus dem Verwaltungsbereich, die Ende 1993 und Mitte 1995 in Leipzig stattfanden<sup>3</sup>.

---

## II. ‚Objektive‘ Veränderungen

---

### 1. Die Phase der Informalität

Bis zum Sommer 1989 bewegten sich die politisch alternativen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen in der DDR in einem Raum außerhalb des offiziellen Systems: im informellen Bereich. Da sie als sozialismusfeindliche Kräfte politisch stigmatisiert waren, war Unterstrukturierung eine wichtige Bedingung für ihr politisches Überleben. Die andere bestand darin, daß ihnen die evangelische Kirche rechtlichen Schutz und gesicherte Artikulationsmöglichkeiten bot. Auch wenn die Gruppierungen nur schwach strukturiert waren, fehlten Funktionsaufteilungen, Hierarchien, Vernetzungen indes nicht vollständig. Es gab Sprecher und Führungspersonen, auch Füh-

2 Mein Dank für die ergiebige Zusammenarbeit geht an Catherine Gory, Paris, Wolfgang Elvers, Leipzig, Manuel Schilling, Bochum, insbesondere an Hagen Findeis, Leipzig.

3 Aus der spärlich fließenden Sekundärliteratur zur Entwicklung der ostdeutschen Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen nach der Wende sei vor allem verwiesen auf die einschlägigen Arbeiten von Jan Wielgoß und seiner Arbeitsgruppe (vgl. nur Jan Wielgoß, *Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung*, in: *Deutschland Archiv*, 26 (1993), S. 426–434) sowie auf Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hrsg.), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern*, Opladen 1993; Barbara Blattert/Dieter Rink/Dieter Rucht, *Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland? Discussion Paper FS III 94–101*, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1994; Dieter Rink, *Das Leipziger Alternativmilieu zwischen alten und neuen Eliten*, in: Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995, S. 193–229. Für weitere Literatur vgl. Hagen Findeis/Detlef Pollack/Manuel Schilling (Hrsg.), *Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden?*, Berlin u. a. 1994. Dort findet sich auch eine umfangreiche Dokumentation eines Teils der hier zugrundegelegten Interviews.

ungsgruppen, etwa die Umwelt-Bibliothek oder die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM). Manche Gruppen waren regional (wie in Leipzig im Kirchenbezirkssynodalausschuß), manche nach thematischen Gesichtspunkten überregional zusammengefaßt (arche, INKOTA). In den achtziger Jahren trafen sich die Delegierten der Gruppen aus dem ganzen Land jährlich zum Seminar „Frieden konkret“. Als im Februar 1989 bei einer dieser Zusammenkünfte die Schaffung einer DDR-weiten Sammlungsbewegung vorgeschlagen wurde, lehnten die Delegierten freilich ab. Sie wollten nicht nur unterhalb der Konfrontationsschwelle mit dem Staat bleiben, sondern auch ihre Autonomie gegenüber den jeweils anderen Gruppierungen bewahren. Ihnen ging es darum, in ihrer Gruppenpraxis jetzt bereits vorwegzunehmen, was sie für die Gesellschaft als Ganzes anstrebten: ein autonomes, solidarisches, egalitäres, auf Verständigung angelegtes Leben. Insofern kann man sagen, daß sich ihr politisches Engagement aus einer vorpolitischen, stark gemeinschaftlich geprägten Einstellung speiste.

Obwohl sich die Gruppen immer wieder um Herstellung von Öffentlichkeit bemühten, war ihre Mobilisierungsfähigkeit äußerst gering. Kontakte zu ihnen bedeuteten das sichere gesellschaftliche ‚Aus‘. Das Verhältnis der Bevölkerung zu den Gruppen war daher durch Abwehr, Angst und Unsicherheit charakterisiert. Die Gründe für diese Distanz lagen aber nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der soziokulturellen Ebene: In einer Bevölkerung, deren Verhalten auf Unauffälligkeit und auf die Einhaltung kleinbürgerlicher Normalitätsstandards gestimmt war, stießen die Gruppen auch wegen ihres exzentrischen Selbstdarstellungsstiles auf Ablehnung. Allerdings vermochten sie gerade durch ihre spektakulären Aktionen Aufmerksamkeit zu erzielen. Aufgrund der Homogenität der offiziellen politischen Kultur fiel ihnen die Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit sogar besonders leicht. Es genügte, sich mit Kerzen vor eine Kirche zu stellen oder ein Plakat zu entrollen, um zu erreichen, daß die Polizei eingriff und die Westmedien darüber berichteten.

### 2. Formierungsphase

Mit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze Anfang September 1989 und der damit gegebenen Abwanderungsmöglichkeit kam es zur Abwanderung der Gruppen aus der Kirche und zur Entstehung von Bürgerbewegungen (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch usw.). Spontan schlossen sich Hunderte und Tausende dem Neuen Forum als der zuerst gegrün-

deten Oppositionsgruppierung an. Wie Lothar Probst für Rostock und Peter Unterberg für Leipzig anschaulich gezeigt haben<sup>4</sup>, waren die Initiatoren des Neuen Forums durch den Massenzulauf von Anfang an organisatorisch überfordert. Sie riefen zur Bildung von Stadtteil-, Betriebs- und Themengruppen auf, konnten die Arbeit dieser Gruppen aber nicht koordinieren. Vielmehr mußten sie die verschiedenen Initiativen weitgehend sich selbst überlassen.

Worauf es den Bürgerbewegungen im Herbst 1989 ankam, das war die Herstellung von Öffentlichkeit, Demokratie und Pluralismus. Sie definierten ihr Programm als demokratisch, ökologisch und sozial. Ökonomische Überlegungen spielten bei der Mehrheit der Bürgerbewegungen kaum eine Rolle. Eine Ausnahme bildete lediglich die SDP, die von Anfang an eine soziale Marktwirtschaft anstrebte. Mit dieser Unterbewertung ökonomischer Aspekte im Prozeß des Umbaus der Gesellschaft war ein Konflikt vorgezeichnet, der in der Folgezeit das Schicksal der Bürgerbewegungen nachhaltig beeinflussen sollte: der Konflikt mit den ökonomischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

Im Herbst 1989 indes war die Kluft zwischen Bürgerrechtlern und Bevölkerung öffentlich noch nicht erkennbar. Die Bürgerrechtler galten als die Führer der Massenbewegung. Dabei ist freilich zu beachten, daß die politisch alternativen Gruppen und die aus ihnen entstandenen Bürgerbewegungen die Massendemonstrationen weder vorbereitet noch organisiert, noch zu ihnen aufgerufen haben. Teilweise lehnten sie die Verantwortung für die Massenproteste sogar ausdrücklich ab<sup>5</sup>. Nicht die Bürgerbewegungen waren die Initiatoren der Massenbewegung, sondern umgekehrt: Die Bürgerbewegungen, voran das Neue Forum, wurden von den Massen an die Spitze der Bewegung geschoben und zum Symbol des Widerstandes erhoben. Die Massenbewegung dagegen bildete sich spontan<sup>6</sup>. Der entscheidende Grund für ihr Aufkommen lag darin, daß aufgrund der im Sommer 1989 einsetzenden Abwanderungsflut über Ungarn die Krise des Systems für jeden offenbar wurde und angesichts der Einseitigkeit der politischen Machtverteilung niemand anders für diese Krise verantwortlich gemacht werden konnte als die Spitze des Sy-

stems. Diese klare Zurechnungsmöglichkeit hatte einen zusammenschließenden Effekt von Massenbewegung und Bürgerbewegung. Die Massenbewegung lagerte sich an die Oppositionsgruppierungen an, da diese als Kritiker des Systems bekannt waren. Diese, so notwendig sie als Kristallisationskerne des Protestes waren, brachten jene aber nicht hervor. Deshalb ist die Frage von Karl-Werner Brand, wie „aus den dünnen Rinnsalen einer bespitzelten, drangsalierten, in Nischen abgedrängten oppositionellen Szene in kürzester Zeit ein reißender Strom demokratischer Massenbewegungen werden“<sup>7</sup> konnte, falsch gestellt. Es wurde nicht aus einem dünnen Rinnsal ein reißender Strom, sondern der reißende Strom, der aufgrund des Überdrucks im System und der plötzlich gegebenen „exit-Option“ den durch Partei, Staatssicherheit und Polizei aufgerichteten Damm zum Bersten brachte, riß das dünne Rinnsal mit sich mit und trennte sich von ihm wieder, als offensichtlich wurde, daß die Ströme in verschiedene Richtungen flossen<sup>8</sup>.

### 3. Die Phase der Differenzierung und Marginalisierung

Diese Phase setzte nach dem Fall der Berliner Mauer ein und reichte bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990. Unter dem Eindruck der offenen Grenzen zwischen Ost und West und der damit in greifbare Nähe gerückten Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands begannen sich die Bürgerbewegungen ab November 1989 organisationsstrukturell und programmatisch zu differenzieren. Einige Unterschiede sowohl in programmatischer als auch in personeller Hinsicht bestanden freilich auch schon vorher. Der Demokratische

7 Karl-Werner Brand, Massendemokratischer Aufbruch im Osten. Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3 (1990) 2, S. 10.

8 Freilich greift Claus Offe zu kurz, wenn er den Umbruch als bloße „exit-Revolution“ kennzeichnet. Vgl. Claus Offe, Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom Sozialismus zum Kapitalismus, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt a. M. 1993, S. 293. Vielmehr war gerade das enge Zusammenwirken von *exit* und *voice* charakteristisch für den Umbruch in der DDR. Zur Diskussion vgl. Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292–307; Albert O. Hirschmann, Abwanderung und Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte, in: Leviathan, 20 (1992), S. 330–358; John Torpey, Two Movements, Not a Revolution. Exodus and Opposition in the East German Transformation, 1989–1990, in: German Politics and Society, 26 (1992), S. 21–42.

4 Vgl. L. Probst (Anm. 1), S. 117ff.; Peter Unterberg, „Wir sind erwachsen, Vater Staat!“. Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forums in Leipzig, Diplomarbeit, Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1991, S. 85ff.

5 Vgl. P. Unterberg, ebd., S. 89.

6 Vgl. Karl-Dieter Opp/Peter Voß, Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S. 77ff.

Aufbruch, die SDP, die Grüne Partei und die Forumpartei erlangten Parteienstatus; große Teile des Neuen Forums, die Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt und andere vermieden die Parteiwerdung. Mit diesen organisationsstrukturellen Differenzierungsprozessen gingen enorme Mitgliederverluste und Wanderungsbewegungen einher. Gewinner waren vor allem die SDP, die CDU und die F.D.P.; insbesondere das Neue Forum mußte dagegen herbe Verluste hinnehmen. Trotz der Mitgliederverluste und des schon wenige Wochen nach der Maueröffnung einsetzenden Verfalls der Sympathie für die Bürgerbewegungen konnten diese mit der Installierung des Runden Tisches Anfang Dezember 1989 ihren bedeutsamsten politischen Erfolg gegenüber der SED erringen. Der Zentrale Runde Tisch entwickelte sich bald zu einer Kontrollinstanz gegenüber der noch bestehenden SED-Regierung. Zur Übernahme der Regierungsverantwortung waren die Bürgerbewegungen jedoch nicht bereit. Daran hinderte sie, ganz gleich, ob diese Übernahme überhaupt möglich gewesen wäre oder nicht, ihr gestörtes Verhältnis zur politischen Macht.

Die Diskussionen in den Bürgerbewegungen befaßten sich in der Zeit von November 1989 bis März 1990 vor allem mit zwei Problemkreisen: einmal mit der organisationsstrukturellen Frage nach ihrer Parteiwerdung, zum andern mit der Frage der deutschen Einheit. Vielen Anhängern des Neuen Forums schwebte eine Politik unter direkter Beteiligung der Betroffenen vor. Die Anhänger einer solchen Politik von unten vertraten ein harmonistisches Politikkonzept und verstanden Politik vor allem als eine Form der Diskussion zur Erreichung eines breiten Konsenses. In diesem auf intermediäre Organisationen und Funktionsaufteilung verzichtenden Politikverständnis sahen sie sich durch die unmittelbar zuvor gemachten Wende-Erfahrungen bestärkt<sup>9</sup>. So wie damals sollte Politik von den engagierten Bürgern selbst gestaltet werden, nicht von den – wie sie meinten – vor allem auf die Durchsetzung ihrer Eigeninteressen bedachten Parteien. Andere hielten dieses Politikverständnis für unrealistisch, wandten sich gegen Experimente und plädierten für die Übernahme der parlamentarischen Demokratie, die sich im Westen Deutschlands bewährt habe.

In der nationalen Frage entstand aufgrund der Äußerungen einiger Prominenter, allen voran Bärbel Bohley, das Bild, als seien die Bürgerbewegungen mehrheitlich für die Bewahrung der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Die Vereinigungsgegner kriti-

sierten vor allem die Marktwirtschaft, die sie als Ellenbogengesellschaft bezeichneten, und den Konsumismus der Bevölkerung. Was sie befürchteten, war eine ausschließliche Orientierung auf Lebensstandardverbesserung und eine Zurückdrängung der Auseinandersetzung mit politischen und sozialen Problemen. Nach und nach setzten sich in den Bürgerbewegungen jedoch die Befürworter der Einheit durch<sup>10</sup>. Man dürfe nicht den Willen des Volkes diskreditieren und sich über das Volk stellen. Einig waren sich die Bürgerbewegungen in dem Ziel, die immer wieder neu formulierten Machtansprüche der SED-PDS zurückzudrängen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegenüber dieser neu gewandeten Partei einte die Bürgerbewegungen, wie ihr Zusammenschluß zum „Wahlbündnis 90“ am 3. Januar 1990 zeigte, das sie eingingen, um die bisher regierenden politischen Kräfte abzulösen.

Trotz des Mitgliederschwundes und des Sympathieverlustes vermochten die Bürgerbewegungen bis ins Frühjahr 1990 hinein, Massen zu mobilisieren. Das Neue Forum lud zu Bürgerversammlungen, Dialog-Veranstaltungen, thematischen Foren ein, und die Bürger kamen zu Tausenden. Auf Druck der Bürgerinitiativen wurde in Leipzig Anfang 1990 ein Abrißstop in den Altbau- und ein Baustop in den innerstädtischen Neubaugebieten erreicht. Im März 1990 trat der Oberbürgermeister von Rostock nach einer Demonstration von 10 000 Bürgern, zu der das Neue Forum aufgerufen hatte, zurück. Demonstrationen, Runde Tische und andere Formen direkter Demokratie erwiesen sich in dieser Zeit noch als wirkungsvolle Instrumente der Politikgestaltung. Tatsächlich aber war die Marginalisierung der Bürgerbewegungen bereits zu diesem Zeitpunkt weit vorangeschritten. Die Gründe dafür lagen in der Zurückhaltung der Bürgerbewegungen gegenüber einer schnellen Vereinigung Deutschlands und in ihrer Geringschätzung ökonomischer Interessen. Eine Rolle spielten aber auch ihre Zerstrittenheit und ihr moralisierender Politikstil. Nach 40 Jahren SED-Herrschaft wollten die Bürger offenbar nicht schon wieder eine ideologisch aufgeladene Politik unterstützen. Schließlich waren die auf die Reformierung des DDR-Sozialismus zielenden Programme der Bürgerbewegungen aufgrund der Maueröffnung schlichtweg obsolet geworden. Nach dem Fall der Mauer liefen die Bürgerbewegungen, wie die Interviewpartner zu Protokoll gaben, den Ereignissen nur noch hinterher.

<sup>10</sup> So trat Joachim Gauck auf der offiziellen Gründungsveranstaltung des Neuen Forums im Januar 1990 in Berlin dafür ein, die Festlegung auf Zweistaatlichkeit aus dem Programm zu streichen. Vgl. L. Probst (Anm. 1), S. 114f.

<sup>9</sup> Vgl. J. Wielgoths (Anm. 3), S. 429.

#### 4. Die Phase der Institutionalisierung, Spezialisierung und Demobilisierung

Mit diesen drei Stichworten lassen sich die Entwicklungstendenzen seit den Volkskammerwahlen vom März 1990 bis heute zusammenfassen. Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 erhielt diese Phase eine weitere deutliche Zäsur; und seit 1993 vollziehen sich noch einmal beachtliche Umstrukturierungsprozesse. Über beide Zäsuren hinweg setzten sich die benannten Entwicklungstendenzen jedoch fort.

Nach der ersten demokratischen Wahl in Ostdeutschland im März 1990 verstärkte sich die schon vorher einsetzende Tendenz zur Institutionalisierung der Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen. Das Modell der direkten Politikgestaltung durch Runde Tische und Demonstrationen lief aus. Mit ihnen war auf die politische Willensbildung immer weniger Einfluß zu nehmen. Nun gab es demokratisch gewählte Institutionen, die die unterschiedlichen politischen Optionen durch den Anteil ihrer Wählerschaft repräsentierten. Bündnis 90 war in der Volkskammer vertreten und zog später aufgrund des Ausnahmegesetzes auch in den Bundestag ein. Es hatte bis 1994 Vertreter in allen ostdeutschen Landtagen, außer dem Mecklenburg-Vorpommerns, in dem das Wahlbündnis zwischen Neuem Forum, Bündnis 90 und den Grünen nicht zustande kam. Darüber hinaus war es auf kommunalpolitischer Ebene vertreten, so zum Beispiel in den Stadtparlamenten von Rostock, Potsdam und Leipzig<sup>11</sup>. In Leipzig ist bis heute ein beachtlicher Teil der Ämter in der Stadtverwaltung mit Leuten besetzt, die aus der Bürgerbewegung kommen. Aufgrund des anhaltenden Mitgliederverlustes im Jahr 1990 hatte die Parlamentarisierung der Bürgerbewegungen eine Ausdünnung an der Basis zur Folge. Während die Massenbasis der Bürgerbewegungen zerfiel, setzte jedoch eine Gründungswelle von kleinen Projektgruppen und Bürgerinitiativen ein, die sich mit den unterschiedlichsten Themen beschäftigten.

Aufgrund der Einführung bundesdeutschen Rechts im Herbst 1990 wurden aus diesen Projektgruppen bald Vereine, denn das bundesdeutsche Recht erlaubte diesen Gruppen, sofern sie sich als Vereine konstituierten, die Einrichtung von Stellen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungspro-

grammes der Bundesanstalt für Arbeit. Da an ABM-Stellen infolge der steigenden Arbeitslosigkeit ein großer Bedarf bestand und die Vergabe großzügig gewährt wurde, schnellte die Zahl der Vereinsgründungen 1990/91 in die Höhe. Das bedeutete, daß nicht mehr nur politisch hochmotivierte Vertreter der Bürgerbewegung in den Initiativen und Vereinen arbeiteten, sondern auch Angestellte, die vorher mit den Themen der Bürgerbewegung relativ wenig zu tun hatten. Weiterhin war mit der massenhaften Einrichtung von ABM-Stellen eine Verschiebung des Schwerpunktes von der ehrenamtlichen zur hauptamtlichen Tätigkeit verbunden. Die Bewilligung staatlicher Gelder ist daran gebunden, daß sich die Vereine ein Statut geben, daß sie ihre Gemeinnützigkeit nachweisen. Außerdem sind die Vereine nur überlebensfähig, wenn ihre Vertreter die Förderstrukturen kennen und zu einer wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Lage sind. Insofern förderte die Einführung des bundesdeutschen Rechts die Institutionalisierung, Professionalisierung und Ökonomisierung der Vereinsarbeit in Ostdeutschland.

Mit der Institutionalisierung der Bürgerinitiativen und Vereine vollzog sich eine deutlich wahrnehmbare Spezifikation der von ihnen behandelten Themen. Dominierten im Frühjahr 1990 noch Themen wie Reform des Bildungswesens, Entmilitarisierung der Gesellschaft oder Entwurf einer neuen Verfassung, so ging es bald nur noch um die Realisierung konkreter Projekte. Inzwischen wird ein weites Themenspektrum in den Gruppen behandelt. Es gibt Umweltvereine, Frauengruppen, Stadtteilinitiativen, Vereine für Sozialarbeit, Bildungsvereine, kulturelle Projekte, Arbeitsloseninitiativen usw. So gut wie alle sozialen Problemfelder sind erfaßt. Die Bürgerinitiativen nehmen insofern kompensatorische Funktionen wahr und bearbeiten Defizite in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Bis auf Ausnahmen sind sie nicht damit beschäftigt, eine lokale Gegenpolitik zu betreiben. Schon gar nicht verfolgen sie Konzeptionen des Systemwechsels. Vielmehr verstehen die meisten ihre Arbeit als komplementär zu den von Staat und Wirtschaft erbrachten Leistungen.

Die Übertragung des westlichen Rechtssystems auf Ostdeutschland hatte auch Auswirkungen auf die Parteiwerdung von Bündnis 90. Sie wurde dadurch beschleunigt, daß die gesetzlichen Bestimmungen die Freigabe finanzieller Fördermittel an den Parteienstatus binden. Die Gründung der Partei Bündnis 90 erfolgte im September 1991. Die Fusionierung mit den Grünen im Westen war ebenfalls vor allem durch äußere Umstände bedingt. Hinter

<sup>11</sup> In einer Reihe von Stadtparlamenten, etwa in Schwerin, Rostock, Halle, Magdeburg, Leipzig oder Weimar, hat Bündnis 90/Die Grünen Abgeordnete auch noch nach den Kommunal- und Landtagswahlen von 1994, seit denen es in Ostdeutschland auf Landtagebene nur noch in Sachsen-Anhalt vertreten ist.

der Vereinigung standen in erster Linie wahltaktische Überlegungen, erst in zweiter Linie Übereinstimmungen im Programm. Die Vertreter von Bündnis 90 und von den Grünen meinten, daß sie nur gemeinsam eine Chance hätten, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. „Das wahlarithmetische Motiv ist das vordergründigste, aber auch das zwingendste.“<sup>12</sup>

Am Ende dieses Institutionalisierungsprozesses der ostdeutschen Bürgerbewegungen stehen sich mehrere Organisationsformen gegenüber: zunächst die Partei Bündnis 90/Die Grünen und eine Vielzahl von lokalen Projektgruppen, Initiativen und Vereinen. Daneben gibt es noch Reste des Neuen Forums, der Initiative Frieden und Menschenrechte und der Vereinigten Linken, die politisch den Anschluß verloren haben und gesellschaftlich kaum ins Gewicht fallen. Von ihnen zu unterscheiden sind als vierte Organisationsform einige überregionale Gruppierungen wie die Grüne Liga oder der Unabhängige Frauenverband, die als Verbände deutschlandweit anerkannt sind und professionell arbeiten. Schließlich existieren auch noch einige kirchliche Basisgruppen. Die meisten Alternativgruppen der Vorwendezeit haben sich inzwischen freilich aufgelöst. Diejenigen, die noch existieren, bestehen zum Teil nur noch aus wenigen Mitgliedern und arbeiten großenteils diskontinuierlich. Auch noch in den letzten drei Jahren mußten, wie die Interviewten berichteten, einige von ihnen die Arbeit einstellen. Viele ehemalige Mitglieder der kirchlichen Basisgruppen betätigen sich politisch jetzt in anderen Vereinigungen, vor allem in Parteien und Vereinen, einige haben sich ganz aus der politischen Arbeit zurückgezogen und konzentrieren sich nur noch auf ihre berufliche Tätigkeit<sup>13</sup>.

12 Die Grünen und das Bündnis 90. Perspektiven und Probleme einer Annäherung. Memorandum des Bundesvorstandes zur parteiinternen Diskussion vom 10. Dezember 1991.

13 Zwischen den Bürgerinitiativen und -vereinen von heute und den Bürgerbewegungen der Wendezeit besteht also keine bruchlose Kontinuität. Es läßt sich zwar nachweisen, daß einige Bürgerinitiativen aus den Reihen der kirchlichen Basisgruppen, wie sie bereits vor der Wende existierten, entstanden sind, vor allem im Bereich des Umweltengagements. Viele Bürgervereine und -initiativen rekrutieren ihre Mitglieder aber auch aus ganz anderen Bevölkerungssegmenten, nicht selten aus dem ehemals systemtragenden Bereich. Die zuweilen aufgestellte Behauptung, die politischen Akteure in den Bürgerinitiativen seien weitgehend identisch mit den Aktiven in den Basisgruppen der Vorwendezeit, ist also falsch. Unter den Akteuren der Basisgruppenszene kam es vielmehr zu einer deutlichen Differenzierung zwischen Aussteigern und weiterhin Engagierten, und die Bürgervereine und -initiativen setzen sich sowohl aus alten als auch aus neuen Akteuren zusammen.

Religion und Politik sind in der modernen Gesellschaft funktional differenziert. Ihre Verbindung im Realsozialismus war ein Reflex auf die Überpolitisierung der Gesellschaft. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sich mit der Entflechtung von Religion und Politik das Phänomen der kirchlich engagierten, politisch alternativen Basisgruppen umgeformt und teilweise sogar aufgelöst hat. Allerdings treffen sich, wie unsere Befragungen ergaben, nicht wenige der ehemaligen Gruppenmitglieder hin und wieder privat. Politisch und beruflich sind sie zumeist in andere Zusammenhänge eingebunden, auf einer informellen Ebene scheint das alte subkulturell-alternative Milieu in lockerer Form aber partiell erhalten geblieben zu sein.

Seit 1993 läßt sich im Bereich der Bürgerinitiativen und Vereine ein Prozeß der quantitativen Reduktion und – damit verbunden – der Stabilisierung beobachten. Die Zahl der Neugründungen ist rückläufig. Vereine mit einem aufgeblähten Bestand an hauptamtlichen Mitarbeitern konnten sich teilweise nicht halten, andere haben ihren Personalbestand verschlankt, nicht selten fand eine Rückverlagerung der Aktivitäten auf das ehrenamtliche Engagement statt. Der Grund für diese Umstrukturierungsprozesse liegt darin, daß die ABM-Stellen, sofern nicht für eine Festanstellung gesorgt werden kann, nach zwei Jahren auslaufen und zudem die Finanzierungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit gesunken sind. Die Mobilisierungsfähigkeit der Bürgerbewegungen und -initiativen nahm seit 1990 rapide ab. Nur noch mit vergangenheitsbezogenen Themen, insbesondere bei Fragen des Umgangs mit der Stasi-Vergangenheit, vermochten sie gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Hinsichtlich anderer Themen – Demokratisierung, Menschenrechte, Umwelt – ist ihnen das Deutungsmonopol genommen. Als im Frühjahr 1991 die Leipziger Montagsdemonstrationen wieder aufflackerten, war für alle Beteiligten schon nach kurzer Zeit klar, daß sich auf diese Weise politischer Einfluß nicht mehr ausüben ließ. Schon nach drei Wochen brach der Protestzyklus zusammen. Der Montagsdemonstration im Frühjahr 1993, zu der das Bündnis 90 unter dem Motto „Uns reicht's“ aufgerufen hatte, war ebenfalls kein Erfolg beschieden. Am ehesten sind die neuen Bundesbürger zu gewinnen, wenn es um ihre unmittelbaren Belange geht: um Straßensanierung, um die Grünfläche vor der Haustür oder die Infrastruktur des Stadtteils. Die Mehrheit der Ostdeutschen ist um die Sicherung ihrer privaten Existenz besorgt; überindividuelle Ziele stehen nicht im Zentrum ihres Interesses.

## 5. Zusammenfassung

Alle Einschnitte in der Entwicklung der Bürgerbewegungen und -initiativen waren durch äußere Einflüsse bedingt. Ob man an die Massenmobilisierung im Herbst 1989, die ohne die „exit“-Möglichkeit nicht zustande gekommen wäre, an die Differenzierungs- und Marginalisierungsprozesse seit November 1989, die unmittelbar durch die Öffnung der Grenze ausgelöst wurden, oder an die Institutionalisierungsprozesse nach dem März 1990 im Gefolge der Parlamentarisierung der Bürgerbewegungen denkt, immer waren es Außenfaktoren, die eine neue Phase in der Entwicklung des „Bewegungssektors“ einleiteten. Die Umbildung der Initiativen zu Vereinen war ebenso rechtlich bedingt wie die Konstitution von Bündnis 90 zur Partei. Die Massenmobilisierung kam im Oktober 1989 zustande, ohne daß sie von den Basisgruppen initiiert worden wäre, und sie ging nach der Maueröffnung wieder zurück, ohne daß die Bürgerbewegungen diesen Prozeß hätten aufhalten können. Offenbar sind die Bewegungen des „Bewegungssektors“ in hohem Maße von den rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen abhängig.

---

## III. Einstellungswandlungen

---

Die Frage nach den Einstellungswandlungen bei den Vertretern der politisch alternativen Gruppen untersuche ich an Hand eines Vergleichs charakteristischer politischer Haltungen vor der Wende mit solchen nach der Wende. Dabei lege ich die Vergleichsuntersuchungen von 1990, 1992 und 1995 zugrunde, in denen unter anderem auch nach Motiven, Zielen und Formen des politischen Engagements in der DDR gefragt wurde.

### 1. Der Wandel der Handlungsziele: kollektive oder private Orientierung

Vor der Wende waren die Handlungsziele der Gruppenmitglieder eindeutig kollektiv verfaßt. Allen von uns Befragten ging es um die Veränderung der Gesellschaft. Kollektive Ziele und individuelle Ziele bildeten keinen Gegensatz. Charakteristisch war vielmehr, daß die Gruppenmitglieder ihre individuellen Handlungsvollzüge stark an ihren politischen Zielen ausrichteten. Manche gingen in ihrem politischen Engagement so weit, daß sie ihr ganzes privates Leben in den Dienst der angestrebten gesellschaftlichen Veränderung stellten. So

sagte K. W., vor der Wende Mitglied des Arbeitskreises Gerechtigkeit in Leipzig, über ihre politische Arbeit in der Gruppe: „Damals habe ich dafür gelebt, letzten Endes.“ Damals habe sie diese Arbeit „völlig ausgefüllt“.

Nach der Wende traten private und kollektive Orientierung auseinander. Die meisten gesellschaftlichen Probleme, die früher zum politischen Engagement gedrängt hatten, bestanden nicht mehr. Viele Gruppenmitglieder konzentrierten sich daher schon bald nach der Wende vorrangig auf den privaten Bereich, ohne allerdings ihre kollektiven Wertorientierungen und die Aussicht auf eine zukünftige politische Betätigung völlig aufzugeben. Auf die Frage, was gegenwärtig im Zentrum seiner Aktivitäten stehe, antwortete 1992 E. D., einer der Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig: „Ich habe mich jetzt konkret, jetzt erstmal auf meinen beruflichen und familiären Bereich zurückgezogen. Ich schreib' jetzt meine Doktorarbeit und versuche, dort für mich auch anhand des Themas, was also ein DDR-Geschichtsthema ist, Aufarbeitung zu betreiben.“ Nach Abschluß seiner Dissertation wolle er wieder in einer Bürgerbewegung politisch aktiv werden. J. F., ehemals Mitglied in der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Leipzig, antwortete 1992 auf dieselbe Frage: „Im Moment bin ich irgendwie ziemlich sehr mit mir beschäftigt, was ich mal in Zukunft mache, ob ich weiter als Krankenpfleger arbeite oder ob ich mal anfangen zu studieren oder wie auch immer.“ Politisch aktiv sei er nicht mehr. Er möchte eine Sache, die er anfängt, „gerne richtig machen“. „Mich so halb reinstürzen, das mag ich einfach nicht noch mal.“

Damit ist deutlich benannt, worin das Problem besteht: Die Politik ist ein ernsthaftes Geschäft, das Zeit kostet und Einarbeitung erfordert. Wer es betreiben will, muß es zu seinem Beruf machen. Einige sind diesen Weg in die Politik gegangen. Sie können ihre berufliche und ihre politische Orientierung miteinander verbinden und gewinnen daraus große innere Befriedigung. Für diejenigen, die die Politik nicht zu ihrem Beruf gemacht haben, stellt die Verbindung ihrer individuellen und ihrer gesellschaftlichen Interessen nicht selten jedoch ein Problem dar. K. W. leidet darunter, daß sie nicht mehr wie früher Politik und Leben miteinander verbinden kann. Sie sagte, sie sei enttäuscht, weil sie in ihrer jetzigen sozialen Position die großen politischen Schritte nicht gehen könne. Früher hätte jede Handlung eine politische Bedeutung gehabt, jetzt sei das, was man persönlich tun könne, gesellschaftlich irrelevant.



H. W., einst führendes Mitglied des Arbeitskreises Solidarische Kirche, später in „Demokratie Jetzt“, hat ein schlechtes Gewissen, weil er politisch so wenig aktiv ist. Er weiß, daß er die Emotionen aus der Politik nicht heraushalten kann, und ist deshalb froh, daß er nicht in die Politik gegangen ist. Aber er fügt sofort hinzu: „Also, ich bin nicht glücklich darüber, muß ich sagen. Wenn du jetzt mein politisches Gefühl hören willst, ich fühle mich keineswegs glücklich, was hier abläuft und auch meine Position dabei, weil ich weiß, ich müßte viel mehr machen.“ Dann aber bezeichnet er seine berufliche Arbeit als Pfarrer selber als politisch. Das heißt, er löst das Problem, indem er seine Berufsarbeit umdefiniert. Auf die Frage, welchen Stellenwert sein politisches Engagement für ihn augenblicklich habe, gibt er zur Antwort: „Da ich mich in jeder Beziehung als politisches Wesen fühle, würde ich das jetzt nicht herauslösen. Ich weiß, also alles, was ich mache, ist irgendwo politisch.“

Eine ähnliche Umdefinitionsstrategie finden wir bei einem früheren Mitarbeiter der Umweltbibliothek Berlin, bei M. S., der 1992 als Verkäufer in einem Computerladen arbeitete, gleichzeitig politische Zeitschriften auslegte und dies bereits als „Politik“ bezeichnete. E. D. löste das Problem, wie wir sahen, indem er es in die zeitliche Ebene verschob: Wenn er sich auch jetzt politisch nicht engagiere, werde er sich an der Arbeit der Bürgerbewegungen wieder beteiligen, sobald er seine Dissertation beendet habe. Die Abstinenz von der Politik löst offenbar einen inneren Konflikt aus, der irgendwie verarbeitet werden muß. W. F., ein Vertreter der Initiative Frieden und Menschenrechte, erkennt, wie er in seinem Interview von 1992 sagte, sehr genau die „phantastischen Möglichkeiten“, die man hat, wenn man ein politisches Amt bekleidet. Er sieht auch „mit Bewunderung, wie sich sehr viele Leute, die damals schon gut waren, eingebunden haben als Abgeordnete, als Minister vom Bündnis 90.“ Er selbst aber ist noch nicht einmal Mitglied von Bündnis 90. „Ich habe es noch nicht geschafft, den Zettel abzuschicken.“

Man müßte sich entscheiden, ob man ganz in die Politik geht oder sich auf anderes konzentriert. Der Dilettantismus von früher, als es reichte, alternative Positionen zu vertreten und mit einem hohen moralischen Anspruch aufzutreten, um politische Wirkung zu erzielen, ist vorbei. „Wir sind nicht mehr in der Zeit, wo man Politik macht mit bestimmten moralischen Haltungen“ (L. M., Initiativkreis ‚Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung‘, Berlin). Von der modernen Gesellschaft, in der die Stellung auf dem Arbeitsmarkt über die individuelle Lebenslage entscheidet, geht

ein Zwang zur Professionalisierung aus. Einen Platz für politisches Prophetentum sieht die moderne Gesellschaft nicht vor, auch wenn sie diejenigen, die diesen Aufenthaltsort wählen, gelegentlich mit hochdotierten Preisen ehrt.

Fünf Jahre nach der Vereinigung, 1995, ist die Entscheidung bei den meisten gefallen. Die Politik übt noch immer eine beachtliche Faszination aus. Die meisten aber haben sich gegen die Politik und für ihren privaten Beruf entschieden. Nachdem sie in nicht wenigen Fällen eine Weiterbildung oder ein Studium durchlaufen haben, sind sie in der Regel nun beruflich so engagiert, daß für die politische Arbeit kaum noch Zeit bleibt. Freilich definieren sie sich nach wie vor als politisch. Ob man nun als Professor oder als Pfarrer, als Studienreferent oder als Sozialarbeiter sein Geld verdient, in allen Fällen versteht man seine berufliche Tätigkeit als politisches Engagement, wobei erstaunlich viele der ehemaligen Bürgerrechtler in Berufen arbeiten, die eine solche Bewertung erlauben: im Sozialwesen, im Raum der evangelischen Kirche oder in der Bildungsarbeit. Nur ganz wenige wollen von der politischen Arbeit nichts mehr wissen. Es scheint, daß bei ihnen dahinter Erfahrungen politischer Ohnmacht stehen. Freilich, ganz gleich, ob man politisch aktiv ist oder nicht und was man von Politik überhaupt hält, alle Befragten beklagten – übrigens unaufgefordert – das politische Desinteresse der Bevölkerung. Wenn sich in den Reihen der Bürgerrechtler auch beachtliche Differenzierungsprozesse vollzogen haben, in der Selbstunterscheidung von der indifferenten Masse der Bevölkerung sind sie sich nach wie vor einig.

## **2. Der Wandel der Handlungsmotive: optimistische oder pessimistische Handlungsperspektive**

Die Handlungsmöglichkeiten politisch alternativer Gruppen waren in der DDR äußerst beschränkt. Gewiß konnten sie den Raum der Kirche zur Propagierung ihrer Anliegen nutzen, durch provokante Aktionen die öffentliche Aufmerksamkeit erregen und der Öffentlichkeit ihre kollektive Unzufriedenheit vorführen. Die Gesellschaft zu verändern war indes so gut wie ausgeschlossen. Bei manchen Gruppenmitgliedern führte diese Erfahrung zu einer tiefen Resignation, zum Rückzug ins Private oder auch zur Abwanderung in den Westen, bei vielen zu einer Attitüde der trotzigsten Selbstbehauptung und zu einem Gefühl der sozialen Überlegenheit, das durch die sicherheitsdienstliche Aufmerksamkeit und die entsprechende Resonanz in den westlichen Medien, die alle ihre Aktivitäten auslösten, noch bestärkt wurde. Auch

wenn die alternativen Gruppen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR kaum Einfluß ausüben konnten, gaben die Aufmerksamkeitseffekte, die sie mit ihren Aktivitäten erzielten, ihrem politischen Engagement einen rationalen Handlungssinn.

Nach der Wende änderte sich die Handlungsperspektive der Gruppenvertreter gravierend. Die meisten sahen durchaus die neuen Handlungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten, die die neue Gesellschaft ihnen bot, auch wenn für viele von ihnen der Untergang der DDR ein Heimatverlust bedeutete. K. W. berichtete: „Ich hab jetzt einfach ein viel besseres Lebensgefühl als damals. . . . Ich kann mir jetzt einfach überlegen, was ich mache. So komisch, wie das klingt, diese Wörter Freiheit oder so, die ich damals idiotisch gefunden habe: Was soll das? . . . Ich fühl mich irgendwo freier. Ich denke, es liegt auch daran, daß ich jetzt tausend Wege und Bahnen hab, die ich gehen kann, und früher waren die schon ziemlich beengt.“

Mit der Erhöhung der Handlungsmöglichkeiten muß aber nicht unbedingt eine Ausweitung der Wirkungsmöglichkeiten einhergehen. „Jetzt ist es“, sagte G. H., die vor der Wende Mitglied der Gruppe Frauen für den Frieden in Leipzig war, „natürlich so, daß unheimlich viele Angebote, viele Möglichkeiten, sich zu engagieren, da sind. . . . Natürlich ist das günstiger, aber ich denke, jetzt muß man sich beweisen mit seinem Engagement, ob man es auf die Reihe kriegt, sozusagen.“ Der Leistungszwang, der von der modernen Gesellschaft ausgeht, wird von ihr stark empfunden: „Ich denke ja auch, es ist schwer, sich dem zu entziehen, daß ich erfolgreich sein muß. In der westlichen Gesellschaft muß ich immer erfolgreich sein. In der DDR war es eigentlich wichtig, daß man litt, daß man aufmerksam war, aber ob man erfolgreich war, das war egal. Erfolgreich war sowieso niemand.“

Ob die politisch alternativen Gruppen unter diesen modernen, effizienzorientierten Gesellschaftsverhältnissen noch Wirkungsmöglichkeiten besitzen, beurteilen die Interviewten eher skeptisch. Das politische und wirtschaftliche System der westlichen Gesellschaft wird als derart stabil angesehen, daß es als nahezu aussichtslos oder zumindest als sehr schwer erscheint, in es hineinzuwirken. Um Veränderungen, wie sie den Bürgerbewegungen vorschweben, erreichen zu können, wäre die Unterstützung wenigstens eines Teils der Bevölkerung erforderlich. Angesichts des wirtschaftlichen Wohlstandes und der allgemeinen Zufriedenheit in der Bevölkerung scheint den Gruppenmitgliedern

eine Massenmobilisierung aber kaum möglich zu sein. Weiterhin führen die Gruppenvertreter die Grenzen ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit auf den Pluralismus der politischen Kultur in der westlichen Gesellschaft zurück. Unter Bedingungen der Konkurrenz sei es weitaus schwieriger, sich Gehör zu verschaffen, als in einer kulturell und politisch weitgehend homogenisierten Gesellschaft, wo Aufmerksamkeit allein schon durch Differenz gesichert ist. Schließlich sehen viele Bürgerrechtler in der vorpolitischen, gemeinschaftlich geprägten Grundhaltung, die sie aus der DDR-Zeit mitbringen, einen weiteren wichtigen Grund für ihren relativ geringen Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die DDR-typische Aufwertung aller außerinstitutionellen Kommunikationen und die Skepsis gegenüber allen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen erklären sich aus der Begrenzung der politischen Partizipationsmöglichkeiten in der DDR. In einem System, in dem die wichtigste Aufgabe der Institutionen darin bestand, gesellschaftlichen Wandel zu verhindern und die entstandenen Machtverhältnisse zu konsolidieren, hatte die antiinstitutionelle Einstellung der auf Wandel drängenden Gruppen ihren Sinn. Versuchen die Gruppenmitglieder jedoch heute, diese Haltung aufrechtzuerhalten und Aufmerksamkeit durch alternatives Verhalten zu erzielen, befinden sie sich plötzlich in einem Bereich außerhalb des Politischen. Jetzt gibt es zu den politisch alternativen Gruppen selber Alternativen, so daß sie zu politischen Gruppierungen unter anderen werden. Die Konfliktlinien verlaufen innerhalb des politischen Systems. In ihm muß man sich bewähren. Das heißt, die Gesetze und die Logik der Politik gelten nun auch für die Bürgerbewegungen und Gruppen. Gegen die Anerkennung dieser Gesetze und Mechanismen der Politik lief von Anfang an die Kritik in den Bürgerbewegungen. B. B., Gründungsmitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte und Mitbegründerin des Neuen Forums, Berlin: „Bürgerbewegung hat ja, ist etwas ganz anderes als Partei. Das hat etwas mit ‚von innen heraus‘ zu tun. Sagen wir einmal, das, was ich als Inhalt und Ziel der Bürgerbewegung sehe, das kann man nicht planmäßig sozusagen erreichen, das muß sich innen entwickeln. Und zwar, indem jeder einzelne das eigentlich will, und wenn das nicht jeder einzelne will, dann wird es auch keine Bürgerbewegung geben.“ G. H.: „Die Gesellschaft gibt ja vor, wie der Weg zur Macht erfolgt. Und ich glaube nicht, daß eine Bürgerbewegung, die Bürgerbewegung ist, diesen Weg gehen kann.“ Eine Bürgerbewegung ist eine „Graswurzelbewe-

gung“ ohne „machtvolle Wirkung“. Das Menschliche, das Wahre, Gute und Schöne wächst von unten. Was dagegen von oben kommt, ist korrumpiert und böse.

Schon bald nach Gründung der Bürgerbewegungen regte sich in den eigenen Reihen auch Widerspruch gegen dieses Pathos der Gemeinschaftlichkeit. Nachdem erste Erfahrungen vorlagen, meinte W. F. im Jahr 1992, die Bürgerbewegungen und Gruppen sollten sich auf die Gesetze der Öffentlichkeit einstellen und sich den gesellschaftlichen „Bedingungen, die diese Bundesrepublik Deutschland schafft, anpassen bzw. damit umgehen lernen“<sup>14</sup>. Dazu gehöre auch, daß sie stärker auf Effektivität achten müßten. Früher, berichtet er weiter, habe er stärker fundamentalistische Positionen bezogen. Heute aber sehe er aufgrund seiner Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90 in Brandenburg, „man kann dort etwas machen. Natürlich muß man in irgendeiner Weise umdenken und sagen, das ist nun mal Realpolitik. Das heißt, ich muß auch bereit sein zu Kompromissen. Ich kann nicht den Durchreißer spielen und meine fundamentalistische Haltung (durchziehen). Da weiß ich von vornherein, es klappt nicht. Wenn man sich aber darauf einläßt, dann – und das läßt sich nachweisen gerade an den beiden Ministerposten, die wir in Brandenburg haben: Umwelt und Bildung – läßt sich Phantastisches erreichen.“

Die Frage lautet also, ob die Gruppen in die Gesellschaft hineinwirken wollen oder nicht. Wenn sie es wollen, dann müssen sie mit den neuen institutionalisierten Interessenvertretungs- und Konfliktregulationsmechanismen umgehen lernen und sich auf sie einlassen. Die meisten der Gruppenvertreter öffnen sich daher der Arbeit in den Insti-

14 Die Grünen, erzählte W. F., hätten „lange Zeit gebraucht, um in der altbundesdeutschen Bevölkerung eine Akzeptanz zu kriegen, weil es mit Unverständnis zur Kenntnis genommen worden ist, daß sie im Bundestag stricken, und mit ihrem Sechziger-Jahre-Outfit und so. . . . Ich habe es selbst erlebt am Runden Tisch. Der wurde damals ja von einem großen Teil der Bevölkerung verfolgt, und unsere beiden – Wolfgang Templin und Gerd Poppe – beide durchaus unheimlich kluge Leute, und was sie gesagt haben, war völlig richtig. Aber ich habe das so im Umfeld meiner Eltern (verfolgt): ‚Und wie die aussehen . . . , und Templin kratzt sich da am Bart‘. Das hat dazu geführt, daß ich gesagt habe: ‚Wenn das rote Lämpchen aufleuchtet, dann ist die Kamera auf dich gerichtet, dann halte die Hände still. Und dann, vielleicht, schneidest du dir hinten mal ein bißchen die Haare.‘ Das ist wichtig, denn Otto Normalverbraucher guckt da hin. Für den ist das entscheidend, wenn er am Wahltag sein Kreuzchen macht. . . . Ich weiß, daß man mit wirklich guten Argumenten zu Sachfragen keinen Hund hinter dem Ofen vorlockt. . . . Jetzt muß man sich also darüber Gedanken machen, wie – und jetzt sage ich es mal in der Sprache der Journalisten – verkauft man es am besten.“

tutionen und beurteilen das als eine gute Möglichkeit, ihre politischen Anliegen zu vertreten. J. L., früher in der Initiativgruppe Leben in Leipzig, inzwischen Mitglied im Leipziger Stadtparlament, geht dabei sogar so weit, die Parteiendemokratie gegen ihr schlechtes Image zu verteidigen. „Es ist ja die Ansicht entstanden, daß Parteien etwas Schmutziges sind, wo Leute ihre egoistischen Bedürfnisse befriedigen. – Ein völlig irriges Bild. Aber das hat sich durchgesetzt, und es hat dazu geführt, daß ganz viele Menschen, die das also nicht wollen, die etwas Gutes tun wollen, sich nicht in Parteien engagieren. Das ist eine verheerende Situation. Diesen Teufelskreislauf gilt es zu durchbrechen. . . . Ich denke schon, daß das demokratische System, selbst mit einer CDU-Regierung, immer noch weit überlegen ist einem nichtdemokratischen System.“ Die Arbeit in Basisgruppen dagegen hält er für „völlig fruchtlos“.

Andere sind enttäuscht von dem Gezänk der Parteien in der parlamentarischen Demokratie. Sie verstehen nicht, daß sich selbst im Neuen Forum, bei Bündnis 90/Die Grünen oder an den zahlreich eingerichteten Runden Tischen Machtkämpfe abspielen und sich die machtpolitischen Taktiker gegenüber den ehrlich Engagierten durchzusetzen vermögen. Fünf Jahre nach Einführung des westlichen demokratischen Systems haben sie das Vertrauen in die Politik verloren und vertreten die Auffassung, daß die „eigentlichen Veränderungen“ auf der unteren Ebene passieren, wenn man sich „zu kleinen Gruppen zusammenschließt . . . und sich engagiert“. Auf der gemeinschaftlichen Ebene könne man sich selbst verwirklichen, in der Politik aber werde man von den Strukturen beherrscht und durch das System korrumpiert. Es ist bezeichnend, daß sich diese Auffassung vor allem bei denjenigen findet, die außerhalb der politischen Institutionen stehen, während die, die sich in sie hineinbegeben haben, betonen, daß sie Verfahren und Geschäftsgänge schätzen gelernt hätten.

Es läßt sich also feststellen, daß in den letzten Jahren bei den Gruppenvertretern ein bedeutender Umdenkungsprozeß stattgefunden hat. Aus Institutionenkritikern und Verächtern der Politik als bloßer Machtpolitik sind vielfach Kritiker des basisdemokratischen, auf Diskurs und Konsens, Spontaneität und Selbstbestimmung setzenden Ansatzes und teilweise Berufspolitiker geworden. Freilich halten die meisten basisdemokratische Elemente, einen Ausbau direkter politischer Partizipationsmöglichkeiten oder auch das Wirken von Basisgruppen als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie nach wie vor für wichtig und räumen der Arbeit von Bürgerinitiativen, insbe-

sondere in der Zukunft, auch wieder vermehrte Chancen ein. Aber der Schwerpunkt der politischen Arbeit wird – das ist ihnen klar, auch wenn ihr Herz nach wie vor den Bürgerbewegungen und Gruppen gehört – zukünftig in der parlamentarischen Arbeit liegen. Nur eine Minderheit steht den Wirkungsmöglichkeiten der politischen Institutionen noch immer ablehnend gegenüber.

### 3. Der Wandel des Anspruchsniveaus: rationaler oder expressiver Handlungstyp

In der DDR-Zeit verarbeiteten die alternativen Gruppen die ständig wiederkehrende Erfahrung der staatlichen Restriktionen und Handlungsbeschränkungen, indem sie sich eine über ihre tatsächliche Wirkung hinausgehende gesellschaftliche Bedeutung zuschrieben. Sie sahen sich im „Brennpunkt der DDR-Geschichte“<sup>15</sup>, als Avantgarde der Gesellschaft, als ein „Flämmchen in der Dunkelheit“ (B. B.) und machten es sich zur Aufgabe, diese Dunkelheit zu erhellen, d.h. die Bevölkerung aufzuklären, zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Die über die Absetzung von der Gesellschaft erreichte Aufwertung des Gruppenhandelns war eine Möglichkeit, den unlösbaren Widerspruch zwischen Handlungsanspruch und Ohnmacht, zwischen Ideal und Wirklichkeit emotional zu bewältigen und auf die Ausgrenzung durch das offizielle System zu reagieren. In den Gruppen, so wurde argumentiert, zeige sich jetzt schon ein Vorschein der zu errichtenden künftigen Gesellschaft. Für die gesellschaftliche Entwicklung seien sie „so etwas wie Vorformen politischer Selbstorganisation“<sup>16</sup>. Damit begingen die Gruppen zugleich eine Tabuverletzung. Sie überschritten die markierten und allseits akzeptierten Grenzen und betraten den Bereich der Politik, den das System für sich reserviert hatte. Mit ihren Aktivitäten verletzten sie die eingespielten Regeln des Wohlverhaltens, transzendierten sie die durch Anpassung, Zwang, Phantasielosigkeit und Gewöhnung zusammengehaltene DDR-Wirklichkeit und leisteten sich den Traum von einer gerechten, solidarischen, demokratischen Gesellschaft.

Nach der Wende ließ sich eine derartige emotionale Hochspannung nicht mehr aufrechterhalten. Man mußte die Gruppenarbeit moralisch entladen, ihre Bedeutung relativieren und Ziele zurücknehmen. Die Demokratie – bislang ein unerreichbar

15 Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. ddr-Opposition 1986–1989, Berlin 1992, S. 12.

16 Ulrike Poppe, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Detlef Pollack (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt/M. 1990, S. 79.

hoher Wert – wurde zur Gestaltungsaufgabe. Sie hörte auf, als Gegenbild zu einer totalitär verfaßten Gesellschaft zu fungieren, und verwandelte sich in ein technisches Problem: Wie mit ihr umgehen? Das Politische verlor seinen Zauber und wurde zu einem Feld der Bewährung – wie der Beruf oder die Familie auch. Eine Analyse der Interviews ergibt, daß genau dieser Prozeß der Normalisierung des Politischen in der Mehrzahl der Fälle abgelaufen ist. Am besten gelang er denen, die ihre politischen Anliegen – wenigstens partiell – in ihrer Berufstätigkeit verwirklichen können und sich zur Mitarbeit in den politischen Institutionen entschlossen haben. Sehr anschaulich wird dieser Zusammenhang an der Entwicklung U. P.s, die schon 1990 durch ihre Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch in Berlin zu einer Korrektur ihrer politischen Vorstellungen veranlaßt wurde und sich auch jetzt in ihrer Arbeit als Studienleiterin an der Evangelischen Akademie in Berlin-Brandenburg zu einer ständigen Weiterentwicklung ihrer politischen Ideen anregen läßt. Anfang 1990 sagte sie, daß vieles, was „Demokratie Jetzt“ als Thesen formuliert hatte, bereits zu diesem Zeitpunkt überholt war und „verändert werden mußte, weil auch wir natürlich uns umstellen mußten, eben von dieser bisherigen Position, wo wir rein eine Vision formuliert haben, zu unserer heutigen, wo wir doch sehr viel pragmatischer und realistischer gezwungen sind, einfach die Lage zu beurteilen und die weitere Entwicklung zu beschreiben, weil wir jetzt tatsächlich – nicht zuletzt durch die Runden Tische – auch in die Verantwortung eingebunden sind und das, was wir uns vorstellen an gesellschaftlicher Veränderung, immer mit an der Realisierbarkeit messen müssen. Bisher konnten wir uns einen Traum leisten, weil der niemals mit der Praxis in Berührung kam. Nun aber stehen ganz andere Anforderungen, nämlich die, möglichst praktikable Schritte zu formulieren.“ Ähnlich beschrieb U. P. zwei Jahre später ihre Arbeit in der Evangelischen Akademie, wo sie „ganz praktische Möglichkeiten“ hat, zur politischen Bewußtseinsbildung beizutragen, wo sie aber auch selber „viel lernen kann und viel von dem verwirklichen kann, was mal mein Anliegen war“. „Im Gegensatz zur Vorwendezeit hab ich jetzt das erste Mal in meinem Leben die Möglichkeit, in meiner Berufstätigkeit das zu machen, was eigentlich mein Anliegen ist. Was ich sonst nur nebenbei machen konnte, das kann ich jetzt hauptberuflich machen und werde sogar noch dafür bezahlt. Ich genieße das sehr.“

Interessant sind die Fälle, in denen diese Transformation nicht gelingt oder noch nicht gelungen ist. Als Beispiel sei hier die Haltung von K. W. ange-

führt. Auf der einen Seite fühlt sich K. W. befreit und begreift die neuen gesellschaftlichen Möglichkeiten als individuelle Verwirklichungschancen, die sie gern nutzen möchte. Auf der anderen Seite ist sie hoffnungslos und enttäuscht. Auch wenn heute unzählige Handlungsmöglichkeiten bereitstehen, fühlt sie sich jetzt kleiner als früher. „Die Relationen haben sich einfach total verändert. Ich mache nicht mehr die großen Sachen und hab irgendwie nicht mehr das Gefühl, die Welt verändern zu können.“ Die Welt – das war früher die DDR. In der DDR, die nur wenige Verwirklichungsmöglichkeiten bot, konnte man sich der Gesellschaft gerade wegen ihrer Ineffektivität und Immobilität überlegen fühlen. Damals hatte ihre politische Arbeit, die sie „völlig ausgefüllt“ hatte, unmittelbare gesellschaftliche Relevanz. Die moderne Gesellschaft dagegen ist hochkomplex, dynamisch und effektiv. Daß dadurch ein Unterlegenheitsgefühl ausgelöst wird, geben manche der Befragten ausdrücklich zu Protokoll<sup>17</sup>. Dementsprechend gehen die Erwartungen an die eigenen Einflußmöglichkeiten zurück. „Ich denke, die große Veränderung, die erreichen wir eh' nicht mehr. Jedenfalls habe ich das für mich aufgegeben. Ich weiß nicht, das ist für mich ganz schwer zu sagen, weil ich da selber so frustriert bin, daß ich da auch nichts mehr mache. Ich selber bin ja nicht mehr engagiert in irgendwelchen Gruppen.“ Worin die Aufgaben der Gruppen heute noch bestehen könnten? „Eine neue Revolution gut vorbereiten und durchführen. Das ist es ja für mich letzten Endes. Alles andere hier, diese ständigen kleinen Schrittden, das ist ganz nett. Aber das erreicht ja auch nicht die große Veränderung.“

Was bei K. W. auffällt, das ist die Vermittlung zwischen ihren Idealen und dem Machbaren. Von der

17 Die Umkehrung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft wird von den Befragten teilweise sehr deutlich wahrgenommen. Nicht wenige erfahren die wirtschaftliche und politische Kraft der westlichen Gesellschaft als überwältigenden Zwang, dem alle Lebensbereiche unterworfen sind. W. H. erzählte, daß er bei seinem ersten Kontakt mit der westlichen Gesellschaft geradezu „physisch spürte, welche Gewalt wirtschaftlich ... in dieser hochindustrialisierten Westgesellschaft steckt“.

Begeisterung für die große Veränderung fällt sie angesichts ihrer Unrealisierbarkeit sofort in ein Gefühl der Niedergeschlagenheit. Während in der DDR-Zeit dieses Auseinanderfallen von politischem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit durch expressives politisches Verhalten überbrückt werden konnte, durch einen Lebensentwurf, der der Totalität des Staates die Ganzheit der eigenen Existenz entgegenstellte, müßte jetzt die Umstellung auf ein stärker rational kalkuliertes Verhalten erfolgen, das die gesellschaftlich institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten nutzt. Den Institutionen nämlich kommt die Aufgabe der Vermittlung von Bürger und Staat, von Individuum und Gesellschaft zu. Wird dieser Weg nicht gesucht, dann liegt es nahe, daß man die gesamte Gesellschaft revolutionieren will und unbeirrt an seinen Ganzheitsidealen festhält. Die Bedingung der Möglichkeit des Handelns liegt in der Beschränkung. Wenn man zu ihr fähig ist, wird es am ehesten gelingen, die über das Machbare hinausgehenden Ideale und Ziele im Auge zu behalten.

*Fazit:* Seit 1989 vollzog sich in den politischen Einstellungen der Vertreter der alternativen Gruppen der DDR ein tiefgreifender Wandlungsprozeß. Dieser Prozeß war mit starken inneren Auseinandersetzungen verbunden, in denen sich der Konflikt zwischen erlernten Verhaltensdispositionen und neuen Anforderungen ausdrückt. Einige Gruppenvertreter verweigerten sich gegenüber den neuen Anforderungen und hielten an ihren alten Verhaltensweisen und Überzeugungen fest. Die meisten aber stellten sich, auch wenn ihre Haltung nicht selten durch Ambivalenzen gekennzeichnet ist, auf die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein und haben in ihnen politisch und beruflich ihren Platz gefunden. Offenbar besitzt die moderne funktional differenzierte Gesellschaft eine solche Durchsetzungsfähigkeit, daß sie auch emanzipativ-kritische Tendenzen aufzunehmen und in das breite Spektrum ihrer Anpassungs- und Opportunitätsstrukturen zu integrieren vermag.

## **Wolfgang Thierse: Fünf Jahre deutsche Vereinigung: Wirtschaft – Gesellschaft – Mentalität**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/95, S. 3–7

Wie sich in fünf Jahren deutscher Einheit Begriffe verschoben haben, wie unterschiedliche Erfahrungen und materielle Verhältnisse nach wie vor zu verschiedenen Ansichten und Lösungen in Ost- und Westdeutschland führen, wird am Beispiel der Erwartungen Ostdeutscher hinsichtlich sozialer Sicherheit, bürokratischer Gängelei und der Bedeutung von Arbeit im vereinigten Deutschland gezeigt. Der Einigungsvertrag wird kritisch gewürdigt, der Aufbau Ostdeutschlands mit Hilfe von Transferleistungen verteidigt und auf die Frage, ob man von Ostdeutschland lernen könne, eine positive Antwort gegeben.

Im Rückblick auf die ersten fünf Jahre deutscher Einheit wird sowohl den Westdeutschen – weil sie weitgehend klaglos die notwendigen Leistungen erbracht haben – als auch den Ostdeutschen – weil sie rasch gelernt haben, mit dem Neuen umzugehen und es schließlich selbst mitzugestalten – Respekt gezollt.

## **Rainer Eppelmann: Zur inneren Einheit Deutschlands im fünften Jahr nach der Vereinigung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/95, S. 8–12

Im fünften Jahr der deutschen Einheit ist offenkundig: Die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands ist ein steiniger, mühsamer Weg. Die neuen Bundesländer befinden sich in einem Systemumbruch, der durch die Entwicklung von einer Kommandowirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System und die Abkehr von einem bürokratischen Staatssozialismus hin zu einem differenzierten und daher komplizierten Regelwerk sozialer Sicherungssysteme gekennzeichnet ist.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Fragen stehen solche der inneren Einheit auf der Agenda: Die deutsche Einheit ist vor allem eine Herausforderung an die Fähigkeiten des einzelnen zum menschlichen Miteinander. Vier Jahrzehnte Leben in einem totalitären System hinterlassen Spuren: Weil ihre Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen anders gewesen sind als die ihrer Landsleute in der alten Bundesrepublik, unterscheiden sich die Menschen in den neuen Bundesländern von diesen auch in Lebensstil und Lebenshaltung.

Statt Ost und West gegeneinander aufzuhetzen, wie das mitunter geschieht, brauchen wir Brücken des Miteinanders gegen die Agitation des Gegeneinanders.

Das Bild von den „blühenden Landschaften“ in den neuen Bundesländern gewinnt Konturen. Das war und ist nur möglich, weil die soziale Marktwirtschaft mit einem starken, engagierten Staat im Bereich der Strukturentwicklung, der Wirtschaftsförderung, des Erhalts von Industriekernen, der aktiven Arbeitsmarktpolitik und des sozialen Aufbaus für alle Menschen segensreich gewirkt hat.

## **Elna: Brähler/Horst-Eberhard Richter: Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/95, S. 13–20

Rund 1 000 Ostdeutsche und 2 000 Westdeutsche wurden im November 1994 im Rahmen einer repräsentativen Untersuchung befragt; Grundlage waren teils erprobte und teils neu entwickelte Fragebögen. Während sich die Westdeutschen im Gießen-Test eher individualistischer, arroganter, härter und lockerer darstellen, beschreiben sich die Ostdeutschen als sozial offener, bescheidener, weicher und disziplinierter. Die Selbstbeschreibung der Ostdeutschen erscheint positiver als die der Westdeutschen. In einem Fragenkomplex zu Zukunftserwartungen und politischen Einstellungen werden auf beiden Seiten große Sorgen erkennbar. Im Osten noch ausgeprägter als im Westen ist die Erwartung ansteigender Arbeitslosigkeit. Das gilt auch für die ökologischen Zukunftsängste, vor allem unter Jugendlichen. Geläufigen Vorurteilen widersprechen unsere Befunde in drei Punkten. *Erstens*: Nationalistische Losungen finden im Osten weniger Anklang als im Westen. *Zweitens*: Im Osten hat die Beschäftigung mit dem Stasi-Problem nicht vermocht, die Erinnerung an die Hitlerzeit in den Hintergrund zu drängen – ganz im Gegenteil. *Drittens*: Auf beiden Seiten lehnt eine überwiegende Mehrheit der Jüngeren die Wehrpflicht ab.

Die Befragung zur Lebenszufriedenheit in Ost und West ergab, daß die Ostdeutschen durch schlechtere Rahmenbedingungen zwar ein Defizit an materiellen Ressourcen aufweisen, aber anscheinend über bessere emotionale Ressourcen verfügen. Geradezu frappierend ist, wie positiv die Ostdeutschen auf ihre Erziehung im Elternhaus zurückblicken, obwohl entgegengesetzte Meinungen bzw. Vorurteile darüber verbreitet sind.

## **Heiner Meulemann: Aufholtendenzen und Systemeffekte. Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/95, S. 21-33

Im Beitrag werden Umfrageergebnisse für die Werte Gleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz zwischen Ost- und Westdeutschland gegenübergestellt. Die politische Verfassung und soziale Wirklichkeit der DDR boten weniger Wahlmöglichkeiten oder „Struktur Chancen des Individualismus“ als die der Bundesrepublik Deutschland. Wenn heute im Osten geringere Struktur Chancen des Individualismus nachwirken, sollten dort Gleichheit mehr, Leistung weniger, Mitbestimmung weniger und Akzeptanz mehr betont werden; wenn man aber davon ausgeht, daß der Osten Wertwandlungen des Westens nachholt, sollten dort Gleichheit ebenso stark wie im Westen, Leistung stärker, Mitbestimmung weniger und Akzeptanz mehr betont werden. Wenn beide Vermutungen nicht zutreffen, können Systemeffekte der untergegangenen DDR zur Erklärung herangezogen werden.

Die herangezogenen empirischen Untersuchungen der Jahre 1990 bis 1995 ergeben, daß im Osten Gleichheit weniger, Leistung mehr und Mitbestimmung weniger betont werden; Akzeptanz ist im Westen stärker, wenn Religiosität, im Osten stärker, wenn Moralität betrachtet wird: Der Osten ist stärker säkularisiert, aber moralisch rigider. Unterschiedliche Struktur Chancen des Individualismus erklären also Wertunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland schlechter als Aufholtendenzen des Ostens; in jedem Fall aber müssen Systemeffekte für die nicht vorausgesagten Unterschiede der Akzeptanz angenommen werden. Abschließend wird versucht, die Aufholtendenzen zu prognostizieren, und die Dauerhaftigkeit der Systemeffekte diskutiert.

## **Detlef Pollack: Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/95, S. 34-45

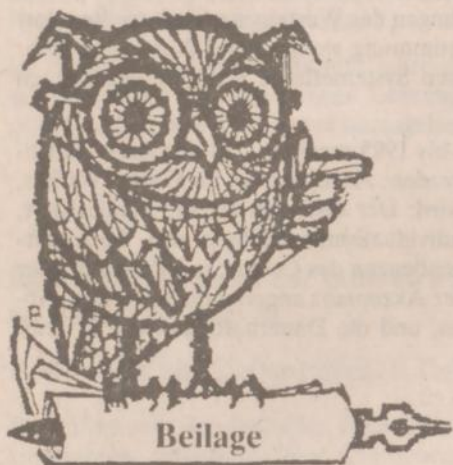
Die politisch alternativen Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen in der DDR waren mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems gezwungen, ihr politisches Handeln auf Gesellschaftsverhältnisse einzustellen, die sich von denen, unter denen sich ihr politisches Engagement entwickelt hatte, radikal unterschieden. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung besteht darin, die seit 1989 abgelaufenen Wandlungsprozesse in den ostdeutschen Bürgerbewegungen und -initiativen nachzuzeichnen und ihre wesentlichen Einflußfaktoren herauszuarbeiten. Die empirische Grundlage der Darstellung bilden die Ergebnisse einer Befragung, die erstmals Anfang 1990 bei 31 einst führenden Repräsentanten der alternativen Gruppen durchgeführt und zwei und fünf Jahre später bei denselben Interviewpartnern wiederholt wurde.

In einem ersten Abschnitt werden die ‚objektiven‘ Wandlungen, die Veränderungen der Organisationsstruktur, der Programmatik und der Mobilisierungsfähigkeit der Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen behandelt. Ein zweiter Abschnitt beschäftigt sich mit den ‚subjektiven‘ Wandlungen, den Einstellungsveränderungen der Mitglieder, Alternativgruppen und Bürgerbewegungen. Die Ergebnisse der Untersuchung besagen, daß es in den letzten sechs Jahren im Bereich der Bürgerbewegungen und Initiativgruppen sowohl zu einer Demobilisierung als auch zu einer Institutionalisierung, Professionalisierung und thematischen Spezifikation gekommen ist. Die Mehrheit der Bürgerrechtler hat sich auf das westliche politische System, wenn auch mit Vorbehalten, eingelassen. Die wesentlichen Einflußfaktoren für diesen Umstrukturierungsprozeß lagen nicht in endogenen, sondern in exogenen, insbesondere rechtlichen Bedingungen.

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis,  
Sach- und Personenregister



**25,- DM**

zuzügl. Versandkosten

*Jahrgang* **1994**

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*

**Jahrgang: 1993**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- **Das Parlament,** Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62-65, 54290 Trier  
Telefax (06 51) 97 99-153

Aus Politik  
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis  
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre  
**Aus Politik  
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis  
1953-1992**

Chronologisches Register,  
Autorenregister,  
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

**Preis: 15,- DM**  
zuzügl. Versandkosten